



Bayern in Zahlen

05 | 2005

Die Privathaushalte Bayerns im Ländervergleich

Entsorgung von Sonderabfällen in Bayern

Statistiken zur Verwaltungsgerichtsbarkeit in Bayern seit 1949

Einkommen der Privathaushalte 2003 vor und nach Umverteilung



Impressum

Bayern in Zahlen
Fachzeitschrift für Statistik und
Informations- und Kommunikationstechnik

Jahrgang 136. (59.)

Artikel-Nr.: Z10001
ISSN 0005-7215

Herausgeber, Druck und Vertrieb:
Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
Neuhauser Straße 8
80331 München

Kontakt:
E-Mail redaktion@statistik.bayern.de
Internet www.statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-255
Telefax 089 2119-607

Redaktion:
Peter Englitz
(Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)

Preis:
Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,— €
Zuzüglich Versandkosten

Bestellungen:
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-205
Telefax 089 2119-457
webshop: www.statistik.bayern.de/webshop

Auskunft:
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119- 218
Telefax 089 2119-1580

© Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
München, 2005

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung
und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch
auszugsweise, über elektronische Systeme/Daten-
träger bedarf der vorherigen Zustimmung.
Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Erläuterungen

- | | | | | | |
|-----|--|----|--|---|-----------------------|
| 0 | mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit | . | Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten der nicht rechenbar | p | vorläufiges Ergebnis |
| - | nichts vorhanden | X | Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll | r | berichtigtes Ergebnis |
| ... | Angabe fällt später an | () | Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann | s | geschätztes Ergebnis |
| / | keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug | | | D | Durchschnitt |
| | | | | ≙ | entspricht |

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Inhalt

Statistik aktuell

178 Kurzmitteilungen

Beiträge aus der Statistik

184 Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof
im Spiegel der Statistik

193 Wirtschaftsleistung und Einkommen der
Privaten Haushalte Bayerns im Ländervergleich

202 Sonderabfallentsorgung in Bayern 2003

Bayerischer Zahlenspiegel

209 Tabellen

218 Graphiken

Neuerscheinungen 3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen

Weniger Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern

Im ersten Quartal 2005 genehmigten die Bauaufsichtsbehörden in Bayern den Bau von 12 218 Wohnungen. Das sind 38,0% bzw. 7 493 Wohnungsbaugenehmigungen weniger als im Vergleichszeitraum 2004 und in etwa so viele wie 2002. Wohl wegen der öffentlichen Diskussion um die Kürzung der Eigenheimzulage lag das Genehmigungsvolumen im ersten Quartal 2003 (20 058 Wohnungen) und 2004 (19 711 Wohnungen) wesentlich höher. Von den

im ersten Quartal 2005 genehmigten Wohnungen sind 12 081 bzw. 98,9% in Wohngebäuden (-37,4% gegenüber dem ersten Quartal 2004) und 137 bzw. 1,1% in Betriebs- und Verwaltungsgebäuden (-67,4%) projektiert.

10 630 bzw. 88,0% der im Berichtsquartal 2005 in Wohngebäuden genehmigten Wohnungen sind Neubauten. Verglichen mit dem entsprechenden Genehmigungsvolu-

men 2004 bedeutet dies einen spürbaren Rückgang an Neubauwohnungen um 6 406 bzw. 37,6%. In Einfamilienhäusern sind 5 788 Wohnungen zum Bau freigegeben (-40,9%), in Zweifamilienhäusern sollen 1 220 Wohnungen entstehen (-59,1%) und in Mehrfamilienhäusern sind 3 622 neue Wohnungen geplant (-15,0%).

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Baugenehmigungen in Bayern im März 2005“ (Best.-Nr. F21013, Preis 6,30 €).*

Bauüberhang 2004 niedriger als im Jahr davor

Bis zum 31. Dezember 2004 gab es in Bayern 112 078 Wohnungen, für die zwar eine Baufreigabe erteilt, jedoch noch keine Fertigstellungsmeldung abgegeben wurde. Damit ist der Bauüberhang Ende 2004 um 4 768 Wohnungen (bzw. 4,1%) niedriger als am Ende des Jahres 2003. Bei diesen Bauüberhängen handelt es sich um 98 980 Wohnungen in Neubauten (Veränderung gegenüber 2003: -4,7%) und 13 098 Wohnungen (+0,9%), die in bereits bestehenden Gebäuden durch Um- oder Ausbau entstehen sollen.

Die meisten der Neubau-Wohnungsüberhänge (96 402 oder 97,4%) entfallen auf den Wohnbau (die übrigen auf Verwaltungs- und Betriebsgebäude). Bei knapp 48% (46 111) dieser Wohnungen war zum Erhebungsstichtag noch nicht mit dem Bau begonnen (wobei allerdings 19 964 Wohnungen erst 2004 genehmigt worden waren), bei 15% (14 775) der Wohnungen wurde der Bau begonnen, ist aber noch nicht unter Dach und 37% (35 516) waren rohbaufertig, befanden sich somit im Innenausbau. Mit deren Fertigstellung kann 2005 gerech-

net werden. Am 31. Dezember 2004 befanden sich somit 50 291 Wohnungen im Bau, 2 177 weniger als ein Jahr zuvor.

Die Ergebnisse der Bauüberhangsstatistik zeigen außerdem, dass rund 3 700 ehemals zum Bau freigegebene Neubauwohnungen (im Hochbau insgesamt) nicht mehr gebaut werden. Ihre Baugenehmigung ist im Laufe des Jahres 2004 erloschen.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Bauüberhang in Bayern am 31. Dezember 2004“ (Best.-Nr. F23003, Preis 6,30 €).*

Mehr Gäste, aber weniger Übernachtungen

Im Februar 2005 buchten gut 1,6 Millionen Gäste insgesamt knapp 5,2 Millionen Übernachtungen in den bayerischen Beherbergungsstätten mit neun oder mehr Betten sowie auf Campingplätzen. Die Zahl der Gäste lag damit um 2,9% über dem Vorjahresergebnis, die der Übernachtungen um 0,1% darunter.

Die meisten Gäste übernachteten wiederum in Hotels (47,3%) und Hotels garnis

(17,4%). Den relativ stärksten Zuwachs bei den Gästeankünften verzeichneten die Vorsorge- und Reha-Kliniken (14,4%); da jedoch die durchschnittliche Aufenthaltsdauer hier von 18,5 auf 16,1 Tage abnahm, stagnierte die Zahl der Übernachtungen gegenüber dem Vorjahr. In den Hotels blieben die Gäste im Durchschnitt wie im Vorjahr 2,4 Tage, in den Hotels garnis 2,8 Tage (Vorjahr: 2,9). Alle Beherbergungsstätten zusammen verzeichneten ein Plus von 3,0% bei den

Gästeankünften und ein Minus von 0,3% bei den Übernachtungen. Auf den Campingplätzen nahm die Zahl der Ankünfte um 2,5% ab, die der Übernachtungen hingegen um 9,3% zu; die durchschnittliche Aufenthaltsdauer lag bei 6,8 Tagen.

43,5% der Gästeankünfte in Beherbergungsstätten und 38,5% der Übernachtungen entfielen auf den Regierungsbezirk Oberbayern, der auch den relativ höchst-

Betriebsart	Fremdenverkehr im Februar 2005				Januar - Februar 2005			
	Gästekünfte		Gästeübernachtungen		Gästekünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %
Hotels	771 456	5,3	1 826 304	4,1	1 469 860	9,4	3 523 447	9,9
Hotels garnis	283 654	1,0	787 227	- 2,0	535 068	6,1	1 466 284	3,4
Gasthöfe	186 303	1,3	434 173	- 1,4	348 842	3,8	824 023	1,4
Pensionen	74 466	- 2,8	291 096	- 4,0	135 378	1,0	537 128	0,1
Jugendherbergen und Hütten	44 052	- 3,5	122 898	- 3,8	78 623	1,2	219 858	0,5
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime und Boardinghouses	124 675	5,4	399 614	- 0,9	235 355	4,7	764 154	1,4
Ferienzentren, Ferienhäuser und Ferienwohnungen	101 335	- 3,7	680 017	- 6,0	182 505	3,0	1 268 455	2,5
Vorsorge- und Reha-Kliniken	34 784	14,4	558 543	0,0	64 990	13,4	1 067 228	2,5
Campingplätze	10 476	- 2,5	71 046	9,3	21 681	3,2	163 795	9,2
Insgesamt	1 631 201	2,9	5 170 918	- 0,1	3 072 302	6,8	9 834 372	4,9

ten Zuwachs an Gästekünften verzeichnete (+4,6%); die anderen Regierungsbezirke wiesen geringere Zuwächse auf; in Oberfranken nahmen die Gästekünfte um 2,4% ab. Ähnlich sah es bei den Übernachtungszahlen aus: sie stiegen relativ am stärksten in Unterfranken (+2,1%); in Oberfranken und Niederbayern nahmen sie um 4,2 und 4,8% ab. Dennoch blieben in Niederbayern die Gäste mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 4,7 Tagen am längsten.

Rund 340 000 der in Bayern im Februar 2005 angekommenen Gäste (+6,3%) hatten ihren Wohnsitz im Ausland; während die Zahl der Gästeübernachtungen aus dem Ausland gegenüber dem Vorjahr um 9,9% auf knapp 810 000 zunahm, sank die der Deutschen um 2,0% auf knapp 4,3 Millionen. Dennoch stieg im Februar 2005 auch die Zahl der Gästekünfte aus dem Inland (+2,1%) auf rund 1,3 Millionen; die deutschen Gäste blieben im Februar 2005 mit

durchschnittlich 3,3 Tagen nicht so lange wie im Vorjahresmonat (3,5 Tage). Die stärkste Gruppe unter den ausländischen Besuchern bildeten im Februar 2005 mit gut 61 000 Gästekünften und knapp 140 000 Übernachtungen wiederum die Besucher aus den Niederlanden.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Der Fremdenverkehr in Bayern im Februar 2005“ (Best.-Nr. G41003, Preis 17,70 €).*

Über 70% der Erwerbstätigen erreichen ihren Arbeitsplatz in weniger als einer halben Stunde

Nach den Ergebnissen der letzten Zusatzhebung im Rahmen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, waren im März 2004 in Bayern rund 28% der Erwerbstätigen in weniger als 10 Minuten an ihrem Arbeitsplatz, 43% benötigten zwischen 10 bis unter 30 Minuten und knapp 20% waren eine halbe Stunde oder mehr unterwegs. Bei fast 5% der Berufstätigen lag die Arbeitsstätte auf dem Wohngrundstück. Jeder zwanzigste Erwerbstätige machte keine Angaben zum Zeitaufwand.

Der Pkw war bei gut 60% der bayerischen Erwerbstätigen die erste Wahl als Verkehrs-

mittel für den Weg zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. Rund 57% setzten sich selbst hinter das Steuer und nur 3% waren in Fahrgemeinschaften als Mitfahrer unterwegs. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln gelangten 12% der Berufstätigen zu ihrer Arbeitsstelle, mehr als 9% gingen zu Fuß und immerhin 6% benutzten überwiegend das Fahrrad.

Beim Pendlerverhalten von Frauen und Männern waren deutliche Unterschiede zu erkennen. Erwerbstätige Frauen nutzten häufiger öffentliche Verkehrsmittel (14%) als Männer (11%) und auch mit dem Fahrrad oder zu Fuß waren sie öfter zur Arbeit unterwegs (19%) als Männer (13%). Bei der

Pkw-Benutzung dominierten dagegen die Männer. Während rund 64% der Männer mit dem Auto zur Arbeit fuhren, lag der entsprechende Anteil bei den Frauen bei etwa 56%.

Über die Hälfte der Erwerbstätigen hatten einen Arbeitsplatz innerhalb ihrer Wohngemeinde. Gut 46% pendelten innerhalb Bayerns zwischen Wohn- und Arbeitsort und über 2% verließen jeden Morgen den Freistaat, um in einem anderen Bundesland oder im Ausland ihrem Beruf nachzugehen. Frauen waren dabei in der Mehrzahl (über 56%) innerhalb ihrer Wohngemeinde beschäftigt, Männer größtenteils (knapp 53%) in einer anderen Gemeinde.

Umsatzplus im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns

Im Februar 2005 konnte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, eine Umsatzsteigerung von 2,5% gegenüber dem Februar 2004 verzeichnen. Von den 21,6 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen 9,9 Milliarden Euro (+2,9%) auf Umsätze mit dem Ausland und darunter rund 4,3 Milliarden Euro auf Umsätze mit den Ländern der Eurozone (+4,9%). Der Anteil der Auslandsumsätze am Gesamtumsatz betrug 45,8, der Anteil der Umsätze mit Ländern der Eurozone am Gesamtumsatz 20,1%.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende Februar 2005 um 1,1% unter dem Vorjahresstand. Der stärkste Rückgang ergab sich erneut bei den Gebrauchsgüterproduzenten mit -3,8%.

Die preisbereinigten Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern reduzierten sich gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,7%. Der Rückgang der Inlandsnachfrage von 3,6% konnte durch die Steigerung der Auslandsorder um 2,0% nicht aufgefangen werden.

Die Produktionstätigkeit erhöhte sich gegenüber dem Februar 2004 um 0,9%.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthalten die Statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Februar 2005“ (Best.-Nr. E11013, Preis 12,90 €), „Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Februar 2005“ (Best.-Nr. E13003, Preis 4,20 €) und „Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Februar 2005“ (Best.-Nr. E12003, Preis 3,30 €).*

Bayerns Haushalte informationstechnisch gut gerüstet

In den letzten Jahren hat die Ausstattung privater Haushalte mit modernen Informations- und Kommunikationsmitteln zugenommen. Dies zeigen auch die Ergebnisse der „Laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“. Bei dieser Erhebung werden private Haushalte auf freiwilliger Basis laufend auch zu ihrer Ausstattung mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern befragt. Anfang 2004 verfügten gut 65% der Haushalte in Bayern über einen stationären oder mobilen PC. Fünf Jahre zuvor waren erst 43% mit einem PC ausgestattet. Technischer Fortschritt und Preisentwicklung haben einen Trend zum Laptop bewirkt. Hatte 1999 erst knapp jeder zwanzigste Haushalt einen tragbaren PC, so lag dieser Anteil

2004 bereits bei fast 16%. Mit der raschen Verbreitung von PCs und Laptops nahm bei privaten Haushalten auch die Ausstattung mit Internetanschlüssen stark zu. Während fünf Jahre zuvor erst etwa 8% der Haushalte Zugang zum Internet hatten, verfügten Anfang 2004 bereits knapp 48% der Haushalte in Bayern über einen Internetanschluss.

Die Telefondichte war 2004 unverändert hoch, rund 99% der Haushalte hatten einen Telefonanschluss. Allerdings ist dabei der Ausstattungsgrad bei Festnetztelefonen leicht auf 95% gesunken. Die Verbreitung von Mobiltelefonen hat dagegen von Anfang 1999 bis 2004 erheblich zugenommen. Bestanden 2004 etwa 72% der Haushalte ein

Handy, waren es fünf Jahre zuvor nur rund 14%. 1999 gab es mit etwa 106 Festnetztelefonen je 100 Haushalte etwa siebenmal mehr Festnetztelefone als Handys. Inzwischen haben sich die Ausstattungsbestände mehr als angeglichen. 2004 gab es in Bayern mehr Mobiltelefone (etwa 113 je 100 Haushalte) als Festnetztelefone (rund 98 je 100 Haushalte). Die Ausstattung mit Handys lag deutlich über dem Durchschnitt, wenn Kinder im Haushalt lebten. So verfügten fast 93% aller Paare mit Kindern über Mobiltelefone, wobei der Ausstattungsbestand (172 je 100 Haushalte dieses Typs) ebenfalls überdurchschnittlich hoch war.

Inflationsrate in Bayern sinkt auf 2,0%

Der Verbraucherpreisindex in Bayern hat sich von Mitte März 2005 bis Mitte April 2005 nicht verändert. Der Indexstand beläuft sich damit weiterhin auf 108,8 (2000 $\hat{=}$ 100). Während der Verbraucherpreisindex als Gesamtgröße im Vormonatsvergleich keine Veränderung aufweist, verlief bei den einzelnen Ausgabenarten die Entwicklung

teilweise sehr unterschiedlich. Aus saisonalen Gründen waren insbesondere Pauschalreisen (-10,0%) und Gemüse (-1,3%) billiger als im Vormonat, während sich binnen Monatsfrist vor allem die Preise für Obst (+4,0%) und Kraftstoffe (+3,4%) spürbar erhöhten.

Die Preise für Nahrungsmittel und alkohol-

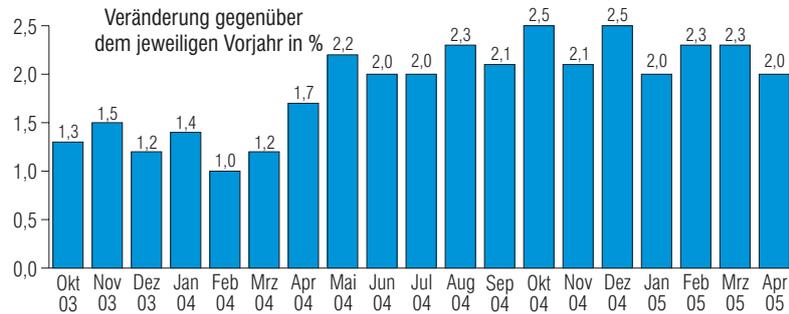
freie Getränke stiegen gegenüber dem Vormonat im Durchschnitt um 0,2%. Überdurchschnittliche Preiserhöhungen waren insbesondere bei Obst (+4,0%), Kaffee (+2,3%) und Bier (+1,6%) zu beobachten, während die Preise für Eier (-2,2%) und Gemüse (-1,3%) zurückgingen. Von den Gemüsesorten verbilligten sich Blatt-

und Stielgemüse (-13,6%) und Speisekohln (-11,0%) am stärksten, demgegenüber waren Kartoffeln (+27,8%) deutlich teurer als im Vormonat. Beim Obst mussten die Verbraucher vor allem für Zitrusfrüchte (+9,4%) sowie Beeren und Weintrauben (+8,7%) spürbar mehr bezahlen, während die Preise für Äpfel (-0,5%) gegenüber dem Vormonat leicht zurückgingen.

Der Preisauftrieb im Vergleich zum Vorjahr hat sich wieder abgeschwächt. So betrug die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Bayern gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im April 2,0%; im März hatte sie noch 2,3% betragen.

Im Vorjahresvergleich war bei den Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken insgesamt ein Preisanstieg von 0,6% zu verzeichnen. Überdurchschnittliche Verteuerungen gab es insbesondere bei Obst (+4,7%), Bier (+6,7%) und Kaffee (+7,4%), während sich u. a. Gemüse (-2,0%) sowie Eier (-5,4%) gegenüber dem Vorjahr verbilligten. Besonders stark sind die Preise für Tabakwaren (+10,7%) gestiegen. Zu diesem Anstieg hat ganz wesentlich die letzte Erhöhung der Tabaksteuer

Verbraucherpreisindex für Bayern von Oktober 2003 bis April 2005
2000 = 100



er zum 1. Dezember des vergangenen Jahres beigetragen.

Im Energiesektor stiegen die Preise für Heizöl (+36,8%) und Kraftstoffe (+6,9%) am stärksten. Aber auch die Preise für Gas (+7,0%), Strom (+2,9%) und feste Brennstoffe (+2,7%) lagen deutlich über dem Vorjahresniveau. Ohne Kraftstoffe und Heizöl gerechnet, wäre der Verbraucherpreisindex im April gegenüber dem Vorjahr um 1,6% gestiegen.

Die Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten) legten im Vergleich zum Vorjahr um 1,7% zu. Bei den Wohnungsnebenkosten (u. a. für Müllabfuhr, Frisch- und Abwasser) betrug der Anstieg 1,3%. Deutlich niedri-

ger als im Vorjahr waren im April weiterhin die Preise für Personalcomputer und Zubehör (-11,6%) sowie für Fernseh- und Rundfunkgeräte (-7,5%). Auch die Preise für Pauschalreisen (-6,3%) gingen binnen Jahresfrist spürbar zurück. Erheblich teurer als im Vorjahr waren hingegen Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+10,4%) und Verkehrsdienstleistungen (+4,3%).

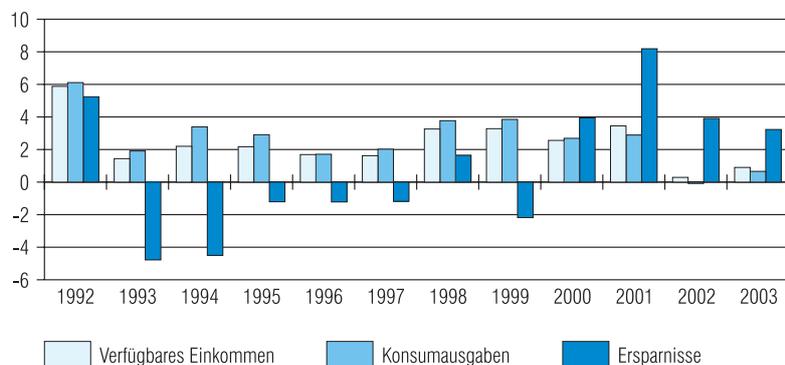
Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, April 2005 (mit Jahreswerten von 2001 bis 2004 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen)“ und „Verbraucherpreisindex für Bayern (mit monatlichen Indexwerten von Januar 2000 bis April 2005 sowie Untergliederung nach Hauptgruppen und Gruppen)*.“

Private Haushalte sparen immer mehr

Während das verfügbare Einkommen der bayerischen Bevölkerung im Jahr 2003 im Durchschnitt einen Betrag von 17 501 Euro je Einwohner erreichte und damit nominal um 0,9% höher lag als im Vorjahr, legten die Bürger mit durchschnittlich 2 111 Euro mehr denn je „auf die hohe Kante“. Die Ersparnis lag um beachtliche 3,2% höher als im Vorjahr, dem gegenüber entwickelten sich die Ausgaben für den Konsum mit 0,7% relativ verhalten. Damit setzt sich die bereits seit 1999 zu beobachtende Zurückhaltung beim Konsum bzw. die wachsende Sparneigung weiter fort. Innerhalb von nur vier Jahren stieg die jährliche Erspar-

Verfügbares Einkommen, Ersparnis und Konsum der Privaten Haushalte in Bayern von 1992 bis 2003

Veränderung der Durchschnittsbeträge je Einwohner in %

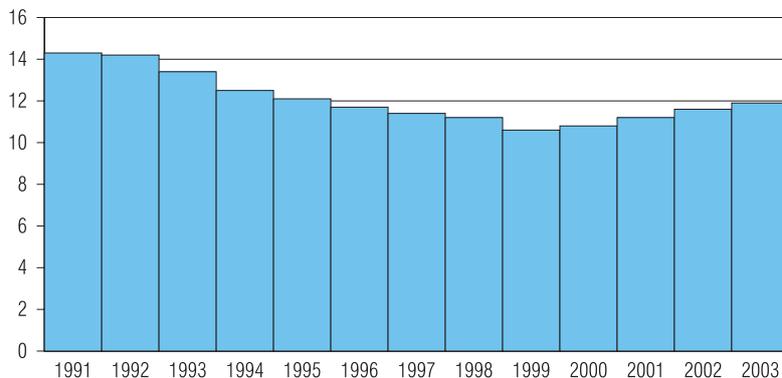


nis je Einwohner um 20,6%, während sich die Ausgaben für konsumtive Zwecke nur um 6,3% erhöhten. Aufgrund dessen erhöhte sich auch die so genannte „Sparquote“, die in der Zeit von 1991 bis 1999 kontinuierlich zurückgegangen war, wieder spürbar von 10,6 auf 11,9%. Sie erreichte damit allerdings bei weitem nicht das außerordentlich hohe Niveau eingangs der 90er Jahre, als sie noch über 14% lag.

Nach wie vor wird natürlich der weit überwiegende Teil des verfügbaren Einkommens für konsumtive Zwecke verwendet. Dennoch erreichte das Gesamtvolumen der jährlichen Ersparnisse in Bayern im Jahr 2003 das Rekordniveau von 26,2 Milliarden Euro. Das waren 893 Millionen Euro oder 3,5% mehr als 2002 bzw. nahezu fünf Milliarden Euro oder 23,4% mehr als 1999.

Verglichen mit der Bevölkerung in anderen Bundesländern erwiesen sich die Einwohner des Freistaats bei ihren Käufen besonders

Entwicklung der Sparquote der Privaten Haushalte in Bayern von 1991 bis 2003
Anteil der Ersparnis am Verfügbaren Einkommen in %



zurückhaltend. Sie gaben im Jahr 2003 im Vergleich zu 2002 nur um 103 Euro mehr für den Konsum aus und sparten zudem um 66 Euro mehr. Im Durchschnitt erhöhten die Bundesbürger ihre Konsumausgaben dagegen um 152 Euro, während die Ersparnis im Jahresvergleich „nur“ um 59 Euro höher ausfiel.

Die Daten sind den jüngsten Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ entnommen, dem auch das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung angehört. Weitere Informationen finden sich im Internet unter: http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/

Immer weniger Familien mit Kindern in Bayern

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, gab es im März 2004 in Bayern rund 4 635 000 Familien. Das waren 5% mehr als 1994. Bei rund einem Drittel der Familien handelte es sich um Ehepaare mit im Haushalt wohnenden ledigen Kindern (1 526 000). 28,9% aller Familien waren Ehepaare ohne ledige Kinder im Haushalt (1 342 000) und in fast jeder zehnten Familie lebten allein erziehende Mütter oder Väter mit ihren ledigen Kindern zusammen (447 000). Ferner gab es noch

1 320 000 so genannte Restfamilien, unter denen die verheiratet getrennt Lebenden, die verwitweten und geschiedenen allein Lebenden ohne Kinder zusammengefasst werden. Nicht unter den Familienbegriff fallen die Ledigen, die allein leben.

Gegenüber 1994 hat die Zahl der Ehepaare mit Kindern um 6,6% abgenommen. Dagegen war bei der Zahl der Ehepaare ohne Kinder ein Anstieg um 9,4% und bei den Restfamilien um 9,7% zu beobachten. Prozentual am stärksten hat die Zahl der Al-

leinerziehenden zugenommen (+27,2%). Gut 20% der Alleinerziehenden waren 2004 Männer (1994: knapp 15%).

Von den Ehepaaren mit Kindern hatten 2004 im Freistaat rund 637 000 ein Kind und 656 000 zwei Kinder. Rund 12% bzw. 186 000 Ehepaare erzogen drei Kinder und etwas über 3% bzw. 48 000 Ehepaare lebten mit vier oder mehr Kindern zusammen.

Weitere Informationen enthält der Statistische Bericht „Haushalte und Familien in Bayern im März 2004“ (Best.-Nr. A62043).*

Milcherzeugung 2004 leicht unter Vorjahresniveau

In Bayern wurden im Jahr 2004 mit 7,51 Millionen Tonnen 2,3% weniger Milch erzeugt als im Vorjahr (7,68 Millionen Ton-

nen). Aus den aggregierten monatlichen Ergebnissen der durch das Agrarstatistikgesetz bundesweit angeordneten Erhebung

über die Milcherzeugung und -verwendung ergibt sich weiter, dass von der Gesamtmenge 6,99 Millionen Tonnen Milch

Milcherzeugung und -verwendung in Bayern 2004 nach Regierungsbezirken

Gebiet	Milchkühe am 3. Mai	Durch- schnittliche Milch- leistung je Kuh im Jahr	Milch- erzeugung insgesamt	davon Verwendung der Milch beim Erzeuger									
				an Molkereien und Milchsammelstellen angelieferte Milch		Verfütterung von Milch in den Betrieben		im Haushalt der Kuhhalter				sonstige Verwendung ²	
								frisch verbrauchte Milch ¹		zu Butter, Käse oder Quark verarbeitete Milch			
Anzahl	kg	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%		
Oberbayern	383 125	5 771	2 211 170	2 045 909	92,5	142 429	6,4	12 256	0,6	2 721	0,1	7 855	0,4
Niederbayern	174 459	5 483	956 571	882 254	92,2	65 804	6,9	5 630	0,6	1 660	0,2	1 223	0,1
Oberpfalz	170 753	5 488	937 115	864 186	92,2	63 916	6,8	7 308	0,8	223	0,0	1 482	0,2
Oberfranken	97 166	5 766	560 212	529 678	94,5	24 977	4,5	3 205	0,6	915	0,2	1 437	0,3
Mittelfranken	117 283	5 905	692 570	648 374	93,6	38 721	5,6	4 546	0,7	151	0,0	778	0,1
Unterfranken	39 216	6 001	235 345	221 497	94,1	10 232	4,3	1 698	0,7	387	0,2	1 531	0,7
Schwaben	309 671	6 190	1 916 940	1 793 257	93,5	106 035	5,5	11 702	0,6	409	0,0	5 537	0,3
Bayern 2004	1 291 673	5 814	7 509 924	6 985 155	93,0	452 113	6,0	46 345	0,6	6 466	0,1	19 844	0,3
2003	1 326 612	5 792	7 683 352	7 113 435	92,6	489 240	6,4	49 431	0,6	9 252	0,1	21 994	0,3
Veränderung 2004 ggü. 2003													
absolut	- 34 939	21	- 173 428	- 128 280	X	- 37 127	X	- 3 086	X	- 2 786	X	- 2 150	X
%	- 2,6	0,4	- 2,3	- 1,8	X	- 7,6	X	- 6,2	X	- 30,1	X	- 9,8	X

1 Eigenverbrauch und Altenteil.

2 Verkauf ab Hof, Vorzugs- und Deputatmilch.

(93,0%) an Molkereien geliefert wurden - gegenüber dem Vorjahr rund 128 300 Tonnen bzw. 1,8% weniger. Nahezu 524 800 Tonnen verwendeten die Milchkuhhalter in ihren Betrieben, und zwar hauptsächlich zur Verfütterung (452 100 Tonnen); der Rest wurde im Haushalt frisch verbraucht (46 300 Tonnen) oder zu Butter, Quark und Käse verarbeitet (6 500 Tonnen) sowie ab Hof an Verbraucher verkauft (19 800 Tonnen).

Bei 1,29 Millionen Milchkühen errechnet sich für 2004 eine jährliche durchschnittliche Milchleistung von 5 814 Kilogramm je Kuh (2003: 5 792 Kilogramm Milch je Kuh). Die „schwäbischen“, „unter-“ und „mittelfränkischen“ Kühe überboten diese Durchschnittsleistung mit 6 190, 6 001 und 5 905 Kilogramm. Rund drei Zehntel der Milch (29,4%) wurden in Oberbayern erzeugt und ein Vier-

tel (25,5%) in Schwaben, gefolgt von Niederbayern (12,7%), der Oberpfalz (12,5%) sowie Mittel-, Ober- und Unterfranken (9,2 und 7,5 sowie 3,1%).

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Milcherzeugung und Milchverwendung in Bayern 2004“ (Best.-Nr. C33023, Preis 5,30.*

* Alle Statistischen Berichte sind auch kostenlos als Datei erhältlich Bestellmöglichkeit (für alle Veröffentlichungen): s. Umschlagseite 3

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof im Spiegel der Statistik

Dieser Beitrag wurde von der Autorin für die „Festschrift 125 Jahre Bayerischer Verwaltungsgerichtshof“ verfasst. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs.

Dip.-Volksw. Uta Pletzer

Vorbemerkung

Aufzeichnungen über die Geschäftstätigkeit wurden bereits seit der Errichtung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes im Jahre 1879 geführt. Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, das seinerseits im Jahr 1833 mit der Bezeichnung „Statistisches Bureau“ als Geschäftsabteilung des Königlichen Staatsministeriums des Innern gegründet wurde, erhielt erst nach dem zweiten Weltkrieg den Auftrag, Erhebungen im Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit durchzuführen. Ab dem 1. Januar 1949 war diese Statistik vom Landesamt zu erstellen, wobei sie auf einer 1947 von der amerikanischen Militärregierung angeordneten Erhebung basierte. Der folgende Beitrag befasst sich deshalb ausschließlich mit dem Zeitraum ab 1949. Die Entwicklung von der Gründung bis dahin kann der Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes entnommen werden¹.

Ein Zeitraum von 55 Jahren – noch weniger ein solcher von 125 Jahren – vergeht nicht ohne gravierende Ereignisse und Einschnitte, die sich auf die Vergleichbarkeit der Zeitreihe auswirken bzw. sie sogar verhindern. Gesetzliche Regelungen, gesellschaftliche und politische Veränderungen, aber auch der Fortschritt in der Aufbereitungstechnik haben diese Zeitreihe geprägt. Ein genereller Bruch ergab sich durch den Übergang vom Enumerationsprinzip zur so genannten Generalklausel, wobei hier der zweite Weltkrieg als Wendepunkt angesehen werden muss. Durch das Gesetz² vom 8. August 1878 war zu Beginn der Tätigkeit des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes das Enumerationsprinzip eingeführt worden, das heißt, der Zuständigkeitsbereich war auf ausgewählte, gesetzlich explizit genannte Bereiche beschränkt. Es wurde nach dem zweiten Weltkrieg durch die so genannte Generalklausel ersetzt, die in das Gesetz Nr. 39 über die Verwaltungsgerichtsbarkeit (VGG) vom 25. September 1946 erstmalig aufgenommen und in der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21. Januar 1960 beibehalten wurde. Die auch heute noch gültige Generalklausel legt fest, dass der Verwaltungsrechtsweg in allen öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art gegeben ist, soweit die Streitigkeiten nicht durch Bundesrecht einem anderen Gericht zugewiesen sind (§ 40 VwGO). Die Ausweitung des Zuständigkeitsbereiches auf alle öffentlichen Bereiche wirkte sich naturgemäß auf die Anzahl der neu zugegangenen und da-

mit ebenso auf die erledigten Verfahren aus, so dass ein Vergleich mit der Entwicklung vor und nach dem zweiten Weltkrieg unmöglich ist.

Wenn auch im Zeitraum ab 1949 bis heute durchgehend die Generalklausel galt, gab es weitere Gegebenheiten, die die Zeitreihe beeinflussten und bei der Interpretation berücksichtigt werden müssen. Von 1949 bis 1959 orientierte sich die Erhebung an den Vorgaben des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Ab 1960 erfolgte in der Statistik die Anpassung an die Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung. So kam es beispielsweise von 1959 gegenüber 1960 aufgrund der Gesetzesänderung zu einem Rückgang der neu zugegangenen Verfahren, da beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof die erstinstanzliche Zuständigkeit für Anfechtungsklagen gegen ministerielle Verwaltungsakte nach § 50 VGG weggefallen war. Ausgenommen von dieser Neuregelung waren allerdings die Flurbereinigungssachen, die beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof verblieben.

Der damaligen Situation nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und der Folgezeit entsprechend wurde die Erhebung jahre- und jahrzehntelang komplett manuell aufbereitet, das heißt, die Ergebnisse wurden von Hand erstellt. Ab dem Jahr 1983 wurde dann im Statistischen Landesamt die elektronische Datenverarbeitung zur Erstellung der Ergebnisse genutzt, die Erhebungspapiere selbst mussten jedoch weiterhin von Hand ausgefüllt werden. Aus Gründen der Arbeitsvereinfachung und der Rationalisierung wandelte sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre jedoch die Übermittlungsart der Daten. Zunächst wurden Disketten verwendet, die später durch eine Online-Datenlieferung ersetzt wurden³. Die Umstellung im Jahr 1983 stellt eine Zäsur in der Zeitreihe dar, da durch den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung und die damit verbundenen vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten das Frageprogramm neu gestaltet und dabei auch ausgeweitet wur-

¹ Siehe Beitrag „Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof im Spiegel der Statistik“ von Frau Diplomkaufmann Irmgard Fürst, Regierungsdirektorin im Bayerischen Statistischen Landesamt, abgedruckt in überarbeiteter Form in Bayern in Zahlen Heft 10/1979.

² Gesetz, betreffend die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes und das Verfahren in Verwaltungsrechtsachen (GVBl S. 369).

³ Siehe auch Beitrag „Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in seinem fünften Vierteljahrhundert – Ergebnisse und Entwicklungen zwischen 1979 und 2004 von Herrn Klaus Werner Lotz, Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes a.D. in der Festschrift „125 Jahre Bayerischer Verwaltungsgerichtshof“, München 2004.

de. Deshalb liegt der Schwerpunkt des folgenden Berichts auf der Darstellung dieses Zeitraumes⁴.

Neuzugänge

Die Entwicklung der Zahl der neu zugewandenen Verfahren, die durch die Einführung der Generalklausel ab 1949 deutlich höher war als vor dem zweiten Weltkrieg, verlief langfristig gesehen in zwei großen Wellen. Die erste Aufwärtsphase dauerte – mit einer längeren Anlaufzeit und von kurzfristigen Ausschlägen abgesehen – bis 1982, als mit 10014 Verfahren ein erster Höhepunkt erreicht wurde. Der drastische Rückgang im Jahr 1983 gegenüber 1982 auf nur mehr 8231 Verfahren beruhte auf der Umstellung der Statistik, ist also systembedingt. Ab diesem Zeitpunkt werden die sonstigen Beschwerden und sonstigen Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens, die am Ende dieses Berichts kurz abgehandelt werden, nur nachrichtlich als Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren gemeldet. Eine Bilanzierung nach Neuzugängen und Erledigungen findet nicht statt. Die Zahl der neu eingewandenen Streitsachen verringerte sich bis 1989 auf 5079, um anschließend auf das bisherige Maximum von 10832 Verfahren im Jahr 1995 anzusteigen. Seitdem sank die Zahl der Neuzugänge – mit Ausnahme von 2002 – von Jahr zu Jahr und erreichte zuletzt mit 4515 Verfahren in etwa wieder das Niveau von 1977.

Betrachtet man die durchschnittliche Anzahl der Neuzugänge ergibt sich folgendes Bild: Im Zeitraum von 1949 bis 1959, als das Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit galt, betrug der Durchschnitt 1391 Verfahren, wobei die Spannweite zwischen 1130 Verfahren im Jahr 1952 und 1831 im Jahr 1955 lag. Im folgenden Jahrzehnt war der Durchschnitt gemäßigt auf 1576 Verfahren angestiegen – bei einer annähernd gleich großen Bandbreite von 1318 Verfahren im Jahr 1963 bis 2014 im Jahr 1969. Aber bereits in den nächsten zehn Jahren war er mit 3803 mehr als zweimal so hoch. In den drei Jahren bis zur Umstellung der Statistik hatte er sich nochmals mehr als verdoppelt (9202). Auf hohem Niveau blieb der Durchschnitt mit 6962 Neuzugängen im anschließenden Zeitraum von 1983 bis 1992. Er wurde in den Jahren 1993 bis 2003 mit 7611 sogar noch übertroffen, wobei in dieser Zeitspanne die Jahre 1995 und 1996 mit den bisherigen Extremwerten liegen.

Für die Schwankungen bei den neu zugewandenen Streitsachen insgesamt war hauptsächlich die Entwicklung bei den Berufungen, den Anträgen auf Zulassung der Berufung (einschließlich

4 Die Entwicklung von Kriegsende bis Ende der 70er Jahre ist ausführlich in der Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes im Beitrag von Frau Fürst dargestellt.

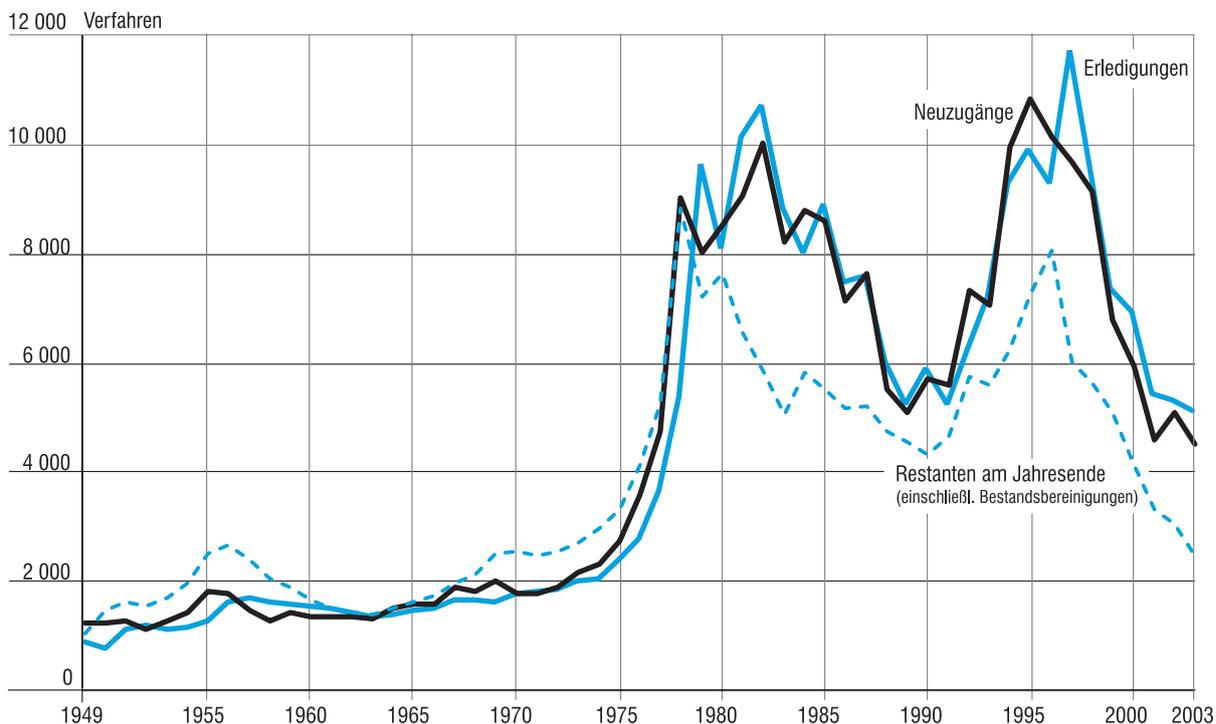
Geschäftsentwicklung der Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof seit 1949¹

Jahr	Neuzugänge	Erledigungen	Restanten am Jahresende ²	Jahr	Neuzugänge	Erledigungen	Restanten am Jahresende ²
1949	1 235	876	1 023	1977	4 746	3 647	5 237
1950	1 223	789	1 457	1978	9 020	5 417	8 840
1951	1 266	1 121	1 602	1979	8 009	9 635	7 214
1952	1 130	1 188	1 544	1980	8 530	8 105	7 639
1953	1 275	1 116	1 703	1981	9 062	10 140	6 561
1954	1 414	1 154	1 963	1982	10 014	10 718	5 857
1955	1 831	1 287	2 507	1983	8 231	8 840	5 050
1956	1 770	1 630	2 647	1984	8 816	8 039	5 819
1957	1 450	1 694	2 403	1985	8 592	8 898	5 516
1958	1 273	1 635	2 041	1986	7 125	7 476	5 161
1959	1 430	1 593	1 878	1987	7 652	7 596	5 219
1960	1 340	1 545	1 673	1988	5 520	6 016	4 755
1961	1 343	1 502	1 514	1989	5 079	5 241	4 544
1962	1 340	1 432	1 422	1990	5 693	5 922	4 321
1963	1 318	1 338	1 402	1991	5 594	5 249	4 670
1964	1 486	1 376	1 512	1992	7 321	6 254	5 756
1965	1 601	1 475	1 638	1993	7 048	7 218	5 591
1966	1 600	1 516	1 722	1994	9 966	9 302	6 261
1967	1 898	1 654	1 966	1995	10 832	9 907	7 254
1968	1 822	1 650	2 138	1996	10 146	9 289	8 050
1969	2 014	1 635	2 517	1997	9 675	11 715	6 019
1970	1 784	1 765	2 536	1998	9 158	9 552	5 640
1971	1 777	1 827	2 486	1999	6 780	7 366	5 093
1972	1 889	1 839	2 536	2000	5 939	6 939	4 136
1973	2 147	2 001	2 682	2001	4 579	5 454	3 315
1974	2 331	2 046	2 967	2002	5 083	5 321	3 054
1975	2 752	2 389	3 330	2003	4 515	5 119	2 455
1976	3 574	2 766	4 138				

1 Ab 1983 ohne sonstige Beschwerden und sonstige Anträge.

2 Einschl. Bestandsbereinigungen.

Tab. 1

Abb. 1 **Geschäftsentwicklung der Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof seit 1949**

Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen und Beschwerden in Disziplinarsachen)⁵ ausschlaggebend, während der Verlauf bei den erstinstanzlichen Verfahren und bei den Beschwerden gegen Entscheidungen über die Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz, den Anträgen auf Zulassung der Beschwerde (einschließlich der Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz, ohne Numerus-clausus-Sachen)⁶ vergleichsweise ruhig war. Die Zahl der Neuzugänge in der 1. Instanz bewegte sich zwischen minimal 242 im Jahr 2003 und maximal 443 im Jahr 1993. Merklichen Einfluss auf die kurzfristige Entwicklung in diesem Bereich hatten in einigen Jahren, wie z.B. 1992 und 2001, die technischen Großvorhaben gemäß § 48 Abs. 1 VwGO, die erst seit 1985 zur erstinstanzlichen Zuständigkeit des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes gehören.

Erhebliche Schwankungen gab es dagegen bei den Berufungen. Beginnend mit 2 689 Verfahren im ersten Jahr nach der Statistikumstellung lag die Zahl der Zugänge zunächst immer unter der 3 000er-Marke. Im Jahr 1984 wurde mit 2 250 sogar der Tiefpunkt erreicht. Mit Beginn der 90er Jahre setzte jedoch eine deutliche Aufwärtstendenz ein, die 1995 in 8 737 neu zugewandenen Berufungen gipfelte. Seitdem ist ein Rückgang zu beobachten. Mit zuletzt 3 115 Verfahren wurde annähernd wieder der Stand von 1990 erreicht. Maßgeblich geprägt haben diese Entwicklung die Asylverfahren, die im Zusammenhang mit dem Zustrom von Asylsu-

chenden zu sehen sind. Wurden bei den Asylsenaten 1990 noch 1 161 neu zugewandene Berufungen registriert, so waren es im Jahr 1995 mit 6 852 knapp sechsmal so viele. In den drei Folgejahren war zunächst nur eine leichte Entlastung auf 5 705 (1998) festzustellen, danach sank die Zahl der neu zugewandenen Berufungen wieder stärker bis auf 1 407 im Jahr 2003. Die Zahl der Berufungen, die bei den allgemeinen Senaten neu zuzugingen, weist keine so spektakuläre Entwicklung auf wie diejenige bei den Asylsenaten. Sie bewegte sich lediglich zwischen 1 627 (1998) und 2 035 (1996).

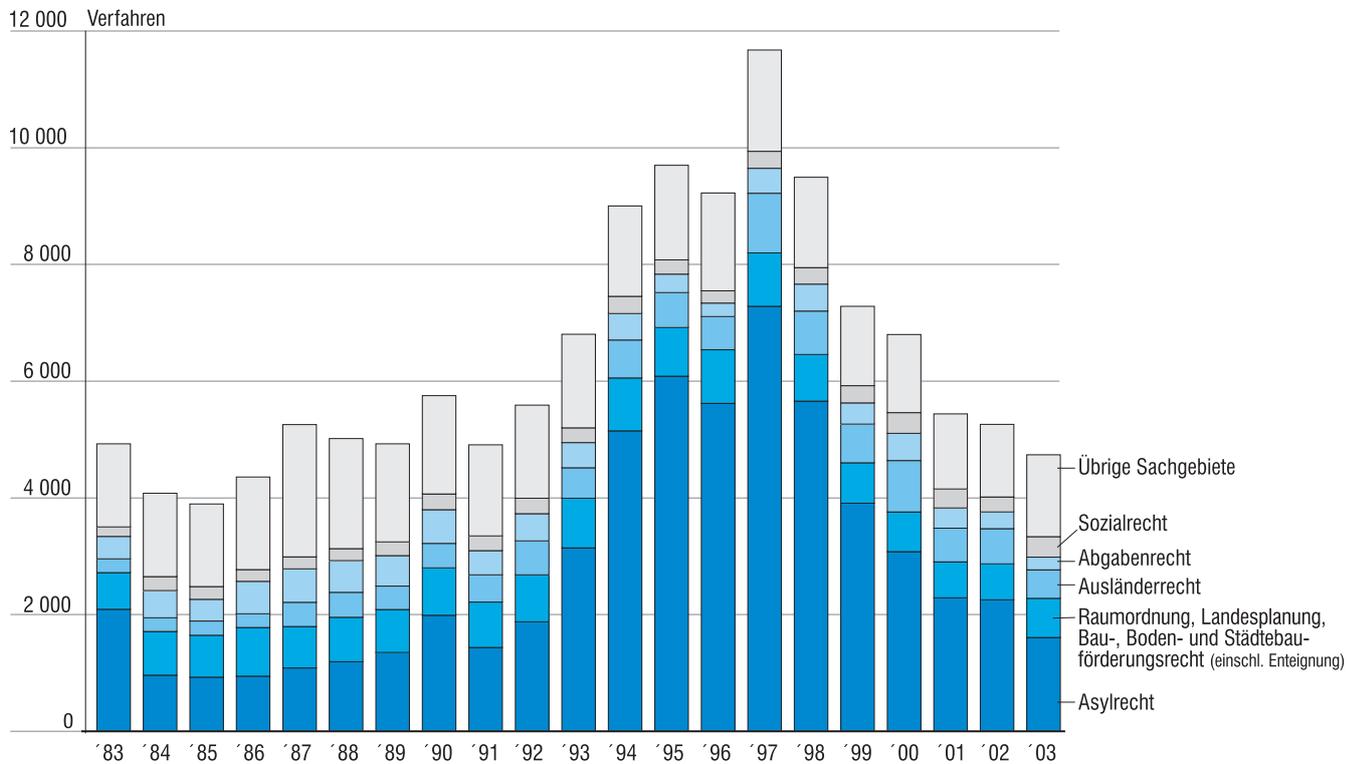
Ähnliches gilt für die Beschwerden. 2 427 Neuzugänge wurden hier im Jahr 1987 als Maximum gezählt, wobei für diese Spitze das Volkszählungsgesetz verantwortlich war. An zweiter Stelle lag das Jahr 1990 mit 2 132 neuen Verfahren, in dem außergewöhnlich viele Neuzugänge bei den Asylsenaten gemeldet worden waren. In den anderen Jahren des Zeitraums 1983 bis 2003 betrug die Spanne 902 (2001) bis 1 817 Verfahren (1994).

Ein massiver Abwärtstrend zeigte sich bei den Numerus-clausus-Verfahren, wobei in diese Kategorie sowohl die Beschwerden gegen Entscheidungen mit Anträgen auf Zulassung als auch die An-

⁵ Im Folgenden als Berufungen bezeichnet.

⁶ Im Folgenden als Beschwerden bezeichnet.

Abb. 2 **Erledigte Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof seit 1983 nach Sachgebieten**
Ohne Numerus-clausus-Sachen



träge zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz fallen. Unter Numerus-clausus-Verfahren sind dabei alle Verfahren zu verstehen, die die Vergabe von Studienplätzen durch die Hochschulen außerhalb der festgesetzten Kapazität betreffen. Ausgehend von 4 132 Verfahren im Jahr 1983 stieg die Zahl im Folgejahr noch auf 5 078 an. Danach ging es deutlich – allerdings unter Schwankungen – abwärts. Das bisherige Minimum lag bei nur 25 Fällen im Jahr 1997.

Die sich im Zeitablauf ändernde Bedeutung der einzelnen Verfahrensarten lässt sich anhand der Anteile an allen neu zugewandenen Verfahren verdeutlichen. Auf die Numerus-clausus-Verfahren entfielen in den Jahren 1983 bis 1985 noch (gut) die Hälfte aller Neuzugänge, bereits 1988 aber nur mehr 11%. Insbesondere in der zweiten Hälfte der 90er Jahre spielten diese Verfahren mit Anteilen von jeweils unter 1% kaum noch eine Rolle. In den Vordergrund schoben sich zunehmend die Berufungen, wobei sich auch hier die Dominanz der Asylsachen zeigt. Lag der Anteil der Berufungen anfangs noch bei etwa einem Viertel bis ein Drittel aller neu zugewandenen Verfahren, so stieg dieser bis auf 81% im Jahr 1995 an. Der Anteil der Beschwerden erreichte seinen Höhepunkt im Jahr 1990 mit 37%, der Tiefpunkt ist im Jahr 1983 mit 13% registriert worden.

Erledigte Verfahren

Die Entwicklung der Zahl der erledigten Verfahren folgte in der Grundtendenz der Zahl der Neuzugänge (siehe Abb. 1), wenn es auch kurzfristig zum Teil Abweichungen gab. Nach dem sich in der ersten Hälfte der 50er Jahre die Zahl der erledigten Verfahren kaum veränderte, gab es erstmals 1956 einen – verglichen mit der späteren Entwicklung – kleinen Sprung nach oben. Mit gewissen Ausschlägen konnte dieses Niveau dann in etwa bis 1970 gehalten werden. Im Laufe der 70er Jahre stieg die Zahl der Erledigungen – analog zu den Zugängen – deutlich an, bis zu dem ersten Maximalwert von 10 718 Fällen im Jahr 1982. Damit hatten sich die Erledigungen innerhalb von nur fünf Jahren fast verdreifacht. Nach dem umstellungsbedingten Einschnitt 1983 begann eine Abwärtsentwicklung bis auf 5 241 Fälle im Jahr 1989. Von da an setzte erneut eine Wellenbewegung ein. Das bisher beste Ergebnis wurde dann im Jahr 1997 mit 11 715 erledigten Verfahren verzeichnet. Im Vergleich zu den Neuzugängen bedeutete dies eine Verschiebung des Scheitelpunktes um zwei Jahre. Wie bei den Zugängen auch sank die Zahl der Erledigungen anschließend kontinuierlich – bis auf 5 119 im Jahr 2003.

Die Entwicklung der durchschnittlich erledigten Verfahren zeigt, dass von 1949 bis 1979 im Schnitt weniger Verfahren erledigt

Neuzugangene und erledigte Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof seit 1983 nach Verfahrensarten

Tab. 2

Verfahrensart	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Neuzugänge							
Erstinstanzliche Hauptverfahren	305	296	352	378	393	386	346
davon allgemeine Senate	305	296	317	343	364	300	255
Senat für technische Großvorhaben	-	-	35	35	29	86	91
Berufungen, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen und Beschwerden in Disziplinarverfahren	2 689	2 250	2 521	2 538	2 759	2 807	2 784
davon allgemeine Senate	1 751	1 758	1 906	1 918	1 923	1 856	1 874
Asylsenate	938	492	615	620	836	951	910
Beschwerden gegen Entscheidungen bzw. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz (ohne Numerus-clausus-Sachen)	1 105	1 192	1 359	1 466	2 427	1 738	1 659
davon allgemeine Senate	932	1 022	1 076	1 131	1 984	1 325	1 175
Asylsenate	173	170	268	319	426	374	471
Senat für technische Großvorhaben	-	-	15	16	17	39	13
Numerus-clausus-Sachen	4 132	5 078	4 360	2 743	2 073	589	290
Verfahren insgesamt	8 231	8 816	8 592	7 125	7 652	5 520	5 079
darunter Verfahren ohne Numerus-clausus-Sachen	4 099	3 738	4 232	4 382	5 579	4 931	4 789
davon allgemeine Senate	2 988	3 076	3 299	3 392	4 271	3 481	3 304
Asylsenate	1 111	662	883	939	1 262	1 325	1 381
Senat für technische Großvorhaben	-	-	50	51	46	125	104
Erledigte Verfahren							
Erstinstanzliche Hauptverfahren	290	272	313	311	364	411	341
davon allgemeine Senate	290	272	309	297	338	374	273
Senat für technische Großvorhaben	-	-	4	14	26	37	68
Berufungen, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen und Beschwerden in Disziplinarverfahren	3 645	2 641	2 335	2 555	2 539	2 767	2 942
davon allgemeine Senate	1 653	1 865	1 673	1 892	1 905	1 945	1 984
Asylsenate	1 992	776	662	663	634	822	958
Beschwerden gegen Entscheidungen bzw. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz (ohne Numerus-clausus-Sachen)	991	1 168	1 250	1 492	2 351	1 840	1 644
davon allgemeine Senate	887	979	983	1 193	1 882	1 442	1 226
Asylsenate	104	189	267	284	451	370	393
Senat für technische Großvorhaben	-	-	-	15	18	28	25
Numerus-clausus-Sachen	3 914	3 958	5 000	3 118	2 342	998	314
Verfahren insgesamt	8 840	8 039	8 898	7 476	7 596	6 016	5 241
darunter Verfahren ohne Numerus-clausus-Sachen	4 926	4 081	3 898	4 358	5 254	5 018	4 927
davon allgemeine Senate	2 830	3 116	2 965	3 382	4 125	3 761	3 483
Asylsenate	2 096	965	929	947	1 085	1 192	1 351
Senat für technische Großvorhaben	-	-	4	29	44	65	93

werden konnten als neu zugegangen sind. Von 1949 bis 1959 wurden 1 280 Verfahren erledigt, im nächsten Jahrzehnt waren es 1 512. Bereits von 1970 bis 1979 war der Durchschnitt mit 3 333 Erledigungen mehr als doppelt, im Zeitraum von 1980 bis 1983 mit 9 654 Verfahren sogar knapp dreimal so groß. Damit wurde in diesem kurzen Zeitraum erstmals die durchschnittliche Zahl der Neuzugänge übertroffen. Kaum einen Unterschied gab es in den Jahren 1983 bis 1992. Hier wurden durchschnittlich 6 953 Verfahren pro Jahr erledigt, in etwa so viele wie zuzugingen. Von 1993 bis 2003 konnten durchschnittlich 7 926 Verfahren pro Jahr erledigt werden, das heißt deutlich mehr als neu zugegangen waren.

Auf die Entwicklung der Zahl der Erledigungen hatten die erstinstanzlichen Verfahren kaum einen Einfluss. Im Zeitraum von 1983 bis 2003 wurden die wenigsten Verfahren mit 261 im Jahr 2002 erledigt, die meisten mit 436 im Jahr 1992, so dass die Schwankungsbreite relativ gering war. Ganz anders sah es dagegen bei den

Berufungen aus. Hier betrug der höchste Wert 9 478 und wurde im Jahr 1997 verzeichnet. Er betrug gut das Vierfache des kleinsten Wertes, der mit 2 335 Fällen im Jahr 1985 festgestellt worden war. Die klassischen Streitsachen, die vor den allgemeinen Senaten verhandelt wurden, verteilten sich relativ gleichmäßig über die letzten Jahre. Die Wellenbewegung entstand vielmehr durch die Asylsachen, da als Folge des Zustroms der Asylsuchenden viele Berufungen neu eingegangen waren und dementsprechend abgearbeitet werden mussten. Ruhiger verlief die Entwicklung bei den Beschwerden, wo die Extremwerte zwischen 980 im Jahr 2001 und 2 351 im Jahr 1987 lagen. In diesem Jahr machte sich ein Sondereinfluss bemerkbar. So mussten die im Zusammenhang mit dem Volkszählungsgesetz außergewöhnlich gestiegenen Verfahren erledigt werden. Bei den Numerus-clausus-Verfahren zeigte sich langfristig ein Abwärtstrend. Während von 1983 bis 1985 jeweils noch etwa 4 000 bis 5 000 Verfahren erledigt wurden, sank deren Zahl unter Schwankungen bis auf 15 im Jahr 2001. Im Jahr

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
314	347	420	443	415	384	322	277	382	289	249	333	259	242
264	296	290	374	316	292	250	240	344	240	207	231	182	188
50	51	130	69	99	92	72	37	38	49	42	102	76	54
2 922	3 294	4 893	4 587	7 545	8 737	8 132	7 795	7 332	5 053	4 364	3 316	3 482	3 115
1 761	1 712	1 838	1 789	1 796	1 885	2 035	1 651	1 627	1 819	1 832	1 633	1 668	1 708
1 161	1 582	3 055	2 798	5 749	6 852	6 097	6 144	5 705	3 234	2 532	1 683	1 814	1 407
2 132	1 489	1 526	1 584	1 817	1 675	1 628	1 578	1 381	1 326	1 218	902	1 072	1 003
1 375	1 392	1 441	1 534	1 740	1 638	1 578	1 562	1 361	1 300	1 197	886	1 045	992
735	85	55	27	28	17	6	11	13	8	6	3	1	5
22	12	30	23	49	20	44	5	7	18	15	13	26	6
325	464	482	434	189	36	64	25	63	112	108	28	270	155
5 693	5 594	7 321	7 048	9 966	10 832	10 146	9 675	9 158	6 780	5 939	4 579	5 083	4 515
5 368	5 130	6 839	6 614	9 777	10 796	10 082	9 650	9 095	6 668	5 831	4 551	4 813	4 360
3 400	3 400	3 569	3 697	3 852	3 815	3 863	3 453	3 332	3 359	3 236	2 750	2 895	2 888
1 896	1 667	3 110	2 825	5 777	6 869	6 103	6 155	5 718	3 242	2 538	1 686	1 815	1 412
72	63	160	92	148	112	116	42	45	67	57	115	102	60
389	347	436	340	334	399	391	355	330	298	302	314	261	383
304	263	313	290	260	305	288	291	277	262	258	260	198	279
85	84	123	50	74	94	103	64	53	36	44	54	62	104
3 233	3 045	3 547	4 984	6 870	7 625	7 320	9 478	7 780	5 769	5 071	4 145	4 014	3 342
1 979	1 798	1 752	1 864	1 749	1 564	1 707	2 202	2 132	1 866	1 995	1 859	1 760	1 731
1 254	1 247	1 795	3 120	5 121	6 061	5 613	7 276	5 648	3 903	3 076	2 286	2 254	1 611
2 128	1 516	1 606	1 483	1 799	1 666	1 515	1 843	1 386	1 215	1 427	980	986	1 012
1 369	1 315	1 493	1 443	1 732	1 601	1 472	1 819	1 366	1 192	1 410	956	974	991
733	189	81	26	31	22	8	10	12	8	7	5	1	5
26	12	32	14	36	43	35	14	8	15	10	19	11	16
172	341	665	411	299	217	63	39	56	84	139	15	60	382
5 922	5 249	6 254	7 218	9 302	9 907	9 289	11 715	9 552	7 366	6 939	5 454	5 321	5 119
5 750	4 908	5 589	6 807	9 003	9 690	9 226	11 676	9 496	7 282	6 800	5 439	5 261	4 737
3 652	3 376	3 558	3 597	3 741	3 470	3 467	4 312	3 775	3 320	3 663	3 075	2 932	3 001
1 987	1 436	1 876	3 146	5 152	6 083	5 621	7 286	5 660	3 911	3 083	2 291	2 255	1 616
111	96	155	64	110	137	138	78	61	51	54	73	73	120

2003 wurden allerdings wieder mehr Verfahren, nämlich 382, beendet.

Analog zu den Neuzugängen verschoben sich auch bei den erledigten Verfahren im Zeitablauf die Anteile der einzelnen Verfahrensarten. Dominierten in den Jahren 1983 bis 1985 noch die Numerus-clausus-Sachen mit Anteilen von 44 % bis 56 %, so sank deren Bedeutung in den Folgejahren ganz massiv. Vom Jahr 2003 abgesehen, betraf in den Jahren ab 1995 nur mehr maximal jedes 50ste erledigte Verfahren eine Numerus-clausus-Sache. Den Schwerpunkt der Tätigkeit bildeten dagegen die Berufungen, die bei den erledigten Verfahren zunächst mit einem Anteil von 41 % zu Buche schlugen. Nach einem Rückgang bis auf 26 % im Jahr 1985 kam es zu einem kontinuierlichen Anstieg, bis 1998 das Maximum erreicht wurde. In diesem Jahr hatten sich acht von zehn erledigten Verfahren mit einer Berufung befasst, allein sechs davon wurden von den Asylsenaten bewältigt. Deutlich geringer fiel

die Bandbreite bei den Beschwerden aus. 1983 wurden anteilmäßig die wenigsten Beschwerden (11 %) erledigt, 1990 dagegen die meisten (36 %). Am gleichmäßigsten entwickelten sich die Anteile der erstinstanzlichen Verfahren in einem Rahmen von 3 % bis 7 %.

Erledigte Verfahren nach Sachgebieten

Die erledigten Verfahren wurden nicht nur nach der Verfahrensart erfasst, sondern auch nach dem Gegenstand des Verfahrens³. Um die vielfältigen Themen statistisch erfassen zu können, musste jedes Verfahren einem Sachgebiet zugeordnet werden, das wiederum mit Hilfe eines Sachgebietskatalogs kategorisiert wurde. Um den gesellschaftlichen und politischen Wandel nachvollziehen zu können, wurde der Sachgebietskatalog seit dem Ende des zweiten Weltkrieges zweimal angepasst, so dass die Vergleichbarkeit nicht möglich ist. Der erste Sachgebietskatalog wurde von 1949

³ Siehe Seite 184.

Erledigte Verfahren (ohne Numerus-clausus-Verfahren) vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof seit 1983 nach Sachgebieten

Tab. 3

Sachgebiet	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Erledigte Verfahren insgesamt	4 926	4 081	3 898	4 358	5 254	5 018	4 927
davon entfielen auf die Sachgebiete Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	60	64	50	51	49	64	62
darunter Kommunalrecht (ohne Abgabenrecht)	60	61	50	47	48	60	52
Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenenbildungsrecht, Sport	131	227	182	261	170	153	131
darunter Schulrecht	27	27	40	35	32	24	37
Hochschulrecht	94	194	127	222	123	126	75
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	382	396	451	421	510	474	413
darunter Gewerberecht	81	98	123	121	136	111	136
Landwirtschaftsrecht	226	224	231	228	290	282	199
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz	2 797	1 599	1 565	1 634	1 928	2 138	2 410
darunter Ausländerrecht	236	233	243	237	416	425	399
Asylrecht	2 092	963	928	947	1 085	1 192	1 351
Gesundheitsrecht, Hygiene, Lebens- und Arzneimittel	19	10	20	14	13	23	18
Wasserrecht	51	44	39	37	45	74	67
Straßen- und Wegerecht	117	91	88	78	57	116	217
Verkehrsrecht	125	98	73	104	102	90	123
Wohnungsrecht	49	60	38	48	72	55	64
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschl. Enteignung	629	748	719	830	710	764	737
Abgabenrecht	382	466	372	555	574	545	524
darunter Erschließungsbeiträge	148	123	170	242	197	189	151
Ausbaubeiträge	35	35	11	62	56	30	41
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivilschutzes, Personalvertretungsrecht	346	291	275	336	360	315	295
darunter Recht der Bundesbeamten	64	62	40	57	62	63	57
Soldatenrecht	38	29	36	25	33	40	48
Recht der Landesbeamten	164	162	147	203	200	158	143
darunter Disziplinarrecht	23	32	25	12	18	22	21
Wehrpflichtrecht	3	3	7	3	7	6	2
Personalvertretungsrecht	42	21	21	38	41	33	33
Sozial-, Jugendschutz-, Kindergarten-, Kriegsfolgenrecht sowie Recht der off. Vermögensfragen	179	263	258	232	257	259	298
darunter Sozialrecht	165	241	218	203	204	203	234
Kriegsfolgenrecht	12	21	32	28	31	53	59
darunter Flüchtlings- und Vertriebenenrecht	8	13	21	26	28	52	57
Sonstiges Recht	20	27	26	34	696	306	57

bis 1968 verwendet und kam von 1969 bis 1982 in überarbeiteter Form zum Einsatz. Eine grundlegende Änderung erfolgte 1983 im Zusammenhang mit der Umstellung der statistischen Erfassung. Der Sachgebietenkatalog wurde stärker differenziert.

Wie in den vorherigen Abschnitten zeigt sich auch in der Gliederung der erledigten Verfahren (ohne Numerus-clausus-Sachen) nach Sachgebieten die Dominanz der Asylsachen, und zwar sowohl hinsichtlich des Einflusses auf die Entwicklung der Anzahl der Verfahren als auch hinsichtlich der Anteile (siehe auch Abb. 2). Gut vier von zehn erledigten Verfahren hatten 1983 das Asylrecht zum Streitgegenstand. In den folgenden neun Jahren pendelte der Anteil zwischen 21 % und 35 % und erhöhte sich anschließend in größeren Sprüngen. Anteilsmäßig (63 %) am meisten Asylsachen konnten im Jahr 1995 erledigt werden, aber auch die beiden folgenden Jahre standen diesem Ergebnis kaum nach. Von den Fallzahlen her gesehen wurde der Spitzenwert allerdings 1997 mit 7 283 Erledigungen erreicht. Seitdem ist die Bedeutung der Asylsachen sowohl von der Zahl der erledigten Verfahren als auch vom Anteil her gesehen rückläufig. 2003 wurden 1 610 Asylsachen be-

endet, das waren 34 % aller in diesem Jahr erledigten Verfahren. Betrachtet man den Durchschnitt der Jahre 1983 bis 2003, so ergibt sich ein Anteil von 45 %. Kein anderes Sachgebiet kann ein derartiges Gewicht aufweisen. Dies gilt für alle erledigten Verfahren, insbesondere jedoch für die Berufungen. Hier betrug der Spitzenwert des Anteils sogar 79 %.

Mit deutlichem Abstand folgt der Bereich Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht (einschließlich Enteignung). Über den gesamten Zeitraum von 1983 bis 2003 gesehen kam dieser Bereich auf einen durchschnittlichen Anteil von 12 %, wobei die Spanne in den einzelnen Jahren von minimal 8 % (1997) bis maximal 19 % (1986) reichte. Erwähnenswert ist noch das Ausländerrecht mit einem durchschnittlichen Anteil von 8 %. Dieses hat insbesondere in den letzten vier Jahren an Bedeutung gewonnen. 13 % aller erledigten Verfahren des Jahres 2000 hatten das Ausländerrecht zum Streitgegenstand gehabt, im Jahr 1983 waren es lediglich 5 % gewesen. Bei den Beschwerden nahm es ab den 90er Jahren die Spitzenposition ein, in einigen Jahren sogar mit Anteilen von 40 % oder mehr. Wenngleich das Land-

1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
5 750	4 908	5 589	6 803	9 002	9 698	9 226	11 676	9 496	7 282	6 800	5 439	5 261	4 737
81	98	76	73	75	72	70	97	99	57	51	51	46	31
76	97	76	72	71	71	69	97	98	53	47	47	44	31
101	124	126	125	118	115	128	128	83	69	78	68	88	63
24	25	36	38	38	41	45	53	34	26	26	32	46	27
65	83	74	68	56	53	50	52	31	33	34	23	29	24
413	367	368	352	308	351	304	299	287	297	244	254	208	249
115	109	81	86	94	80	94	77	68	54	49	56	62	55
226	186	222	214	172	219	154	164	166	183	139	154	101	140
3 109	2 480	3 127	4 314	6 429	7 338	6 868	8 927	6 992	5 063	4 399	3 340	3 332	2 654
418	466	581	520	653	598	569	1 023	742	665	878	578	606	487
1 987	1 436	1 876	3 145	5 148	6 086	5 619	7 283	5 658	3 909	3 078	2 289	2 252	1 610
15	11	16	5	20	24	19	28	6	25	18	40	17	26
78	43	43	61	61	50	45	54	38	38	48	32	33	37
191	131	118	77	129	153	108	95	74	62	77	56	68	77
181	166	270	241	161	182	263	190	195	178	114	156	140	198
44	39	49	68	66	56	26	43	51	20	25	18	21	14
816	778	807	851	906	833	919	915	800	691	683	614	616	669
578	417	464	432	451	319	230	427	463	361	467	346	285	219
182	143	155	146	203	99	41	112	99	145	138	74	95	69
59	37	30	34	32	32	12	39	31	33	35	22	51	19
264	282	275	289	309	296	300	376	289	254	384	312	303	350
43	53	52	71	72	63	122	122	55	48	174	72	67	101
45	38	25	34	39	38	34	49	40	24	23	41	28	17
134	131	162	144	162	155	126	168	173	155	152	165	186	208
27	13	19	9	9	9	8	35	21	23	17	21	24	17
1	7	5	3	3	4	2	8	2	2	3	4	3	1
34	40	25	32	25	34	12	27	14	21	27	18	17	15
350	332	324	350	385	329	368	477	445	457	476	429	355	453
267	252	266	252	295	244	210	292	283	298	354	326	258	350
79	77	57	96	83	80	154	180	153	148	113	99	92	98
73	76	55	96	83	79	152	178	149	145	112	97	90	98
38	30	22	17	21	45	39	30	38	33	18	25	28	49

wirtschaftsrecht über den gesamten Zeitraum nur einen Anteil von durchschnittlich 3% hatte und dieser auch in den Einzeljahren nur kleineren Schwankungen unterworfen war, so soll dieses Sachgebiet dennoch – aufgrund seiner Bedeutung für die erstinstanzlichen Verfahren – genannt werden. Da hier die Flurbereinigungssachen enthalten sind, kommt es bei den erledigten Verfahren der 1. Instanz auf einen durchschnittlichen Anteil von 50%.

Unerledigte Verfahren am Jahresende (Restanten)

Die unerledigten Verfahren zeigten von der Tendenz her, mit kleineren Modifikationen, eine ähnliche Entwicklung wie die neu zugegangenen und die erledigten Verfahren (siehe auch Abb. 1). Da die Neuzugänge – bedingt durch die Einführung der Generalklausel – in der Nachkriegszeit zunächst deutlich angestiegen waren, aufgrund der erschwerten Bedingungen dieser Zeit die Erledigungen aber nicht Schritt halten konnten, resultierte daraus eine Zunahme der unerledigten Verfahren am jeweiligen Jahresende von 1 023 im Jahr 1949 auf 2 647 im Jahr 1956. Dieser Bestand halbierte sich in der Folgezeit aufgrund der höheren Erledigungszahlen in etwa wieder und erreichte im Jahr 1963 mit 1 402 einen

Tiefpunkt. Wie aus der Abb. 1 zu ersehen ist, setzte nach dieser ersten kleineren Wellenbewegung ein Aufwärtstrend ein, der erst im Jahr 1978 mit dem bisherigen Höchstwert von 8 840 Restanten endete, also dem mehr als sechsfachen des Ausgangswertes von 1963. Das 1978 in Kraft getretene Entlastungsgesetz ermöglichte eine beschleunigte Erledigung der anhängigen Verfahren, so dass sich der Bestand an unerledigten Streitsachen merklich reduzierte, wobei sich auch hier die Umstellung der Statistik im Jahr 1983 bemerkbar macht. Die erste große Welle endete im Jahr 1990. Zu diesem Zeitpunkt war der Bestand an unerledigten Verfahren bis auf 4 321 abgebaut worden. Vor allem als Folge der zunehmenden Anzahl von Berufungen in Asylsachen verdoppelte sich in etwa innerhalb der nächsten sechs Jahre die Zahl der unerledigten Fälle. Im Jahr 1996 wurde mit 8 050 Verfahren ein weiterer Höhepunkt erreicht, der allerdings unter dem bisherigen Maximum aus dem Jahr 1978 lag. Bedingt durch die gegenüber den Zugängen höheren Erledigungszahlen verringerte sich anschließend der Bestand an Restanten von Jahr zu Jahr. Der für 2003 verzeichnete Wert von 2 455 unerledigten Verfahren bedeutete eine Rückkehr auf das Niveau zu Beginn der 70er Jahre.

Entwicklung des sonstigen Geschäftsarfs seit 1983

Tab. 4

Jahr	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Sonstige Beschwerden	411	435	515	543	621	926	1 033
Sonstige Anträge	15	16	22	16	13	20	24
Jahr	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Sonstige Beschwerden	860	813	658	328	383	447	451
Sonstige Anträge	26	35	36	34	26	22	19
Jahr	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Sonstige Beschwerden	362	384	391	453	391	362	502
Sonstige Anträge	31	25	40	30	53	34	46

Im Zeitraum von 1949 bis 1959 wurden pro Jahr im Durchschnitt 1 888 Restanten registriert, das war ein höherer Durchschnitt als bei den Neuzugängen und Erledigungen. In den beiden folgenden Jahrzehnten hielt sich diese Konstellation bei durchschnittlich 1 750 und 4 197 unerledigten Verfahren. Danach kehrte sich das Bild jedoch um. In den Zeiträumen von 1980 bis 1982, 1983 bis 1992 und von 1993 bis 2003 wurde mit 6 686, 5 081 und 5 170 bei den unerledigten Verfahren eine niedrigerer Durchschnitt ermittelt als bei den Neuzugängen und den Erledigungen.

Sonstiger Geschäftsanfall

Ab 1983 werden die sonstigen Beschwerden und sonstigen Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens nachrichtlich als Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren erfasst. Als „sonstige Beschwerden“ gelten alle Beschwerden, die sich nicht gegen Entscheidungen nach §§ 80, 80a und 123 VwGO richten (z. B. Streitwertbeschwerden). Zu den sonstigen Anträgen zählen beispielsweise Rechtshilfeersuchen und Beweissicherungsverfahren. Tabelle 4 zeigt die Entwicklung der Neuzugänge dieser sonstigen Verfahren.

Wirtschaftsleistung und Einkommen der Privaten Haushalte Bayerns im Ländervergleich

Dr. Franz Kohlhuber

Aus den Umverteilungsaktivitäten von Staat und Sozialversicherungssystemen, die sich in erster Linie nach den Einkommen der individuellen Privathaushalte richten, resultieren offensichtlich auch in regionaler Hinsicht bemerkenswerte Niveaueffekte. So werden insbesondere die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit – in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen neuerdings als Arbeitnehmerentgelt bezeichnet – durch so genannte „Zwangsabgaben“ wie Lohnsteuern und Sozialbeiträge erheblich vermindert, während auf der anderen Seite vorzugsweise den nicht bzw. nicht mehr erwerbstätigen Schichten der Bevölkerung ein ganze Reihe von Sozialleistungen als Bestandteil des verfügbaren Einkommens zufließen. Im Regionalvergleich wird die soziale Struktur der Bevölkerung auf diese Weise mitbestimmend für den Saldo an geleisteten und empfangenen Transfers bzw. die Differenz zwischen den Bruttoeinkommen und den verfügbaren Einkommen. Letztere schließen bekanntlich diese Umverteilungseffekte mit ein, indem die empfangenen Sozialleistungen mit berücksichtigt sind, die geleisteten Steuern und Sozialbeiträge jedoch nicht. Im Endergebnis kommt es vor allem durch die Umverteilung zu einer deutlichen Angleichung der Einkommensverhältnisse, nicht nur zwischen West- und Ostdeutschland sondern auch zwischen den alten Ländern untereinander. Bereits im Vorfeld jedoch, im Zuge der Einkommensverteilung auf die einzelnen Einkommensbezieher, schwinden die, vor allem durch die Pendlerströme verursachten, zum Teil recht großen Unterschiede der Länder in ihrer Wirtschaftskraft. Vor allem die Stadtstaaten mit ihrer hohen Wirtschaftsleistung, bezogen auf die dort wohnende Bevölkerung, geben einen Teil der dort erwirtschafteten Einkommen über die Einpendler an ihr Umland ab. Das Bruttonationaleinkommen der Hamburger Bevölkerung liegt z.B. um über ein Viertel niedriger als das im Stadtstaat Hamburg entstandene Bruttoinlandsprodukt. Dies ist allein eine Folge der Zurechnung der Einkommen nach dem Wohnort der Empfänger. Auch die im volkswirtschaftlichen Kreislauf folgende Verteilung der gesamtwirtschaftlichen Einkommen auf die einzelnen Sektoren, allem voran den Haushaltssektor, führt zu Verschiebungen im regionalen Vergleich der unterschiedlich definierten Einkommensniveaus.

Entwicklung
der Lohn- und
-gehaltsein-
kommen diver-
giert je nach
Betrachtungs-
weise

Neben dem Niveau und der Entwicklung der Wirtschaftsleistung – üblicherweise dargestellt anhand des Bruttoinlandsprodukts – steht auch das im Wirtschaftskreislauf erzielte Einkommen und dessen Verteilung dauerhaft im Blickpunkt der politischen und wissenschaftlichen Diskussion. Darüber hinaus, so ist schwer nachvollziehbar, genießt gerade das Schlagwort „Einkommen“ eine bevorzugte Stellung in der öffentlichen Diskussion – sei es verstanden als (subjektiv mehr oder minder gerecht empfundenes) Maß für die Entlohnung geleisteter Arbeit oder gemeinhin als Indikator für monetären Wohlstand. Doch schon aufgrund der Verschiedenartigkeit der Definitionen ist hier Vorsicht angebracht. Schließlich existieren vielerlei sehr unterschiedliche Einkom-

mensbegriffe nebeneinander, ihre Interpretation ist kontextabhängig und insofern oft auch „dehnbar“.

Weithin unbestritten herrscht in jedem Fall die Überzeugung, dass „der Staat“ zuviel vom Bruttoeinkommen verschlingt und dass trotz längerfristig steigender wirtschaftlicher Leistung schon seit langem nur wenig oder gar kein Einkommenszuwachs mehr zu verzeichnen ist. Aus Sicht der Lohnempfänger findet dieser Aspekt seinen statistischen Niederschlag in der Entwicklung der Löhne und Gehälter, insbesondere, wenn man sie netto – nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen – betrachtet. Und wenn man dann noch die allgemeine Teuerung einrechnet, dann erhöh-

ten sich die realen Nettolöhne pro Beschäftigten bundesweit betrachtet tatsächlich schon lange nicht mehr, sondern gingen sogar deutlich zurück.

Bei einem Wirtschaftswachstum in Bayern im Zeitraum 1991 bis 2003 von nominal 47,1%, dargestellt am Bruttoinlandsprodukt, erhöhten sich die Erwerbseinkommen aller im Freistaat wohnhaften Arbeitnehmer zusammen in zwölf Jahren brutto um 36,5% und netto um 25,4%¹. Je Kopf der Arbeitnehmerschaft betrachtet errechnet sich daraus ein durchschnittlicher Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 32,9%, netto verblieben davon nur 22,1%. Auf die gesamte Bevölkerung Bayerns umgerechnet betrug das durchschnittliche Arbeitnehmereinkommen im Jahr 1991 brutto 11 799 Euro, 2003 waren es 14 978 Euro. Der Pro-Kopf-Zuwachs dieser, weiten Teilen der Bevölkerung und sieben von acht Erwerbstätigen zufließenden Einkommensart würde so gesehen brutto 26,9% ausmachen, netto wären es 16,6%².

Während dessen betrug der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung stattliche 25,6%. Vor dem Hintergrund der Verteuerung der Lebenshaltung verloren also die Nettolöhne der Arbeitnehmer seit 1991 im Durchschnitt um 2,8% an „Kaufkraft“. Je Einwohner betrug die Wertminderung der Nettolöhne und -gehälter durchschnittlich sogar 7,2%, während die Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung, also das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, preisbereinigt immerhin um 13,5% wuchs. Eine beträchtliche „Schere“ von über 20% in der Entwicklung von Leistung und Einkommen der Bürger zeichnet sich also ab.

Völlig anders als die unmittelbar aus Erwerbstätigkeit erzielten Einkommen haben sich zwei andere „Einkommensarten“ entwickelt, nämlich die so genannten Sekundäreinkommen, die dem staatlichen Umverteilungsapparat entspringen, und die Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden u.ä.). Die monetären sozialen Leistungen erhöhten sich in der Summe um nominal 76,0%, mehr doppelt so stark wie die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer und ungefähr dreimal so stark wie deren Nettoeinkommen. Pro Kopf der Bevölkerung erhöhten sich diese Aufwendungen, welche überwiegend für die Altersversorgung, die hohe Arbeitslosigkeit und das weitere soziale Sicherungssystem benötigt werden, um 63,6%. Die andere der genannten Einkommensarten erhöhte sich allerdings exakt genau so stark. Die Vermögenseinkommen, legten (saldiert um geleistete Schuldzinsen) insgesamt um 75,9% bzw. je Einwohner um 63,6% zu.

Damit stellen zwar die Erwerbseinkommen der Arbeitnehmer 2003 mit einem Anteil von 70,4% nach wie vor die größte Komponen-

te der gesamten Primär- bzw. Bruttoeinkommen dar, doch dadurch dass auf ihnen die Hauptlasten des Steuer- und Sozialsystems ruhen, reduziert sich ihr Gewicht (netto) bezogen auf das verfügbare Einkommen beträchtlich, nämlich auf 44,5%. Alle übrigen „primären“ Einkommensarten (darunter insbesondere die Vermögenseinkommen) einerseits und die Transferleistungen andererseits bestimmen also seit geraumer Zeit verstärkt die verfügbaren Einkommen der Privaten Haushalte und deren Entwicklung.

Regionale Effekte der Einkommensverteilung und –umverteilung

Im Folgenden soll nun gezeigt werden, welche Effekte Einkommensverteilung und –umverteilung auch in regionaler Hinsicht bewirken, ohne dass sich die gesamtdeutsche Proportion zwischen Inlandsprodukt und verfügbarem Einkommen nennenswert veränderte (Wie anschließend gezeigt wird, entwickelten sich beide Größen über längere Zeit betrachtet in etwa parallel). Dabei soll ausgegangen werden vom Bruttoinlandsprodukt als dem gesamtwirtschaftlichen Leistungsmaß schlechthin. Da die Erwerbs- und Vermögenseinkommen aufgrund der überregionalen Verflechtung von Arbeit (Pendler) und vor allem wohl von Kapital häufig in andere Regionen fließen, als dort wo die Wirtschaftsleistung entsteht, wird dem Bruttoinlandsprodukt zunächst das Bruttonationaleinkommen gemäß der „Heimatregion“ der Erwerbstätigen und Kapitaleigner gegenübergestellt, um anschließend in Gestalt der Primäreinkommen den Anteil der Privaten Haushalte am Volkseinkommen in Augenschein zu nehmen. Abschließend soll noch auf die regionalen Auswirkungen der Einkommensumverteilung im Rahmen unseres komplexen Steuer- und Sozialsystems eingegangen werden.

Als Ausgangsjahr für Zeitvergleiche diente das Jahr 1991, welches häufig als „Startjahr“ für statistische Datenreihen dient, da es das erste volle „Statistik-Jahr“ nach der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 darstellt. Ansonsten wird bevorzugt auf die (gegenwärtig aktuellsten) Einkommensdaten des Jahres 2003 zurückgegriffen, welche die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Länderebene anzubieten haben. Konkret ins Auge gefasst wird also die Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen und Haushaltseinkommen im Laufe der zwölf Jahre von 1991 bis 2003, wobei bei den Einkommen der Privathaushalte noch die Unterscheidung zwischen Primär- bzw. Bruttoeinkommen und verfügbarem Einkommen

¹ Bei der Berechnung der Nettolöhne und -gehälter wird unterstellt, dass der auf die Arbeitnehmereinkommen entfallende Anteil am Gesamtaufkommen an direkten Steuern und Sozialbeiträgen in Bayern jeweils dem Bundesdurchschnitt entspricht (ein untergeordneter Anteil davon wird in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen anderen Einkommensarten zugerechnet, wie z.B. den Selbständigen- und Vermögenseinkommen).

² Trotz erheblicher Zunahme geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse erreichte der Anstieg der Arbeitnehmerzahl in Bayern von 1991 bis 2003 nur 2,7%. Er blieb damit erheblich hinter dem Bevölkerungswachstum von 7,6% zurück.

getroffen wird. Verkürzt ausgedrückt soll der Frage nachgegangen werden: „Wie und in welchem Umfang kommt der Bevölkerung der Bundesländer die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihres „Wirtschaftsstandorts“ zugute, welcher Gegenwert resultiert für sie als (verfügbares) Einkommen?“

Vorsprung Bayerns beim Wirtschaftswachstum größer als beim verfügbaren Einkommen

Die Originalzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erscheinen zunächst ebenso klar wie nüchtern: Die Wirtschaftsleistung, dargestellt (hier am nominalen) Bruttoinlandsprodukt, betrug in Bayern im Jahr 2003 375 952 Millionen Euro, das verfügbare Einkommen der Privaten Haushalte erreichte 216 974 Millionen Euro; das waren 57,7% des Inlandsprodukts. Zwölf Jahre vorher, im Jahr 1991 war die Relation zwischen beiden Größen aus Sicht der Bevölkerung insgesamt etwas „günstiger“, sie betrug nämlich 59,5%. Das Bruttoinlandsprodukt ist innerhalb von zwölf Jahren mit 47,1% gegenüber 42,7% (Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte) merklich stärker gestiegen. Da Bayern unter den alten Bundesländern in dieser Zeit das mit Abstand höchste Wirtschaftswachstum aufwies, erhöhten sich erwartungsgemäß auch die verfügbaren Einkommen der bayerischen Bevölkerung überdurchschnittlich. Der Durchschnitt der alten Bundesländer (ohne Berlin) lag anstelle der 42,7% „nur“ bei 39,7%. Der „Wachstumsvorsprung“ Bayerns war also beim Bruttoinlandsprodukt mit 47,1% gegenüber 35,7% im Länderdurchschnitt sehr viel ausgeprägter als beim verfügbaren Einkommen.

Stark relativiert werden diese relativ hohen Steigerungsraten allgemein durch die Berücksichtigung der Preisentwicklung. In konstanten Preisen betrachtet verringert sich der Anstieg der Wirtschaftsleistung in Bayern auf 22,1% und in den alten Ländern auf 13,3%. Würde man die verfügbaren Einkommen anhand des allgemeinen Preisindex für die Lebenshaltung (Anstieg 1991/2003: 25,6%) deflationieren, so bliebe für die Realeinkommen der Haushalte in Bayern noch ein Zuwachs von 13,6% (Durchschnitt der alten Länder: 11,9%, bei Preisindex +24,8%).

Bei den soeben genannten Zahlen handelt es sich um volkswirtschaftliche Gesamtaggregate, also ein Konglomerat aus einer großen Zahl von vielen Millionen allein oder in Haushaltsgemeinschaften lebender Individuen. Wenn man nun die Wohnbevölkerung und deren Entwicklung in die Betrachtung mit einbezieht, so ergibt sich aus dem zeitlichen und regionalen Vergleich von Aggregaten sehr schnell ein anderes Bild wenngleich es sich weiterhin natürlich auch nur um einfache Durchschnittswerte handelt, welche mikroökonomische oder soziografische Verteilungs- oder Streuungsaspekte nach wie vor unberücksichtigt lassen. Dennoch eröffnet allein die Normierung der Summendaten anhand der Wohnbevöl-

kerung in Gestalt der Bildung so genannter Pro-Kopf-Werte in vielerlei Hinsicht eine völlig neue Betrachtungsweise.

So reduziert sich z.B. die Entwicklung der realen Pro-Kopf-Einkommen in Bayern auf 5,6% und im Durchschnitt der alten Länder auf 5,0%, jeweils über den Zwölf-Jahres-Zeitraum von 1991 bis 2003 hinweg betrachtet. Mit 7,6% wuchs die Wohnbevölkerung im Freistaat überdurchschnittlich (alte Länder: 5,9%). Und angesichts eines (preisbereinigten) Wirtschaftswachstums von 22,1% bzw. einem Anstieg der Pro-Kopf-Leistung um 13,5% fällt der individuelle monetäre Wohlstandsgewinn der bayerischen Bevölkerung mit 5,6% relativ gering aus. Die Steigerung der verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen von real 5,0% im Durchschnitt der alten Länder bleibt hingegen nur relativ wenig hinter dem Anstieg des Inlandsprodukts je Einwohner von 7,0% zurück.

Die genannten Entwicklungstendenzen und die dabei entstehenden regionalen Divergenzen sind im Wesentlichen Folge eines umfassenden wirtschafts- und sozialpolitisch fundierten Verteilungs- und Umverteilungsprozesses. Darüber hinaus gibt es aber auch recht einfache und naheliegende Einflußfaktoren, die das Auseinanderlaufen von „Wirtschaftskraft“ und „Haushaltseinkommen“ erklären können. So wird etwa das Bruttoinlandsprodukt, als Produktionsindikator, in regionaler Hinsicht naturgemäß dessen Entstehungsort (der Produktionsstätte bzw. dem Arbeitsort) zugeordnet, das verfügbare Haushaltseinkommen hingegen dem Wohnort der Einkommensempfänger. Pendlerverflechtung und Kapitaleinkommen aus/an andere(n) Regionen sorgen somit für teilweise gehörige regionale Verschiebungen, vor allem zwischen den wirtschaftlichen Zentren und deren Umland oder im Fall der drei deutschen Stadtstaaten und den sie umgebenden Flächenländern. Aber darüber hinaus sorgen eben auch massive Umverteilungsaktivitäten des staatlichen Sektors, das sind Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherung, für einen monetären Nivellierungseffekte zwischen den Regionen und eine qualitative Annäherung der Lebensverhältnisse.

Die finanziellen Ausgleichsmaßnahmen sind sowohl auf Ebene der Bundesländer und Kommunen horizontal oder vertikal (insofern beide Male als „Finanzausgleich“ innerhalb des Staatssektors selbst), als auch auf individueller Ebene von Personen und Haushalten von Belang. Erstere bewirken in regionaler Hinsicht direkt zwischen staatlichen „Institutionen“ relevante, zweitens indirekte und durch Strukturunterschiede in einzelwirtschaftlicher und sozialer Hinsicht hervorgerufene Anpassungseffekte. Hier soll nur auf letztere eingegangen werden, also auf die indirekten, allein durch den volkswirtschaftlichen Verteilungs- und Umverteilungsprozess bewirkten Einflüsse auf die Einkommen der Privathaushalte, wie

Ausgewählte Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach Bundesländern 1991 und 2003

Jahr — Veränderung	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saarland	Alte Länder ohne Berlin
A) Werte in Euro je Einwohner (Pro-Kopf-Werte)											
Bruttoinlandsprodukt (nominal)											
1991	18 771	33 057	18 573	26 191	20 774	24 055	18 887	22 944	22 178	18 965	21 583
2003	23 106	44 291	22 773	34 937	25 986	31 220	22 963	29 243	30 324	23 752	27 659
VÄ in %	23,1	34,0	22,6	33,4	25,1	29,8	21,6	27,5	36,7	25,2	28,2
Bruttonationaleinkommen											
1991	20 309	25 799	19 511	24 479	21 161	22 561	20 048	23 038	22 006	17 763	21 549
2003	24 811	33 518	24 433	29 741	26 542	29 073	24 789	29 487	28 732	24 225	27 410
VÄ in %	22,2	29,9	25,2	21,5	25,4	28,9	23,6	28,0	30,6	36,4	27,2
Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten aller volksw. Sektoren)											
1991	15 778	19 245	15 033	18 570	16 381	16 847	15 229	17 659	16 630	13 184	16 463
2003	18 631	22 796	18 354	20 978	20 149	21 148	18 614	22 110	21 032	17 784	20 389
VÄ in %	18,1	18,5	22,1	13,0	23,0	25,5	22,2	25,2	26,5	34,9	23,8
Primäreinkommen der Privaten Haushalte											
1991	15 659	18 554	14 892	18 136	16 189	16 147	15 076	17 362	16 375	13 003	16 191
2003	18 964	22 739	18 700	21 158	20 465	20 964	18 962	22 377	21 275	18 109	20 632
VÄ in %	21,1	22,6	25,6	16,7	26,4	29,8	25,8	28,9	29,9	39,3	27,4
"Transfersaldo" (von Priv. Haushalten empfangene abzgl. geleistete Transfers)											
1991	- 2 654	- 3 121	- 2 445	- 2 229	- 2 687	- 3 252	- 2 639	- 3 607	- 3 186	- 1 638	- 2 935
2003	- 2 424	- 3 742	- 2 279	- 1 693	- 2 718	- 3 749	- 2 699	- 3 960	- 3 773	- 1 837	- 3 151
VÄ in %
Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte											
1991	13 005	15 433	12 447	15 906	13 502	12 896	12 436	13 755	13 189	11 365	13 256
2003	16 541	18 997	16 422	19 465	17 747	17 215	16 263	18 417	17 501	16 272	17 482
VÄ in %	27,2	23,1	31,9	22,4	31,4	33,5	30,8	33,9	32,7	43,2	31,9
B) Normierte Werte (Alte Bundesländer ohne Berlin = 100)											
Bruttoinlandsprodukt (nominal)											
1991	87,0	153,2	86,1	121,4	96,3	111,5	87,5	106,3	102,8	87,9	100
2003	83,5	160,1	82,3	126,3	94,0	112,9	83,0	105,7	109,6	85,9	100
Bruttonationaleinkommen											
1991	94,2	119,7	90,5	113,6	98,2	104,7	93,0	106,9	102,1	82,4	100
2003	90,5	122,3	89,1	108,5	96,8	106,1	90,4	107,6	104,8	88,4	100
Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten aller volksw. Sektoren)											
1991	95,8	116,9	91,3	112,8	99,5	102,3	92,5	107,3	101,0	80,1	100
2003	91,4	111,8	90,0	102,9	98,8	103,7	91,3	108,4	103,2	87,2	100
Primäreinkommen der Privaten Haushalte											
1991	96,7	114,6	92,0	112,0	100,0	99,7	93,1	107,2	101,1	80,3	100
2003	91,9	110,2	90,6	102,5	99,2	101,6	91,9	108,5	103,1	87,8	100
"Transfersaldo" (von Priv. Haushalten geleistete abzgl. empfangene Transfers)											
1991	90,4	106,3	83,3	76,0	91,6	110,8	89,9	122,9	108,6	55,8	100
2003	76,9	118,8	72,3	53,7	86,3	119,0	85,7	125,7	119,8	58,3	100
Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte											
1991	98,1	116,4	93,9	120,0	101,9	97,3	93,8	103,8	99,5	85,7	100
2003	94,6	108,7	93,9	111,3	101,5	98,5	93,0	105,3	100,1	93,1	100

sie sich im Rahmen der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung darstellen. Die direkten Finanzströme und Finanzausgleichsmaßnahmen zwischen den staatlichen Ebenen sowie zwischen den Ländern bleiben demzufolge außer Betracht.

Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen

Da absolute Zahlengrößen, wie sie eingangs als Millionen-Euro-Beträge verschiedentlich genannt wurden, Vergleiche nur in zeitlicher Hinsicht, dabei allerdings jeweils nur für ein und die selbe Region, ermöglichen, und aussagefähige Regionalvergleiche aufgrund der unterschiedlichen Regionsgrößen erst mit Hilfe geeig-

netter Normierungsverfahren möglich sind, werden im Folgenden sämtliche Daten als „Pro-Kopf-Größen“ dargestellt. Das heißt, der unterschiedlichen Größe der Regionen wird pauschal durch die Normierung der Absolutwerte anhand der Einwohnerzahl Rechnung getragen. Darüber hinaus kann man diese Pro-Kopf-Werte natürlich noch zusätzlich in Relation zu einer weiteren Norm setzen, etwa indem man die Kennziffer einer der Regionen quasi als „Meßlatte“ mit dem Wert „100 (%)“ belegt.

Bayern erreichte bei dieser Betrachtungsweise im Jahr 2003 bezogen auf sein nominales Bruttoinlandsprodukt eine Messzahl von

Noch: Ausgewählte Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach Bundesländern 1991 und 2003

Jahr — Veränderung	Brandenburg	Mecklenburg- Vorpommern	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Neue Länder ohne Berlin	Berlin	Deutsch- land
A) Werte in Euro je Einwohner (Pro-Kopf-Werte)								
Bruttoinlandsprodukt (nominal)								
1991	7 451	7 334	7 379	6 998	6 444	7 146	17 851	18 781
2003	17 191	16 888	17 984	17 723	17 411	17 544	22 651	25 790
VÄ in %	130,7	130,3	143,7	153,3	170,2	145,5	26,9	37,3
Bruttonationaleinkommen								
1991	8 943	8 095	8 074	7 900	8 021	8 186	16 630	18 893
2003	18 714	17 490	18 123	17 472	18 216	18 049	21 320	25 621
VÄ in %	109,3	116,0	124,5	121,2	127,1	120,5	28,2	35,6
Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten aller volksw. Sektoren)								
1991	7 655	6 805	6 819	6 603	6 897	6 935	13 471	14 591
2003	14 009	12 787	13 153	12 622	13 556	13 240	15 590	19 017
VÄ in %	83,0	87,9	92,9	91,2	96,6	90,9	15,7	30,3
Primäreinkommen der Privaten Haushalte								
1991	7 795	6 948	6 935	6 747	7 047	7 071	13 173	14 393
2003	14 524	13 298	13 609	13 128	14 050	13 730	15 937	19 305
VÄ in %	86,3	91,4	96,2	94,6	99,4	94,2	21,0	34,1
"Transfersaldo" (von Priv. Haushalten empfangene abzgl. geleistete Transfers)								
1991	71	195	513	495	433	376	- 1 210	- 2 255
2003	- 79	447	906	949	326	566	- 1 277	- 2 463
VÄ in %
Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte								
1991	7 866	7 144	7 448	7 242	7 480	7 447	11 963	12 138
2003	14 445	13 745	14 515	14 078	14 376	14 297	14 660	16 842
VÄ in %	83,6	92,4	94,9	94,4	92,2	92,0	22,5	38,8
B) Normierte Werte (Alte Bundesländer ohne Berlin = 100)								
Bruttoinlandsprodukt (nominal)								
1991	34,5	34,0	34,2	32,4	29,9	33,1	82,7	87,0
2003	62,2	61,1	65,0	64,1	62,9	63,4	81,9	93,2
Bruttonationaleinkommen								
1991	41,5	37,6	37,5	36,7	37,2	38,0	77,2	87,7
2003	68,3	63,8	66,1	63,7	66,5	65,8	77,8	93,5
Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten aller volksw. Sektoren)								
1991	46,5	41,3	41,4	40,1	41,9	42,1	81,8	88,6
2003	68,7	62,7	64,5	61,9	66,5	64,9	76,5	93,3
Primäreinkommen der Privaten Haushalte								
1991	48,1	42,9	42,8	41,7	43,5	43,7	81,4	88,9
2003	70,4	64,5	66,0	63,6	68,1	66,5	77,2	93,6
"Transfersaldo" (von Priv. Haushalten geleistete abzgl. empfangene Transfers)								
1991	- 2,4	- 6,7	- 17,5	- 16,9	- 14,7	- 12,8	41,2	76,8
2003	2,5	- 14,2	- 28,8	- 30,1	- 10,4	- 18,0	40,5	78,2
Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte								
1991	59,3	53,9	56,2	54,6	56,4	56,2	90,2	91,6
2003	82,6	78,6	83,0	80,5	82,2	81,8	83,9	96,3

109,6, bezogen auf den Durchschnitt der alten Bundesländer (= 100). Bezogen auf Gesamtdeutschland, also unter Einbeziehung der neuen Länder und Berlins käme der Freistaat auf einen Wert von 117,6. Zwölf Jahre früher lagen die Verhältnisse noch etwas anders. 1991 hatte Bayern im Vergleich mit den alten Ländern (ohne Berlin) nur ein Niveau von 102,8 erreicht und im gesamtdeutschen Vergleich 118,1. Der Aufholprozess der neuen Länder in der ersten Hälfte der 90er Jahre war naturgemäß in ganz Deutschland mit erheblichen Nivellierungseffekten verbunden. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner hat jedoch der Freistaat im Laufe der letzten zwölf Jahre Baden-Württemberg von Rang vier hinter

den beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin sowie hinter Hessen verdrängt. Natürlich „hinkt“ dieser Vergleich in der Hinsicht, dass bei der Kennziffer „Bruttoinlandsprodukt je Einwohner“ die räumliche Zuordnung von Wirtschaftsleistung (Arbeitsort) und Einwohnerzahl (Wohnort) auseinander fällt. So muss diese Kennziffer bei Ländern mit hohem Einpendlerüberhang, wie beispielsweise bei den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, als besonders „interpretationsbedürftig“ erscheinen³.

3 Nichtsdestoweniger könnte man von einer überproportionalen räumlichen Ballung der Wirtschaftsleistung im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte sprechen, eine Kenngröße die durchaus auch als Wirtschaftskraftindikator interpretiert werden kann.

Zum Teil erheblicher Niveauunterschied je nach Arbeitsort oder Wohnortbezug

Im Gegensatz zum Bruttoinlandsprodukt finden sich bei der Kennziffer „Bruttonationaleinkommen je Einwohner“ kompatible räumliche Zuordnungen von Zähler und Nenner wieder. Der Abfluß von Primäreinkommen (aus Erwerbstätigkeit und Vermögen) aus der Region ihrer Entstehung vermindert deren Bruttonationaleinkommen gegenüber dem Inlandsprodukt. Umgekehrt erhöht sich das Bruttonationaleinkommen durch den Zufluß von Primäreinkommen aus anderen Regionen (in die „Wohnsitzregion“). Im Fall von Bayern als einem großen Flächenland mit zentral gelegenen Ballungsräumen um München, Nürnberg oder Augsburg beschränken sich die die Landesgrenzen überschreitenden Einkommensströme und insbesondere deren Saldo – gemessen an der gesamten Wirtschaftsleistung – auf ein sehr viel geringeres Maß als in Hamburg, Bremen oder auch Hessen. Das Bruttonationaleinkommen Bayerns lag 2003 um 5,2% niedriger als das Bruttoinlandsprodukt, 1991 waren es sogar nur 0,8% gewesen. Im Vergleich dazu „verloren“ Hamburg 2003 um 24,3%, Bremen 14,9% und Hessen 6,9% des dort erwirtschafteten Inlandsprodukts an die „übrige Welt“, insbesondere natürlich aufgrund der Pendlerverflechtung an die umliegenden Bundesländer. Am stärksten unter den alten Ländern gewannen Rheinland-Pfalz (+8,0%), Schleswig-Holstein (+7,4%) und Niedersachsen (+7,3%) an gesamtwirtschaftlichen Primäreinkommen hinzu. Die neuen Bundesländer (ohne Berlin) wiesen ausnahmslos ein im Vergleich zum Inlandsprodukt höheres Bruttonationaleinkommen auf, was vor allem auf den dortigen Auspendlerüberhang zurückzuführen ist.

Bruttonationaleinkommen und Primäreinkommen der Privaten Haushalte

Vom Bruttonationaleinkommen bis zu den Primäreinkommen der Privaten Haushalte durchläuft die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung einen mehrstufigen Prozess der Transformation. Zunächst werden die Abschreibungen aus der „Verteilungsmasse“ ausgesondert, um der Wertminderung des Anlagevermögens Rechnung zu tragen und gemäß dem Substanzerhaltungsprinzip eine adäquate Wiederbeschaffung (durch Ersatzinvestitionen) sicherzustellen. Sodann werden aus dem verbleibenden Nettonationaleinkommen die „Primäreinkommen“ der Sektoren Staat und Kapitalgesellschaften abgetrennt, so dass schließlich die Primäreinkommen der Privaten Haushalte übrig bleiben. Bei den Primäreinkommen der (finanziellen und nichtfinanziellen) Kapitalgesellschaften handelt es sich um einbehaltene/nicht ausgeschüttete Gewinne, die Primäreinkommen des Staates setzen sich zusammen zum einen aus den Produktions- und Import abgaben abzüglich der Subventionen und zum anderen aus dem (aufgrund der hohen Staatsverschuldung negativen) Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen.

Um den Zusammenhang der einzelnen Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen transparent zu machen, kann man auf das folgende Schema zurückgreifen:

Bruttoinlandsprodukt

+ Zufluß / - Abfluß an Primäreinkommen über die regionale Grenze

= Bruttonationaleinkommen

- Abschreibungen

= Nettonationaleinkommen

- Produktions- und Importabgaben /+ Subventionen

= Volkseinkommen

- Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften (einbehaltene Gewinne)

- (Restliche) Primäreinkommen des Staates

(z.B. Schuldzinsen / negativ)

= Primäreinkommen der Privaten Haushalte

- Geleistete Transfers (z.B. Direkte Steuern, AG-/AN-Sozialbeiträge)

+ Empfangene Transfers (z.B. Soziale Leistungen)

= Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte

Von einem Bruttonationaleinkommen in Höhe von 28 732 Euro je Einwohner verblieben der bayerischen Bevölkerung nach Durchlaufen des Einkommensverteilungsprozesses im Jahr 2003 je Kopf noch 21 275 Euro an Primäreinkommen. Dieser Betrag lag noch um 3,1% über dem Durchschnitt der alten Länder, beim Bruttonationaleinkommen hatte der Vorsprung noch 4,8% betragen. An der Spitze lag bei den Primäreinkommen je Einwohner Hamburg mit 110,2% des Durchschnitts der alten Länder, gefolgt von Baden-Württemberg mit 108,5% und Bremen mit 102,5%. Diese drei Länder lagen allerdings auch beim Bruttonationaleinkommen mehr oder minder deutlich vor Bayern (Hamburg: 122,3%, Bremen 108,5%, Baden-Württemberg: 107,6%, Bayern: 104,8%). Deutlich hinter dem Durchschnitt zurück blieben bei beiden Pro-Kopf-Größen das Saarland mit 88,4% beim Bruttonationaleinkommen und 87,8% beim Primäreinkommen der Privathaushalte, außerdem Niedersachsen (89,1 bzw. 90,6%), Rheinland-Pfalz (90,4 bzw. 91,9%) und Schleswig-Holstein (90,5 bzw. 91,9%).

Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen der Privaten Haushalte

Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen unterscheiden sich im Wesentlichen durch die dazwischen gelagerten Umverteilungsaktivitäten, insbesondere derer des Staates, einschließlich der Sozialversicherung. Zum Teil handelt es sich um die Abschöpfung finanzieller Mittel durch den Staat, z. B. in Gestalt direkter Steuern, welche dazu dienen, die Wahrnehmung öffentlicher Auf-

Einkommensverteilung und -umverteilung nivelliert regionale Niveauunterschiede

gaben zu finanzieren. Dieser Ausgabenblock, der nicht in monetärer Form, sondern teilweise als Sachleistung (z.B. Bildungs-, Gesundheitswesen) an Private Haushalte zurückfließt, blieb anteilmäßig am Bruttoinlandsprodukt unverändert. Zum weit überwiegenden Teil dienen die abgeschöpften Mittel aber auch „echten“ Umverteilungsaktivitäten im Rahmen der Solidargemeinschaft, die de jure primär individualorientiert sind, de facto jedoch auch regionale Effekte auslösen. So unterscheidet sich beispielsweise der Kreis der Empfänger von Transfer- bzw. Sozialleistungen signifikant vom Kreis der Primäreinkommensbezieher, welche durch Steuern und Sozialbeiträge diese Leistungen „finanzieren“. Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit erhalten rein statistisch betrachtet somit beispielsweise in doppelter Hinsicht einen Ausgleich: erstens fallen dort insgesamt weniger Beiträge zur Arbeitslosenversicherung an und zweitens fließen dorthin überproportionale Leistungen aus diesem Versicherungssystem. Dies ist natürlich nur als eine von vielen Facetten eines durch konkurrierende und komplementäre Regelungen geprägten und in der Bilanz letztlich wohl unüberschaubaren Steuer- und Sozialsystems zu sehen.

Im Zuge der Umverteilung verlieren manche der alten Bundesländer über ein Sechstel ihrer Primäreinkommen (Hessen: -17,9%, Baden-Württemberg und Bayern: -17,7%; Durchschnitt alte Länder: -15,3%; Deutschland: -12,8%), bei den neuen Ländern übertreffen die von der Bevölkerung empfangenen die geleisteten Transfers hingegen, so dass dort im Durchschnitt die verfügbaren Einkommen sogar etwas höher liegen als die Primäreinkommen (+ 4,1 %). Niedrigere Steuern und Sozialbeiträge pro Kopf, auch aufgrund des unterdurchschnittlichen Einkommensniveaus, und überdurchschnittliche Sozialleistungen (z.B. aufgrund höherer Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung) dürften als Hauptursachen hierfür zu sehen sein.

Der Vergleich der Bundesländer untereinander wird auch innerhalb des früheren Bundesgebiets nachhaltig von den regionalen Auswirkungen der Einkommensumverteilung im Haushaltssektor geprägt. Das höchste Niveau an verfügbarem Einkommen erzielten 2003 die Bewohner der Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Allerdings fiel Hamburg – gemessen am Durchschnitt der alten

Abb. 1 **Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen und Einkommen der Privathaushalte je Einwohner in den Ländern Deutschlands 2003**

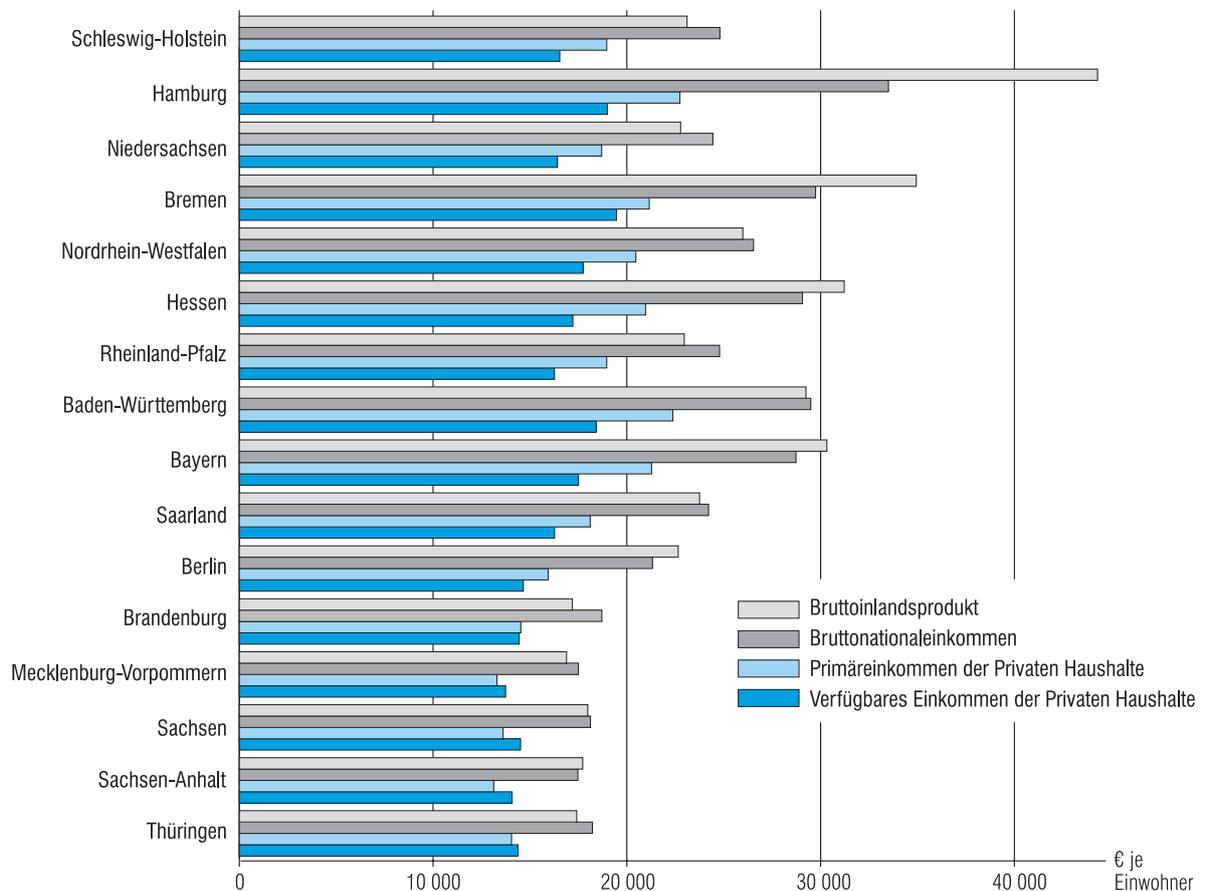
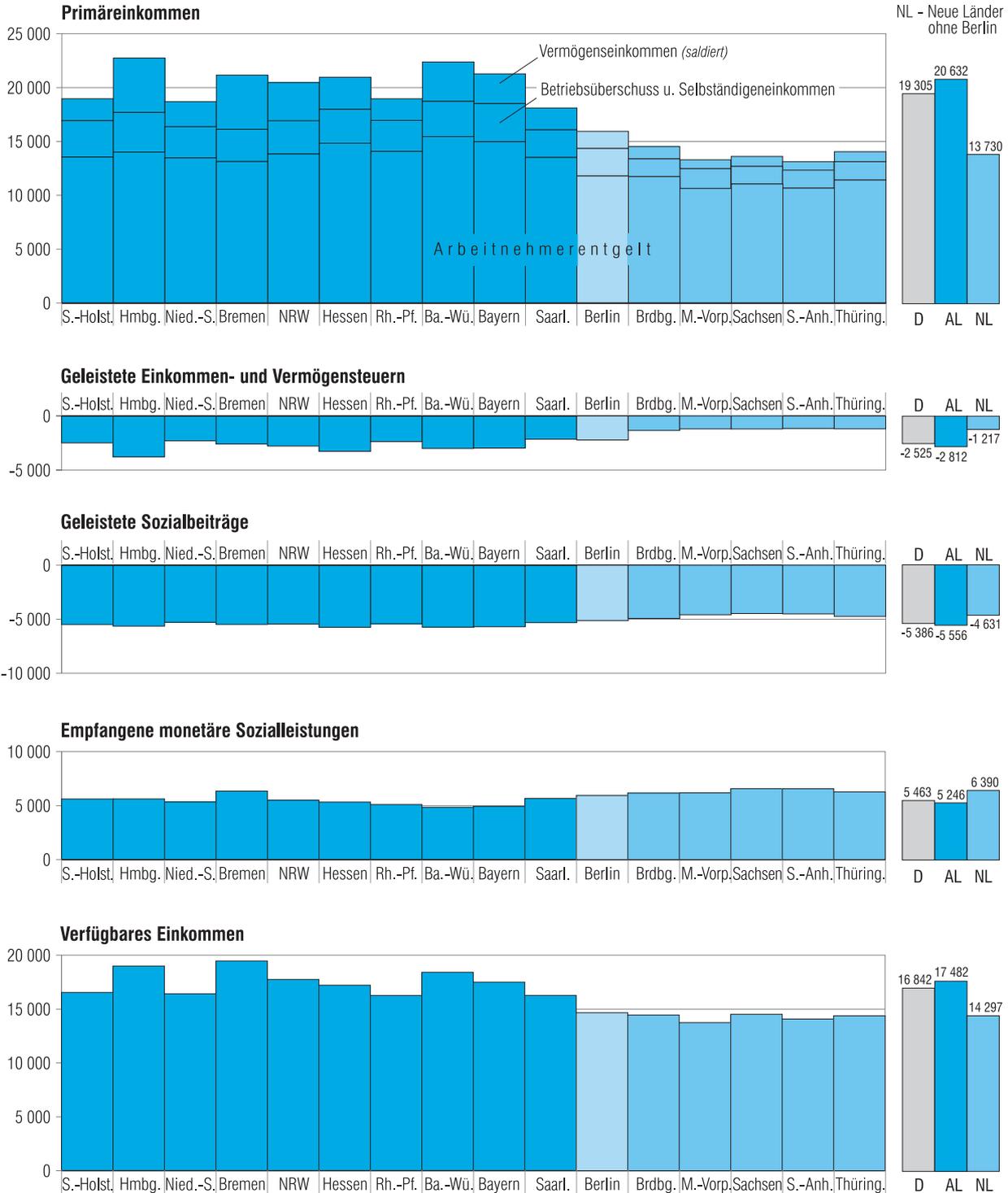


Abb. 2 **Regionale Umverteilungseffekte im Jahr 2003***
Jeweils in Euro je Einwohner

Durchschnittswerte:
D - Deutschland
AL - Alte Länder
ohne Berlin
NL - Neue Länder
ohne Berlin



* Nicht dargestellt sind die empfangenen und geleisteten sonstigen Transfers, die sich zu einem unerheblichen positiven bzw. negativen Betrag saldieren.

Bundesländer – leicht von 110,2% beim Primäreinkommen auf 108,7% beim Verfügbaren Einkommen zurück, während sich Bremen von 102,5 auf 111,3% verbesserte und somit am stärksten unter den westdeutschen Ländern von der Umverteilung „profitierte“. Daneben stellte sich noch in einigen anderen Ländern Westdeutschlands die Einkommenssituation nach Umverteilung im Vergleich deutlich günstiger dar als vorher. Insbesondere dort, wo die Primäreinkommen pro Kopf am niedrigsten lagen, sorgte die Umverteilung für eine spürbare Angleichung an die „Spitzenreiter“, so z.B. im Saarland (von 87,8 auf 93,1% des westdeutschen Durchschnitts), in Niedersachsen (von 90,6 auf 93,9%) oder in Schleswig-Holstein (von 91,9 auf 94,6%). Baden-Württemberg (beim Primäreinkommen noch an zweiter Stelle), Hessen und Bayern verloren im Zuge der Umverteilung jeweils etwa 3 Prozentpunkte gegenüber dem westdeutschen Durchschnitt.

Die neuen Bundesländer (Berlin sei hier ausgenommen), die sich beim Primäreinkommen je Einwohner 2003 im Durchschnitt noch

auf 66,5% des Westniveaus befanden, erreichten beim Verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen immerhin bereits 81,8% und näherten sich somit um gut 15 Prozentpunkte an die alten Bundesländer an. Alles in allem führt so die Erhebung von (hier: direkten) Steuern und Sozialabgaben einerseits und die Gewährungen von Sozialleistungen andererseits im Rahmen der Solidargemeinschaft zu einer erheblichen Nivellierung der regionalen Einkommensdisparitäten. Bemerkenswert erscheint dabei, dass sich am Ende die gesamten Verfügbaren Einkommen aller Privaten Haushalte in West- und Ostdeutschland zusammengenommen mit 43,2% in ähnlichem Umfang – genau betrachtet sogar etwas stärker – erhöht haben als das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands (+41,7%). Die seitens der Steuer- und Beitragszahler oft beklagte Zunahme der Abgabenlast ist damit in vollem Umfang in den Umverteilungsapparat von Staat und Sozialversicherung geflossen.

Sonderabfallentsorgung in Bayern 2003

Dipl.-Biologe (Univ.) Robert Kolbeck

Die Entsorgung von besonders überwachungsbedürftigen Abfällen, auch Sonderabfälle genannt, unterliegt aufgrund deren gefährlicher Eigenschaften einer aufwändigen Kontrolle. Die Nachweispflicht für die Entsorgung von Sonderabfällen wird durch das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz und die Nachweisverordnung festgelegt. Mehr als 90 % der Entsorgung von Sonderabfällen wird im Rahmen eines Begleitscheinsystems dokumentiert, dem die zuständigen Überwachungsbehörden Informationen über Art und Menge, Erzeugung, Transport und Entsorgung der angefallenen Abfälle entnehmen können. In Bayern wurden 2003 rund 2,3 Mill. t Sonderabfälle erzeugt, davon gingen gut 1,6 Mill. t an bayerische Entsorgungsunternehmen.

Grundlagen und Vorbemerkungen

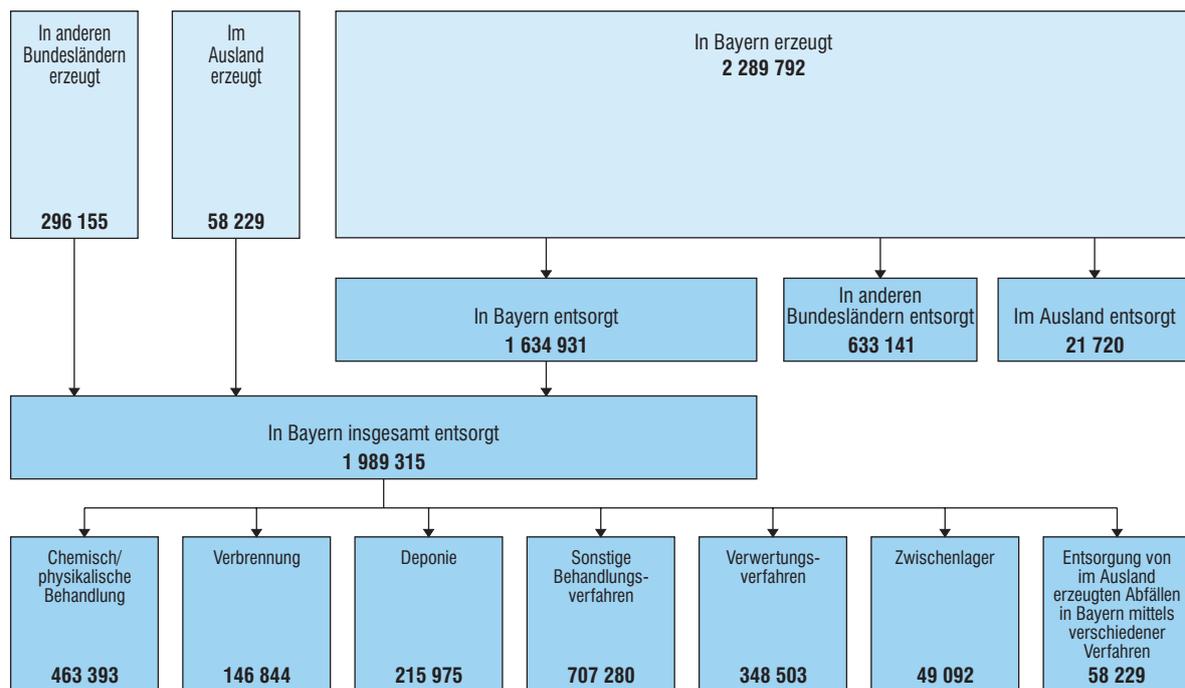
Die Entsorgung von Abfällen mit gefährlichen Eigenschaften unterliegt sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene einer komplexen Regulierung. Die vor der Einführung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes¹ (KrW-/AbfG) verwendeten Begriffe Sondermüll, Problem Müll und Sonderabfälle werden auch heute noch synonym für die derzeit offiziell als „Besonders überwachungsbedürftige Abfälle“ bezeichneten Stoffe verwendet. Im Rahmen von am 4. Mai 2005 beschlossenen Veränderungen zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung wird der EU-rechtliche Begriff „gefährliche Abfälle“ als amtliche Bezeichnung dieser Abfallgruppe

eingeführt. Welche Abfälle als gefährlich und damit als besonders überwachungsbedürftig (b.ü.) eingestuft werden ist dem § 41 Abs. 1 des KrW-/AbfG sowie der Bestimmungsverordnung besonders überwachungsbedürftige Abfälle² (BestbÜAbV) zu entnehmen. Generell werden Abfälle mit gefährlichen und somit risikoträchtigen Eigenschaften (Kasten 1) als besonders überwachungsbedürftig angesehen.

¹ Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz - KrW-/AbfG) vom 27. September 1994 (BGBl I S. 2705) zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 2004 (BGBl I S. 3704)

² Bestimmungsverordnung besonders überwachungsbedürftige Abfälle (Verordnung zur Bestimmung von besonders überwachungsbedürftigen Abfällen - BestbÜAbV) vom 10. September 1996 (BGBl I S. 1366) zuletzt geändert am 22. Dezember 1998 durch Artikel 3 der Zweiten Verordnung zur Änderung chemikalienrechtlicher Verordnungen (BGBl I S. 3956)

Abb. 1 **Entsorgung besonders überwachungsbedürftiger Abfälle in Bayern 2003 nach Entsorgungsländern und Verfahren**
in Tonnen



Gefahrenrelevante Eigenschaften von Abfällen

K1

„explosiv“:

Stoffe und Zubereitungen, die unter Einwirkung einer Flamme explodieren können oder empfindlicher auf Stöße oder Reibungen reagieren als Dinitrobenzol;

„brandfördernd“:

Stoffe und Zubereitungen, die bei Berührung mit anderen, insbesondere brennbaren Stoffen eine stark exotherme Reaktion auslösen

„leicht entzündbar“:

- Stoffe und Zubereitungen in flüssiger Form mit einem Flammpunkt von weniger als 21°C (einschließlich hochentzündbarer Flüssigkeiten) oder
- Stoffe und Zubereitungen, die sich an der Luft bei normaler Temperatur und ohne Energiezufuhr erwärmen und schließlich entzünden oder
- feste Stoffe und Zubereitungen, die sich unter Einwirkung einer Zündquelle leicht entzünden und nach Entfernung der Zündquelle weiterbrennen oder
- unter Normaldruck an der Luft entzündbare gasförmige Stoffe und Zubereitungen oder
- Stoffe und Zubereitungen, die bei Berührung mit Wasser oder feuchter Luft gefährliche Mengen leicht brennbarer Gase abscheiden;

„entzündbar“:

flüssige Stoffe und Zubereitungen mit einem Flammpunkt von mindestens 21°C und höchstens 55°C;

„reizend“:

nicht ätzende Stoffe und Zubereitungen, die bei unmittelbarer, länger dauernder oder wiederholter Berührung mit der Haut oder den Schleimhäuten eine Entzündungsreaktion hervorrufen können;

„gesundheitsschädlich“:

Stoffe und Zubereitungen, die bei Einatmung, Einnahme oder Hautdurchdringung Gefahren von beschränkter Tragweite hervorrufen können;

„giftig“:

Stoffe und Zubereitungen (einschließlich der hochgiftigen Stoffe und Zubereitungen), die bei Einatmung, Einnahme und Hautdurchdringung schwere, akute oder chronische Gefahren oder sogar den Tod verursachen können;

„krebserzeugend“:

Stoffe und Zubereitungen, die bei Einatmung, Einnahme oder Hautdurchdringung Krebs erzeugen oder dessen Häufigkeit erhöhen können;

„ätzend“:

Stoffe und Zubereitungen, die bei Berührung mit lebenden Geweben zerstörend auf diese einwirken können;

„infektiös“:

Stoffe, die lebensfähige Mikroorganismen oder ihre Toxine enthalten und die im Menschen oder sonstigen Lebewesen erwiesenermaßen oder vermutlich eine Krankheit hervorrufen;

„teratogen“:

Stoffe und Zubereitungen, die bei Einatmung, Einnahme oder Hautdurchdringung nichterbliche angeborene Missbildungen hervorrufen oder ihre Häufigkeit erhöhen können;

Stoffe und Zubereitungen, die bei Berührung mit Wasser, Luft oder einer Säure ein giftiges oder sehr giftiges Gas abscheiden;

Stoffe und Zubereitungen, die nach Beseitigung auf irgendeine Art die Entstehung eines anderen Stoffes bewirken können, z.B. ein Auslaugungsprodukt, das eine der oben genannten Eigenschaften ausweist;

„ökotoxisch“:

Stoffe und Zubereitungen, die unmittelbare oder mittelbare Gefahren für einen oder mehrere Umweltbereiche darstellen können;

Primär- und Sekundärabfälle

K2

Die als Grundlage der Auswertungen verwendeten Begleitscheine dokumentieren ausschließlich transportierte Mengen. Dadurch können Abfälle, die innerhalb eines Jahres mehrere Stationen bei der Entsorgung durchlaufen, Mehrfachzählungen bewirken. Neben den unmittelbar aus der Produktion sowie dem Ge- und Verbrauch von Waren stammenden **Primärabfällen** gibt es auch Abfälle, die aus Behandlung oder Zwischenlagerung anfallen und von diesen Anlagen als **Sekundärabfälle** zur Entsorgung weitergegeben werden. Die exakte Differenzierung nach Primär- und Sekundärabfällen ist auf der Basis der übermittelten Daten bisher nicht durchführbar. Mehrfacherfassungen werden zwar im Rahmen des Möglichen bei der Prüfung durch das LfU ausgesondert, sind aber wegen der vielfältigen Prozesse in der Sonderabfallentsorgung nicht umfassend zu identifizieren. Von einfachen Zwischenlagern in denen Abfälle sortiert oder vermischt, qualitativ aber nicht verändert werden, bis hin zu komplexen Behandlungsanlagen, in denen die Abfälle stofflich umgewandelt oder unter Entstehung neuer Abfälle beseitigt werden, existiert eine breite Palette von Möglichkeiten, von denen nicht selten innerhalb eines Betriebes abhängig von der Abfallart mehrere Alternativen praktiziert werden. Unter diesen Bedingungen ist es auf Basis der bislang verfügbaren Daten nicht realisierbar, Sekundärabfälle umfassend gesondert nachzuweisen, zumal es durchaus unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wann ein Abfall als Sekundärabfall anzusehen ist. Für das Jahr 2002 ermittelte das LfU einen Sekundärabfallanteil von rund 25%, von einer ähnlichen Quote ist auch für das Berichtsjahr 2003 auszugehen.

Die Kontrolle der Entsorgung dieser Abfälle ist in der Nachweisverordnung³ (NachWV) geregelt. Für die Dokumentation von Art und Menge der anfallenden Sonderabfälle sowie deren Weg vom Erzeuger über den Transporteur bis zum Entsorger wurde ein Nachweisverfahren mittels Begleitscheinen eingeführt. Die Überprüfung und Kontrolle der Begleitscheine obliegt in Bayern den Kreisverwaltungsbehörden. Vom Begleitscheinverfahren nicht erfasste innerbetriebliche Entsorgungsvorgänge werden ersatzweise durch innerbetriebliche Nachweislisten bzw. Abfallbilanzen erfasst. Die vergleichsweise geringen Mengen exportierter bzw. importierter Sonderabfälle werden nach den Vorgaben der EU-Abfallverbringungsverordnung erfasst und kontrolliert.

Die Begleitscheine, Nachweislisten und Belege über grenzüberschreitende Entsorgungsvorgänge werden beim Bayerischen Landesamt für Umweltschutz (LfU) gesammelt und ausgewertet. Zur Automatisierung des Nachweis- und Überwachungsverfahrens bei der Sonderabfallentsorgung durch die elektronische Erfassung

Kontrolle der
Sonderabfallent-
sorgung mittels
Begleitscheinen

³ Verordnung über Verwertungs- und Beseitigungsnachweise (Nachweisverordnung – NachWV) vom 10. September 1996 (BGBl. I S. 1382), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 15.8.2002 (BGBl. I S.3302).

Von Abfallerzeugern abgegebene Mengen besonders überwachungsbedürftiger Abfälle in Bayern 2002 und 2003 nach Abfallarten

Tab.1

EAV-Systematik ¹	Ausgewählte Abfallarten	Abgegebene Abfallmengen			Veränderung 2003 (Sp.2) gegenüber 2002 (Sp.1)
		insgesamt		darunter an bayerische Entsorger	
		2002	2003		
		Tonnen	%		
07	Abfälle aus organisch-chemischen Prozessen	92 607	93 486	82,7	0,9
08	Abfälle aus der HZVA ² von Beschichtungen (Farben, Lacke), Klebstoffen Dichtmassen und Druckfarben	25 928	25 708	90,0	- 0,9
10	Abfälle aus thermischen Prozessen	95 243	97 709	9,4	2,5
11	Abfälle aus der chemischen Oberflächenbearbeitung, Beschichtung vor Metallen u. and. Werkstoffen, Nichteisen-Hydrometallurgie	34 147	31 516	61,3	- 8,3
12	Abfälle aus Prozessen der mechanischen Formgebung sowie der physikalischen und mechanischen Oberflächenbearbeitung von Metallen und Kunststoffen	98 989	103 649	64,5	4,5
13	Ölabfälle und Abfälle aus flüssigen Brennstoffen	171 001	163 943	60,6	- 4,3
14	Abfälle aus organischen Lösemitteln, Kühlmitteln und Treibgasen	51 338	51 311	84,2	- 0,1
16	Abfälle, die nicht anderswo im Verzeichnis aufgeführt sind	83 935	104 855	38,0	20,0
17	Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten)	1 297 265	1 160 786	90,9	- 11,8
19	Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen, öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen sowie der Aufbereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch und Wasser für industrielle Zwecke	319 127	319 065	34,8	0,0
20	Siedlungsabfälle (Haushaltsabfälle und ähnliche gewerbliche und industrielle Abfälle sowie Abfälle aus Einrichtungen) einschließlich getrennt gesammelter Fraktionen ...	29 712	37 201	75,1	20,1
	Sonstige b.ü. Abfälle	58 995	78 843	78,8	25,2
	Zusammen	2 358 287	2 268 072	72,1	- 4,0
	nachrichtlich ³ : an das Ausland abgegebene Mengen	32 424	21 720	X	- 49,3
	Insgesamt	2 390 711	2 289 792	X	- 4,4

1 Nummer der Hauptgruppe im Europäischen Abfallverzeichnis.
 2 Herstellung, Zubereitung, Vertrieb und Anwendung.
 3 Daten des Umweltbundesamtes.

und Verarbeitung der Daten wurde das DV-System ASYS (Abfallüberwachungs**S**ystem) im Auftrag der IKA (Informationskoordinierende Stelle ASYS als Vertretung der beteiligten Bundesländer) entwickelt. ASYS unterstützt sowohl die auf Massenerfassung ausgelegte Einspeisung und Prüfung von Abfallbegleitscheinen als auch die Bearbeitung und Genehmigung von Nachweisen.

Sonderabfallentsorgung in der amtlichen Statistik

Seit 1996 werden gemäß §4 des Umweltstatistikgesetzes (UStatG)⁴ bundeseinheitliche Auswertungen der Daten zur Sonderabfallentsorgung vorgenommen die bei den nach Landesrecht zuständigen Kontrollbehörden anfallen. Grundlage der Auswertung in Bayern sind die vom Landesamt für Umweltschutz geprüften und an das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weitergeleiteten Datensätze sowie Import/Export-Daten des Umweltbundesamtes. Durch das sekundärstatistische Konzept, d.h. die Nutzung von im Verwaltungsvollzug anfallenden Daten, werden Unternehmen und Betriebe entlastet und auch die Erhebungskosten gesenkt.

Die erfasste Menge an Sonderabfällen ist unmittelbar abhängig von der verwendeten Abfallsystematik. In der ab dem Berichts-

jahr 2002 gültigen Abfallsystematik, dem Europäischen Abfallverzeichnis (EAV)⁵, sind deutlich mehr Abfallarten als besonders überwachungsbedürftig eingestuft als in den vor dem Januar 2002 gültigen Systematiken (Europäischer Abfallartenkatalog (EAK⁶) und LAGA-Schlüssel⁷). Im unmittelbaren Vergleich zwischen EAK und EAV hat sich die Anzahl der überwachungsbedürftigen Abfälle fast verdoppelt (von 235 auf 405). Das Hinzukommen oder Wegfallen mengenmäßig bedeutender Abfallarten durch Systematikwechsel relativiert die Aussagefähigkeit längerfristiger Vergleiche, da sowohl die Gesamtabfallmenge als auch die Menge einzelner Abfallgruppen davon beeinflusst werden.

Seit Beginn der Erhebung 1996 drei unterschiedliche Abfallsystematiken

In Bayern erzeugte Menge an Sonderabfällen 2003 auf knapp 2,3 Mill. Tonnen angestiegen

In Bayern wurden 2003 rund 2,3 Mill. Tonnen besonders über-

4 Gesetz über Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz – UStatG) vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2530), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3158).
 5 Der Abfallartenkatalog auf Basis des Europäischen Abfallverzeichnisses (EAV) – international EWC (European Waste Catalogue) genannt – ist das seit 2002 gültige Abfallverzeichnis. Als Bezugsnomenklatur legt er eine gemeinsame Terminologie für Abfälle in der Europäischen Union fest.
 6 Europäischer Abfallartenkatalog (EAK), von 1999 bis 2002 gültige Abfallsystematik.
 7 Der LAGA-Schlüssel ist der Abfallartenkatalog der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall und wurde in der amtlichen Statistik bis einschließlich 1998 verwendet.

Sekundärstatistisches Konzept entlastet Unternehmen.

An Entsorgungsanlagen angelieferte Mengen besonders überwachungsbedürftiger Abfälle in Bayern 2002 und 2003

Tab. 2

EAV ¹ Systematik	Ausgewählte Abfallarten	Angelieferte Abfallmengen			Veränderung 2003 (Sp.2) gegenüber 2002 (Sp.1)
		insgesamt		darunter aus Bayern	
		2002	2003		
		Tonnen		%	
07	Abfälle aus organisch-chemischen Prozessen	117 730	132 734	58,2	11,3
08	Abfälle aus der HZVA ² von Beschichtungen (Farben, Lacke), Klebstoffen Dichtmassen und Druckfarben	28 287	26 934	86,0	- 5,0
10	Abfälle aus thermischen Prozessen	28 317	25 527	36,0	-10,9
11	Abfälle aus der chemischen Oberflächenbearbeitung, Beschichtung vor Metallen u. and. Werkstoffen, Nichteisen-Hydrometallurgie	23 678	23 183	83,3	- 2,1
12	Abfälle aus Prozessen der mechanischen Formgebung sowie der physikalischen und mechanischen Oberflächenbearbeitung von Metallen und Kunststoffen	71 439	76 294	87,6	6,4
13	Ölabfälle und Abfälle aus flüssigen Brennstoffen	142 248	140 915	70,5	- 0,9
14	Abfälle aus organischen Lösemitteln, Kühlmitteln und Treibgasen	56 134	54 084	79,9	- 3,8
15	Verpackungsabfall, Aufsaugmassen, Wischtücher, Filtermaterialien und Schutzkleidung (a.n.g.)	21 642	22 764	82,1	4,9
17	Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten)	1 199 155	1 155 047	91,4	- 3,8
19	Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen, öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen sowie der Aufbereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch und Wasser für industrielle Zwecke	132 982	136 121	81,6	2,3
20	Siedlungsabfälle (Haushaltsabfälle und ähnliche gewerbliche und industrielle Abfälle sowie Abfälle aus Einrichtungen) einschließlich getrennt gesammelter Fraktionen ...	26 304	33 357	83,8	21,1
	Sonstige b.ü. Abfälle	75 389	104 126	59,6	27,6
	Zusammen	1 923 305	1 931 086	84,7	0,4
	nachrichtlich ³ : vom Ausland importierte Mengen	49 003	58 229	X	15,8
	Insgesamt	1 972 308	1 989 315	X	0,9

1 Nummer der Hauptgruppe im Europäischen Abfallverzeichnis.

2 Herstellung, Zubereitung, Vertrieb und Anwendung.

3 Daten des Umweltbundesamtes.

wachungsbedürftiger Abfälle erzeugt. 1,6 Mill. Tonnen (72%) davon wurden an Entsorger in Bayern abgegeben, 630 000 Tonnen (knapp 28%) gingen an außerbayrische Entsorgungsunternehmen und knapp 22 000 Tonnen (unter 1%) wurden exportiert. Mit einem Anteil von knapp 1,2 Mill. Tonnen (mehr als 50%) ist die Menge der erzeugten b.ü. Bau- und Abbruchabfälle die größte Gruppe unter den Sonderabfällen, ihr Aufkommen wird insbesondere vom Umfang der Sanierungsprojekte innerhalb der gesamten Bauaktivität eines Berichtsjahres bestimmt. Im Vergleich zum Vorjahr ging die insgesamt erzeugte Menge an Sonderabfällen um 4% zurück. Dieser Rückgang ist auf einen deutlich geringeren Anfall von Bau- und Abbruchabfällen zurückzuführen (knapp 140 000 Tonnen weniger) und damit eine unmittelbare Folge der schwachen Baukonjunktur. Die Menge der übrigen Sonderabfälle ist dagegen um 46 000 Tonnen (gut 4%) leicht angestiegen. Die Veränderung der Menge je Abfallschlüssel unterliegt jedoch keinem allgemeinen Trend und muss für jede Abfallart separat betrachtet werden. Der größte Rückgang bei den erzeugten Sonderabfällen ohne Bauabfälle war bei Deponiesickerwasser mit rund 36 000 Tonnen weniger, der größte Anstieg bei Abfällen aus der Verbrennung oder Pyrolyse mit rund 31 000 Tonnen mehr zu verzeichnen

(beide Abfallarten sind Abfälle aus der EAV-Hauptgruppe 19, siehe Tabelle 1). Die Steigerung der insgesamt ausgewiesenen Sonderabfallmengen seit Beginn der Erhebung 1996 ist in erheblichem Umfang auch eine Folge der Systematikstellungen der letzten Jahre und nicht allein die Folge eines realen Anstiegs erzeugter Sonderabfälle.

An bayerische Entsorgungsanlagen angelieferte Mengen 2003 stabil bei knapp 2 Mill. Tonnen

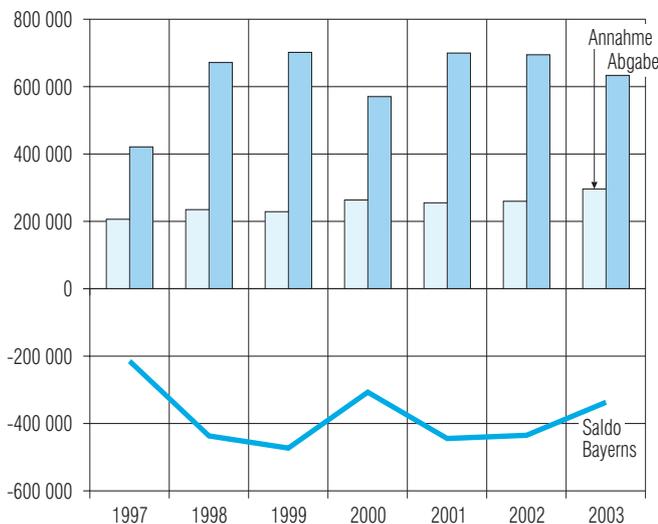
An die Entsorgungsbetriebe in Bayern wurde 2003 mit knapp 2 Mill. Tonnen eine nur unwesentlich größere Menge von Sonderabfällen angeliefert (knapp 1% Steigerung) als im Jahr 2002. Der Anteil von aus anderen Bundesländern angelieferten Mengen vergrößerte sich von 13,5% auf 15,3% und liegt 2003 bei knapp 300 000 Tonnen. Die Gruppe der b.ü. Bau- und Abbruchabfälle stellt 2003 mit knapp 1,2 Mill. Tonnen wieder den größten Anteil (58%) am Gesamtvolumen, weist aber gegenüber dem Vorjahr auch den quantitativ höchsten Rückgang aller Abfallgruppen von 44 000 Tonnen auf. Der Rückgang bei b.ü. Bau- und Abbruchabfällen wurde jedoch durch deutliche Zuwächse in anderen Abfallgruppen kompensiert, die größte Steigerung war mit gut 19 000

Baukonjunktur beeinflusst Sonderabfallmengen

Systematikwechsel bei den Abfallverzeichnissen erschweren Langzeitvergleiche

Annahme von Abfällen aus anderen Bundesländern kontinuierlich anwachsend

Abb. 2 **Transfer besonders überwachungsbedürftiger Abfälle zwischen Bayern und dem übrigen Bundesgebiet von 1997 bis 2003** in Tonnen



Tonnen bei Abfällen aus Verbrennung und Pyrolyse von Abfällen (EAV Hauptgruppe 19) zu verzeichnen.

Überregionale Sonderabfallentsorgung als Folge regionaler Preisdifferenzen

Die Entsorgungswirtschaft tendiert zunehmend auch zu überregionalen Entsorgungswegen, da das Preisniveau für Entsorgungsleistungen durch regional unterschiedliche Anlagenkapazitäten und Konkurrenzsituationen stark variiert. Die Kosten für längere Transportwege haben gemessen an den Preisdifferenzen je angenommene Tonne Sondermüll oft nur untergeordnete Bedeutung. Im Jahr 2003 wurden insgesamt 930 000 Tonnen (vgl. Abb. 2) Sonderabfälle von Bayern in andere Bundesländer verbracht bzw. nach Bayern eingeführt. Die Einfuhr von Sonderabfällen nach Bayern ist seit mehreren Jahren kontinuierlich gestiegen und erreichte 2003 eine Höhe von knapp 300 000 Tonnen. Die Ausfuhr von Sonderabfällen aus Bayern hatte dagegen 1999 mit 700 000 Tonnen das höchste Niveau; seit 2001 sind die aus Bayern ausgeführten Mengen rückläufig und beliefen sich 2003 auf ein Volumen von gut 630 000 Tonnen. Der intensivste Transfer von Sonderabfällen findet mit Baden-Württemberg (vgl. Abb. 3) statt, so wurden 2003 knapp 167 000 Tonnen aus diesem Bundesland nach Bayern verbracht und knapp 140 000 Tonnen gingen von Bayern nach Baden-Württemberg. Nach Thüringen wurde mit knapp 161 000 Ton-

Abb. 3 **Transfer besonders überwachungsbedürftiger Abfälle zwischen Bayern und dem übrigen Bundesgebiet 2003 nach Bundesländern** in Tonnen

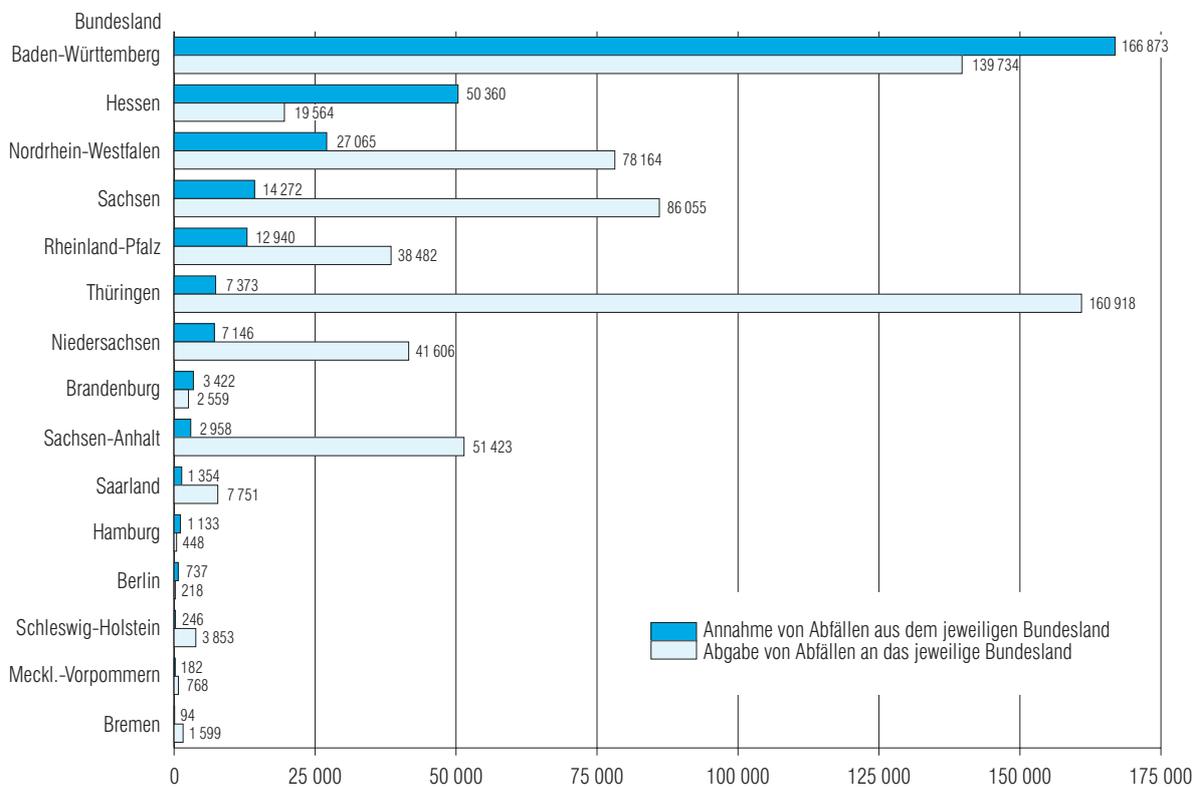
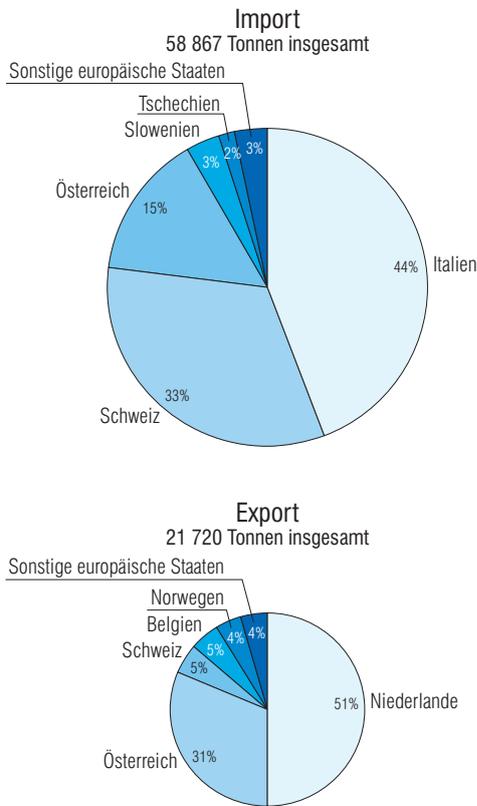


Abb. 4 **Bayerns Import und Export besonders überwachungsbedürftiger Abfälle 2003 nach Ländern**



nen die größte Menge bayerischer Sonderabfälle verbracht, dagegen wurden nur gut 7 000 Tonnen von Thüringen nach Bayern transportiert.

Export und Import von Sonderabfällen

Die grenzüberschreitende Abfallverbringung von Sonderabfällen ist im Vergleich zum Transfer zwischen den Bundesländern mengenmäßig nicht sehr ausgeprägt. Der Exportanteil am Gesamtvolumen lag knapp unter 1%, der Importanteil betrug knapp 3%. Im Jahr 2003 wurden insgesamt knapp 59 000 Tonnen eingeführt, davon gut 36 000 aus EU-Ländern⁸ und knapp 23 000 aus Nicht EU-Ländern, darunter gut 19 000 Tonnen aus der Schweiz (vgl. Abb. 4). Dem gegenüber steht ein Export von knapp 22 000 Tonnen, davon knapp 20 000 Tonnen in EU-Länder und gut 2 000 Tonnen in Nicht- EU-Länder.

Das vergleichsweise geringe Volumen von internationalen Sonderabfalltransfers ist u.a. eine Folge der strengen gesetzlichen Rahmenbedingungen in Verbindung mit umfangreichen Vorschriften wie dem Notifizierungsverfahren gemäß der EG-Abfallverbringungsverordnung⁹. Ob die zum 1. Mai 2004 erfolgte Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten in die EU einen neuen „Mülltourismus“ in

Anteil von Import und Export am Gesamtvolumen der Sonderabfälle gering

diese Länder und damit höhere Exportmengen auch bei Sonderabfällen mit sich bringen wird, bleibt abzuwarten. Die aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes tendiert dazu, den Abfallherkunftsländern das Recht einzuräumen, die Genehmigung für den Export von Abfällen an Bedingungen zu knüpfen. So sollten etwa die Entsorgungsbetriebe des Bestimmungslandes ganz oder teilweise den Qualitätsstandards des Herkunftslandes entsprechen. Der Import von Problemmüll zur Entsorgung in bayerischen Entsorgungsfachbetrieben steigt bei einem Vergleich der Zahlen von 1999 bis 2003 kontinuierlich an, dagegen bewegt sich die Ausfuhr mit leichten Schwankungen etwa auf dem gleichen Niveau. (vgl. Abb. 5)

Abb. 5 **Bayerns Import und Export besonders überwachungsbedürftiger Abfälle von 1999 bis 2003 in Tonnen**

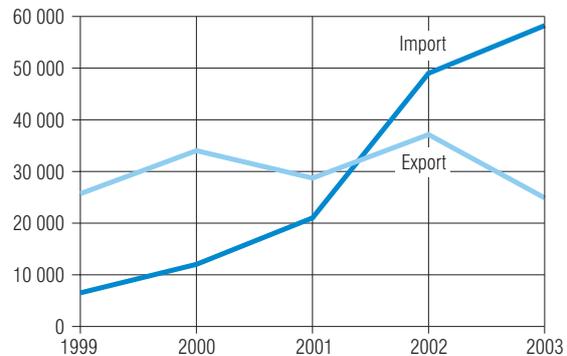
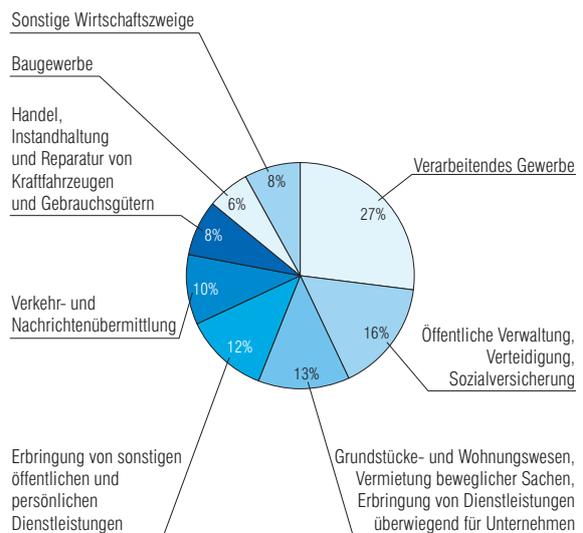


Abb. 6 **Anteil ausgewählter Wirtschaftszweige am Gesamtaufkommen besonders überwachungsbedürftiger Abfälle in Bayern 2003**



⁸ EU zum Gebietsstand vor der EU-Osterweiterung zum 1. Mai 2004.
⁹ EG-Abfallverbringungsverordnung (EG-AbfVerbV), Verordnung (EWG) Nr. 259/93 des Rates vom 1. Februar 1993 zur Überwachung und Verbringung von Abfällen in der, in die und aus der Europäischen Gemeinschaft.

**Wirtschaftszweiguordnung von
Sonderabfallerzeugern 2003**

Die erzeugten Sonderabfallmengen lassen sich zum Großteil nach den Wirtschaftszweigen der Abfallerzeuger aufgliedern. Nur bei von Sammelentsorgern¹⁰ eingesammelten Mengen ist der Wirtschaftszweig der ursprünglichen Erzeuger nicht mehr nachvollziehbar. Aus diesem Grund wurden die Mengen der Sammelentsorger nach einem Proportionalschlüssel auf die einzelnen Wirtschaftszweige verteilt.

Innerhalb der Erzeuger aus dem Verarbeitenden Gewerbe war der Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ mit 101 000 Tonnen am stärksten vertreten, gefolgt von „Recycling“ mit knapp 77 000 Tonnen und „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ mit knapp 46 000 Tonnen.

¹⁰ Sammelentsorger sind Einsammler (von Kleinmengen die nicht separat über Begleitschein erfasst werden), die entsprechend der Nachweisverordnung von Sammelentsorgungsnachweisen Gebrauch machen. Sie werden statistisch als Erzeuger der von ihnen eingesammelten Mengen angesehen.

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im Zahlenspiegel veröffentlicht

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004	2003			2004																																																																																																																																																																																																																																																																						
		Monatsdurchschnitt			Okt.	Nov.	Dez.	Okt.	Nov.	Dez.																																																																																																																																																																																																																																																																				
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit																																																																																																																																																																																																																																																																														
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3; zum 31.12.; sonst: Monatsende)	1 000	12 387	12 423	...	12 405	12 403	12 423	12 444	12 444	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
Natürliche Bevölkerungsbewegung																																																																																																																																																																																																																																																																														
* Eheschließungen ¹	Anzahl	5 057	4 917	...	5 395	3 130	6 745	5 371	3 511	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,9	4,8	...	5,1	3,1	6,4	5,1	3,4	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Lebendgeborene ²	Anzahl	9 485	9 295	...	9 765	7 832	11 279	8 994	8 554	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,2	9,0	...	9,3	7,7	10,7	8,5	8,4	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Gestorbene ³	Anzahl	9 980	10 148	...	9 880	8 827	11 778	9 121	10 172	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,7	9,8	...	9,4	8,7	11,2	8,6	9,9	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	38	36	...	39	40	39	30	27	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,0	3,9	...	4,0	5,1	3,5	3,3	3,2	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	18	20	...	21	21	19	16	11	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,9	2,2	...	2,0	2,7	1,7	1,8	1,3	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 495	- 853	...	- 115	- 995	- 499	- 127	- 1 618	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 0,5	- 0,8	...	- 0,1	- 1,0	- 0,5	- 0,1	- 1,6	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
Totgeborene ²	Anzahl	33	33	...	31	25	31	35	33	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
Wanderungen																																																																																																																																																																																																																																																																														
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	23 620	21 714	...	20 811	14 417	55 549	25 018	19 069	17 889																																																																																																																																																																																																																																																																				
darunter aus dem Ausland	Anzahl	11 800	10 597	...	9 022	6 584	29 520	11 623	8 593	7 950																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	18 322	17 844	...	19 785	14 974	35 012	20 578	17 174	18 205																																																																																																																																																																																																																																																																				
darunter in das Ausland	Anzahl	9 950	9 578	...	9 220	7 099	27 627	10 740	9 296	10 726																																																																																																																																																																																																																																																																				
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	11 821	11 117	...	11 789	7 833	26 029	13 395	10 476	9 939																																																																																																																																																																																																																																																																				
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	8 372	8 266	...	10 565	7 875	7 385	9 838	7 878	7 479																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	5 298	3 870	...	1 026	- 557	20 537	4 440	1 895	- 316																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	40 376	41 093	...	42 646	38 758	72 122	43 939	42 062	48 904																																																																																																																																																																																																																																																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>2002</th> <th>2003</th> <th>2004</th> <th colspan="4">2003</th> <th colspan="2">2004</th> </tr> <tr> <th colspan="3">Jahresdurchschnitt</th> <th>März</th> <th>Juni</th> <th>Sept.</th> <th>Dez.</th> <th>März</th> <th>Juni</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort^{5, 6}</td> <td>1 000</td> <td>4 406,6</td> <td>4 323,2</td> <td>...</td> <td>4 312,4</td> <td>4 333,3</td> <td>4 373,4</td> <td>4 273,8</td> <td>4 240,3</td> <td>4 288,5</td> </tr> <tr> <td>* Frauen</td> <td>1 000</td> <td>1 972,6</td> <td>1 941,4</td> <td>...</td> <td>1 950,3</td> <td>1 937,9</td> <td>1 949,6</td> <td>1 927,8</td> <td>1 915,9</td> <td>1 914,3</td> </tr> <tr> <td>* Ausländer</td> <td>1 000</td> <td>361,0</td> <td>342,4</td> <td>...</td> <td>346,2</td> <td>347,4</td> <td>346,3</td> <td>329,8</td> <td>329,9</td> <td>337,5</td> </tr> <tr> <td>* Teilzeitbeschäftigte</td> <td>1 000</td> <td>678,9</td> <td>688,6</td> <td>...</td> <td>686,7</td> <td>690,5</td> <td>690,6</td> <td>686,6</td> <td>689,8</td> <td>697,0</td> </tr> <tr> <td>* darunter Frauen</td> <td>1 000</td> <td>584,5</td> <td>590,8</td> <td>...</td> <td>589,2</td> <td>591,4</td> <td>591,5</td> <td>591,0</td> <td>593,1</td> <td>597,5</td> </tr> <tr> <td colspan="11">Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten</td> </tr> <tr> <td>* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</td> <td>1 000</td> <td>32,1</td> <td>31,1</td> <td>...</td> <td>30,8</td> <td>33,8</td> <td>33,8</td> <td>26,1</td> <td>29,5</td> <td>33,1</td> </tr> <tr> <td>* Produzierendes Gewerbe</td> <td>1 000</td> <td>1 702,5</td> <td>1 647,1</td> <td>...</td> <td>1 636,0</td> <td>1 660,8</td> <td>1 674,7</td> <td>1 616,8</td> <td>1 596,6</td> <td>1 624,9</td> </tr> <tr> <td>Bergbau</td> <td>1 000</td> <td>12,5</td> <td>11,6</td> <td>...</td> <td>11,5</td> <td>12,5</td> <td>12,3</td> <td>10,2</td> <td>10,6</td> <td>11,7</td> </tr> <tr> <td>Verarbeitendes Gewerbe</td> <td>1 000</td> <td>1 372,0</td> <td>1 335,5</td> <td>...</td> <td>1 340,2</td> <td>1 336,4</td> <td>1 342,6</td> <td>1 322,9</td> <td>1 313,7</td> <td>1 312,5</td> </tr> <tr> <td>Energie- und Wasserversorgung</td> <td>1 000</td> <td>34,8</td> <td>33,6</td> <td>...</td> <td>33,8</td> <td>33,5</td> <td>33,7</td> <td>33,4</td> <td>35,3</td> <td>35,1</td> </tr> <tr> <td>* Baugewerbe</td> <td>1 000</td> <td>283,2</td> <td>266,4</td> <td>...</td> <td>250,6</td> <td>278,4</td> <td>286,2</td> <td>250,2</td> <td>237,0</td> <td>265,5</td> </tr> <tr> <td>* Handel, Gastgewerbe und Verkehr</td> <td>1 000</td> <td>1 021,0</td> <td>988,2</td> <td>...</td> <td>988,2</td> <td>987,4</td> <td>998,7</td> <td>978,5</td> <td>967,9</td> <td>976,1</td> </tr> <tr> <td>Handel</td> <td>1 000</td> <td>673,5</td> <td>650,8</td> <td>...</td> <td>653,9</td> <td>645,8</td> <td>654,9</td> <td>648,5</td> <td>641,5</td> <td>639,9</td> </tr> <tr> <td>Gastgewerbe</td> <td>1 000</td> <td>140,6</td> <td>135,3</td> <td>...</td> <td>132,7</td> <td>138,6</td> <td>139,7</td> <td>130,4</td> <td>128,2</td> <td>136,4</td> </tr> <tr> <td>Verkehr und Nachrichtenübermittlung</td> <td>1 000</td> <td>206,9</td> <td>202,1</td> <td>...</td> <td>201,6</td> <td>203,0</td> <td>204,1</td> <td>199,6</td> <td>198,2</td> <td>199,9</td> </tr> <tr> <td>* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen Kredit- und Versicherungsgewerbe</td> <td>1 000</td> <td>655,8</td> <td>651,1</td> <td>...</td> <td>651,8</td> <td>650,7</td> <td>657,2</td> <td>644,8</td> <td>644,7</td> <td>654,0</td> </tr> <tr> <td>Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen f. Untern.</td> <td>1 000</td> <td>192,3</td> <td>188,7</td> <td>...</td> <td>190,2</td> <td>188,3</td> <td>188,6</td> <td>187,7</td> <td>186,3</td> <td>185,1</td> </tr> <tr> <td>* Öffentliche und private Dienstleister</td> <td>1 000</td> <td>463,5</td> <td>462,4</td> <td>...</td> <td>461,6</td> <td>462,4</td> <td>468,5</td> <td>457,1</td> <td>458,4</td> <td>468,9</td> </tr> <tr> <td>Öffentliche Verwaltung u. ä.</td> <td>1 000</td> <td>994,8</td> <td>1 005,0</td> <td>...</td> <td>1 003,7</td> <td>1 000,3</td> <td>1 008,7</td> <td>1 007,2</td> <td>1 001,2</td> <td>1 000,0</td> </tr> <tr> <td>Öffentliche und private Dienstl. (ohne Öff. Verwaltung)</td> <td>1 000</td> <td>228,3</td> <td>231,4</td> <td>...</td> <td>230,4</td> <td>231,0</td> <td>232,2</td> <td>231,9</td> <td>231,5</td> <td>231,9</td> </tr> <tr> <td>Öffentliche und private Dienstl. (ohne Öff. Verwaltung)</td> <td>1 000</td> <td>766,5</td> <td>773,6</td> <td>...</td> <td>773,3</td> <td>769,3</td> <td>776,4</td> <td>775,3</td> <td>769,6</td> <td>768,0</td> </tr> </tbody> </table>											2002	2003	2004	2003				2004		Jahresdurchschnitt			März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ^{5, 6}	1 000	4 406,6	4 323,2	...	4 312,4	4 333,3	4 373,4	4 273,8	4 240,3	4 288,5	* Frauen	1 000	1 972,6	1 941,4	...	1 950,3	1 937,9	1 949,6	1 927,8	1 915,9	1 914,3	* Ausländer	1 000	361,0	342,4	...	346,2	347,4	346,3	329,8	329,9	337,5	* Teilzeitbeschäftigte	1 000	678,9	688,6	...	686,7	690,5	690,6	686,6	689,8	697,0	* darunter Frauen	1 000	584,5	590,8	...	589,2	591,4	591,5	591,0	593,1	597,5	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten											* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	32,1	31,1	...	30,8	33,8	33,8	26,1	29,5	33,1	* Produzierendes Gewerbe	1 000	1 702,5	1 647,1	...	1 636,0	1 660,8	1 674,7	1 616,8	1 596,6	1 624,9	Bergbau	1 000	12,5	11,6	...	11,5	12,5	12,3	10,2	10,6	11,7	Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 372,0	1 335,5	...	1 340,2	1 336,4	1 342,6	1 322,9	1 313,7	1 312,5	Energie- und Wasserversorgung	1 000	34,8	33,6	...	33,8	33,5	33,7	33,4	35,3	35,1	* Baugewerbe	1 000	283,2	266,4	...	250,6	278,4	286,2	250,2	237,0	265,5	* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	1 021,0	988,2	...	988,2	987,4	998,7	978,5	967,9	976,1	Handel	1 000	673,5	650,8	...	653,9	645,8	654,9	648,5	641,5	639,9	Gastgewerbe	1 000	140,6	135,3	...	132,7	138,6	139,7	130,4	128,2	136,4	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 000	206,9	202,1	...	201,6	203,0	204,1	199,6	198,2	199,9	* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 000	655,8	651,1	...	651,8	650,7	657,2	644,8	644,7	654,0	Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen f. Untern.	1 000	192,3	188,7	...	190,2	188,3	188,6	187,7	186,3	185,1	* Öffentliche und private Dienstleister	1 000	463,5	462,4	...	461,6	462,4	468,5	457,1	458,4	468,9	Öffentliche Verwaltung u. ä.	1 000	994,8	1 005,0	...	1 003,7	1 000,3	1 008,7	1 007,2	1 001,2	1 000,0	Öffentliche und private Dienstl. (ohne Öff. Verwaltung)	1 000	228,3	231,4	...	230,4	231,0	232,2	231,9	231,5	231,9	Öffentliche und private Dienstl. (ohne Öff. Verwaltung)	1 000	766,5	773,6	...	773,3	769,3	776,4	775,3	769,6	768,0
2002	2003	2004	2003				2004																																																																																																																																																																																																																																																																							
Jahresdurchschnitt			März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni																																																																																																																																																																																																																																																																						
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ^{5, 6}	1 000	4 406,6	4 323,2	...	4 312,4	4 333,3	4 373,4	4 273,8	4 240,3	4 288,5																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Frauen	1 000	1 972,6	1 941,4	...	1 950,3	1 937,9	1 949,6	1 927,8	1 915,9	1 914,3																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Ausländer	1 000	361,0	342,4	...	346,2	347,4	346,3	329,8	329,9	337,5																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	678,9	688,6	...	686,7	690,5	690,6	686,6	689,8	697,0																																																																																																																																																																																																																																																																				
* darunter Frauen	1 000	584,5	590,8	...	589,2	591,4	591,5	591,0	593,1	597,5																																																																																																																																																																																																																																																																				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten																																																																																																																																																																																																																																																																														
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	32,1	31,1	...	30,8	33,8	33,8	26,1	29,5	33,1																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Produzierendes Gewerbe	1 000	1 702,5	1 647,1	...	1 636,0	1 660,8	1 674,7	1 616,8	1 596,6	1 624,9																																																																																																																																																																																																																																																																				
Bergbau	1 000	12,5	11,6	...	11,5	12,5	12,3	10,2	10,6	11,7																																																																																																																																																																																																																																																																				
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 372,0	1 335,5	...	1 340,2	1 336,4	1 342,6	1 322,9	1 313,7	1 312,5																																																																																																																																																																																																																																																																				
Energie- und Wasserversorgung	1 000	34,8	33,6	...	33,8	33,5	33,7	33,4	35,3	35,1																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Baugewerbe	1 000	283,2	266,4	...	250,6	278,4	286,2	250,2	237,0	265,5																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	1 021,0	988,2	...	988,2	987,4	998,7	978,5	967,9	976,1																																																																																																																																																																																																																																																																				
Handel	1 000	673,5	650,8	...	653,9	645,8	654,9	648,5	641,5	639,9																																																																																																																																																																																																																																																																				
Gastgewerbe	1 000	140,6	135,3	...	132,7	138,6	139,7	130,4	128,2	136,4																																																																																																																																																																																																																																																																				
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 000	206,9	202,1	...	201,6	203,0	204,1	199,6	198,2	199,9																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 000	655,8	651,1	...	651,8	650,7	657,2	644,8	644,7	654,0																																																																																																																																																																																																																																																																				
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen f. Untern.	1 000	192,3	188,7	...	190,2	188,3	188,6	187,7	186,3	185,1																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Öffentliche und private Dienstleister	1 000	463,5	462,4	...	461,6	462,4	468,5	457,1	458,4	468,9																																																																																																																																																																																																																																																																				
Öffentliche Verwaltung u. ä.	1 000	994,8	1 005,0	...	1 003,7	1 000,3	1 008,7	1 007,2	1 001,2	1 000,0																																																																																																																																																																																																																																																																				
Öffentliche und private Dienstl. (ohne Öff. Verwaltung)	1 000	228,3	231,4	...	230,4	231,0	232,2	231,9	231,5	231,9																																																																																																																																																																																																																																																																				
Öffentliche und private Dienstl. (ohne Öff. Verwaltung)	1 000	766,5	773,6	...	773,3	769,3	776,4	775,3	769,6	768,0																																																																																																																																																																																																																																																																				
<table border="1"> <thead> <tr> <th>2002</th> <th>2003</th> <th>2004</th> <th colspan="3">2004</th> <th colspan="3">2005</th> </tr> <tr> <th colspan="3">Monatsdurchschnitt</th> <th>Februar</th> <th>März</th> <th>Dez.</th> <th>Januar</th> <th>Februar</th> <th>März</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>* Arbeitslose</td> <td>1 000</td> <td>386,7</td> <td>447,4</td> <td>449,7</td> <td>515,0</td> <td>484,9</td> <td>473,7</td> <td>577,3</td> <td>588,1</td> <td>579,3</td> </tr> <tr> <td>* darunter Frauen</td> <td>1 000</td> <td>174,4</td> <td>199,5</td> <td>203,6</td> <td>207,7</td> <td>203,5</td> <td>213,1</td> <td>252,1</td> <td>253,9</td> <td>249,0</td> </tr> <tr> <td>* Arbeitslosenquote insgesamt⁷</td> <td>%</td> <td>6,9</td> <td>7,9</td> <td>7,9</td> <td>9,0</td> <td>8,5</td> <td>8,3</td> <td>10,1</td> <td>10,3</td> <td>10,2</td> </tr> <tr> <td>* Frauen</td> <td>%</td> <td>6,5</td> <td>7,4</td> <td>7,5</td> <td>7,6</td> <td>7,5</td> <td>7,8</td> <td>9,2</td> <td>9,3</td> <td>9,1</td> </tr> <tr> <td>* Männer</td> <td>%</td> <td>7,2</td> <td>8,3</td> <td>8,3</td> <td>10,3</td> <td>9,5</td> <td>8,8</td> <td>11,0</td> <td>11,3</td> <td>11,1</td> </tr> <tr> <td>* Ausländer</td> <td>%</td> <td>14,3</td> <td>16,1</td> <td>...</td> <td>17,6</td> <td>17,2</td> <td>16,7</td> <td>21,0</td> <td>21,8</td> <td>21,7</td> </tr> <tr> <td>* Jugendliche</td> <td>%</td> <td>6,3</td> <td>7,3</td> <td>...</td> <td>8,3</td> <td>7,9</td> <td>7,8</td> <td>10,0</td> <td>10,2</td> <td>10,2</td> </tr> <tr> <td>* Kurzarbeiter</td> <td>1 000</td> <td>32,9</td> <td>27,0</td> <td>...</td> <td>21,8</td> <td>24,1</td> <td>15,0</td> <td>15,7</td> <td>18,9</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>darunter Männer</td> <td>1 000</td> <td>22,6</td> <td>19,3</td> <td>...</td> <td>15,7</td> <td>17,4</td> <td>10,1</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>* Gemeldete Stellen</td> <td>1 000</td> <td>75,6</td> <td>56,9</td> <td>...</td> <td>46,8</td> <td>49,6</td> <td>34,4</td> <td>38,0</td> <td>45,5</td> <td>56,7</td> </tr> </tbody> </table>											2002	2003	2004	2004			2005			Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März	* Arbeitslose	1 000	386,7	447,4	449,7	515,0	484,9	473,7	577,3	588,1	579,3	* darunter Frauen	1 000	174,4	199,5	203,6	207,7	203,5	213,1	252,1	253,9	249,0	* Arbeitslosenquote insgesamt ⁷	%	6,9	7,9	7,9	9,0	8,5	8,3	10,1	10,3	10,2	* Frauen	%	6,5	7,4	7,5	7,6	7,5	7,8	9,2	9,3	9,1	* Männer	%	7,2	8,3	8,3	10,3	9,5	8,8	11,0	11,3	11,1	* Ausländer	%	14,3	16,1	...	17,6	17,2	16,7	21,0	21,8	21,7	* Jugendliche	%	6,3	7,3	...	8,3	7,9	7,8	10,0	10,2	10,2	* Kurzarbeiter	1 000	32,9	27,0	...	21,8	24,1	15,0	15,7	18,9	...	darunter Männer	1 000	22,6	19,3	...	15,7	17,4	10,1	* Gemeldete Stellen	1 000	75,6	56,9	...	46,8	49,6	34,4	38,0	45,5	56,7																																																																																																																																				
2002	2003	2004	2004			2005																																																																																																																																																																																																																																																																								
Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März																																																																																																																																																																																																																																																																						
* Arbeitslose	1 000	386,7	447,4	449,7	515,0	484,9	473,7	577,3	588,1	579,3																																																																																																																																																																																																																																																																				
* darunter Frauen	1 000	174,4	199,5	203,6	207,7	203,5	213,1	252,1	253,9	249,0																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Arbeitslosenquote insgesamt ⁷	%	6,9	7,9	7,9	9,0	8,5	8,3	10,1	10,3	10,2																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Frauen	%	6,5	7,4	7,5	7,6	7,5	7,8	9,2	9,3	9,1																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Männer	%	7,2	8,3	8,3	10,3	9,5	8,8	11,0	11,3	11,1																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Ausländer	%	14,3	16,1	...	17,6	17,2	16,7	21,0	21,8	21,7																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Jugendliche	%	6,3	7,3	...	8,3	7,9	7,8	10,0	10,2	10,2																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Kurzarbeiter	1 000	32,9	27,0	...	21,8	24,1	15,0	15,7	18,9	...																																																																																																																																																																																																																																																																				
darunter Männer	1 000	22,6	19,3	...	15,7	17,4	10,1																																																																																																																																																																																																																																																																				
* Gemeldete Stellen	1 000	75,6	56,9	...	46,8	49,6	34,4	38,0	45,5	56,7																																																																																																																																																																																																																																																																				

1 Nach dem Ereignisort.
 2 Nach der Wohngemeinde der Mutter; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
 3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
 p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.
 4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.
 5 Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; an Stelle von Monatsdurchschnitten errechnete Jahresdurchschnitte.
 6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.
 7 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004	2004			2005		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Rinder (ohne Kälber)	1 000	93,3	88,1	86,0	78,6	98,4	104,0	62,6	77,4	81,1
Kälber	1 000	4,2	3,7	3,8	3,1	4,4	5,9	2,8	2,7	4,0
Schweine	1 000	460,1	444,1	424,1	390,8	469,4	460,4	418,8	387,8	424,3
darunter Hausschlachtungen	1 000	13,8	12,5	11,1	15,5	13,7	16,7	15,4	13,2	10,7
Schafe	1 000	10,2	9,7	9,9	14,1	9,5	10,5	15,1	6,8	16,6
Durchschnittliches Schlachtgewicht ²										
Rinder (ohne Kälber)	kg	341,2	341,1	339,9	344,1	345,4	338,5	350,8	349,7	346,2
Kälber	kg	96,7	98,9	100,9	99,1	100,8	95,9	98,6	100,6	98,4
Schweine	kg	93,3	93,5	93,1	93,7	93,2	93,4	94,1	93,9	93,8
Schafe	kg	19,3	19,3	19,3	19,2	19,7	19,1	19,2	19,1	19,4
Gesamtschlachtgewicht ³										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	75,6	72,2	69,4	64,2	78,4	79,0	62,0	63,9	68,6
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	32,0	30,1	29,3	27,0	34,0	35,2	21,9	27,1	28,0
Kälber	1 000 t	0,4	0,4	0,4	0,3	0,4	0,6	0,3	0,3	0,4
Schweine	1 000 t	42,9	41,5	39,5	36,6	43,7	43,0	39,4	36,4	39,8
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,1	0,3
darunter										
* Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	73,5	70,4	67,7	62,1	76,3	76,5	60,0	62,1	67,0
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	31,3	29,5	28,7	26,4	33,2	34,3	21,5	26,5	27,5
* Kälber	1 000 t	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,5	0,3	0,2	0,4
* Schweine	1 000 t	41,7	40,4	38,4	35,2	42,5	41,5	38,0	35,2	38,8
* Schafe	1 000 t	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,3
Geflügel										
* Konsumeier ⁴	1 000	73 164	69 002	67 813	63 243	70 856	68 821	68 824	65 213	...
* Geflügelfleisch ⁵	1 000 kg	6 722,6	7 442,5	7 618,7	7 472,1	8 239,8	8 080,1	9 111,3	7 285,9	9 187,5
Milcherzeugung und Milchverwendung										
Kuhmilcherzeugung	1 000 t	627,4	640,3	625,8	590,7	605,6	613,9	638,9	578,3	...
darunter Milchanlieferung an Molkereien ⁶	%	92,0	92,6	93,0	92,7	92,8	93,3	92,5	92,5	...
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,9	15,9	15,9	15,4	14,7	14,9	16,0	16,0	...
Trinkmilchabsatz der Molkereien ⁷	1 000 t	68,6	73,2	73,4	70,8	78,8	77,7	69,6	70,4	77,3
darunter Vollmilch	1 000 t	36,1	36,9	35,9	34,3	40,0	35,6	33,2	33,2	37,4
Buttererzeugung der Molkereien ⁷	1 000 t	5,5	5,3	5,3	5,3	5,6	6,3	7,4	5,5	5,9
Käseerzeugung der Molkereien ^{7, 8}	1 000 t	35,8	36,4	36,6	33,7	37,4	37,2	37,5	35,0	39,9
Quarkerzeugung der Molkereien ^{7, 9}	1 000 t	23,3	24,0	24,0	23,5	27,3	22,2	21,8	22,8	26,5
Getreideanlieferungen ^{7, 10}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	12,3	8,8	10,0	3,9	2,9	7,2
Weizen	1 000 t	170,1	127,4	126,2	72,1	75,0	175,8
Gerste	1 000 t	72,6	57,7	63,8	21,8	23,6	26,0
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	2,9	3,1	3,0	1,2	1,7	1,6
Vermahlung von Getreide ^{7, 10}										
Getreide insgesamt	1 000 t	83,1	84,2	79,8	76,8	85,0	84,8
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	12,2	12,7	11,9	12,0	12,6	12,4
Weizen und -gemenge	1 000 t	70,9	71,5	67,9	64,8	72,4	72,4
Vorräte bei den Erzeugern ^{11, 12}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	14,9	5,0	3,6	82,3
Weizen	1 000 t	245,2	226,5	179,2	1 970,0
Gerste	1 000 t	252,9	221,0	185,0	1 303,0
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	42,8	36,6	42,7	174,5
Kartoffeln	1 000 t	533,8
Vorräte in zweiter Hand ^{7, 10}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	46,3	32,9	43,1	39,4	36,2	42,9
Weizen	1 000 t	421,5	397,1	415,0	392,2	356,9	535,3
Gerste	1 000 t	397,5	342,3	348,4	284,4	258,0	425,7
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	13,8	15,7	13,7	11,2	10,4	15,5
Mais	1 000 t	113,9	148,7	124,7	164,0	152,5	160,7
Gewerbliche Betriebe ¹³										
* Betriebseröffnungen	1 000	8,7	10,1	12,2	11,9	14,0	12,9	11,8	10,7	...
* Betriebsschließungen	1 000	6,8	7,4	7,8	7,6	8,3	10,8	9,8	8,0	...

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

3 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

4 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

5 Aus Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

6 In Prozent der Gesamtmilcherzeugung.

7 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

8 Hart-, Schnitt- und Weichkäse.

9 Sauermilch und Labquark, Rohkasein einschl. Ziger.

10 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitte“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

11 Nachweis nur für die Monate Juni und Dezember.

12 Bei Monatsdurchschnitt für 2001, 2002, 2003 jeweils der Wert vom Monat Juni.

13 Ohne Reisegewerbe.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004	2004			2005		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹										
* Betriebe ²	Anzahl	7 915	7 934	7 786	7 794	7 781	7 770	7 686	7 674	7 665
* Beschäftigte	1 000	1 186	1 181	1 164	1 161	1 163	1 160	1 153	1 149	1 149
* darunter Arbeiter	1 000	710	699	686	684	685	681	671	666	666
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000	x	147 679	148 316	144 780	164 023	143 474	140 904	144 245	150 938
* Bruttolohnsumme	Mill. €	1 725	1 730	1 733	1 568	1 662	1 724	1 605	1 556	1 634
* Bruttogehaltssumme	Mill. €	1 979	2 020	2 048	1 892	1 976	2 068	2 322	1 954	2 020
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	21 314	21 759	23 404	21 033	25 662	24 287	20 632	21 550	25 039
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	5 877	6 311	5 649	6 817	5 899	5 621	5 692	6 452
* Investitionsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	10 628	11 491	10 208	12 948	12 825	9 741	10 513	12 778
* Gebrauchsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	981	982	938	1 102	975	905	964	1 043
* Verbrauchsgüterproduzenten ⁴	Mill. €	x	3 640	3 752	3 488	3 979	3 672	3 540	3 596	3 899
* Energie ⁴	Mill. €	x	633	868	750	816	916	826	785	867
* darunter Auslandsatz	Mill. €	9 345	9 632	10 512	9 582	11 716	10 977	9 242	9 865	11 794
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2000 ± 100)¹										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	100,4	102,4	107,5	99,4	118,6	104,8	96,1	100,3	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	88,0	85,9	76,2	47,4	69,9	65,4	43,6	42,3	...
Verarbeitendes Gewerbe	%	100,5	102,5	107,6	99,7	118,9	105,0	96,4	100,6	...
Vorleistungsgüterproduzenten ⁴	%	100,0	102,4	108,8	100,7	118,9	97,3	99,8	101,5	...
Investitionsgüterproduzenten ⁴	%	103,2	106,8	113,7	102,8	128,6	118,5	98,1	108,2	...
Gebrauchsgüterproduzenten ⁴	%	95,2	97,9	96,5	94,9	111,7	86,8	84,0	91,7	...
Verbrauchsgüterproduzenten ⁴	%	97,6	95,1	95,4	91,8	103,1	91,7	86,7	87,0	...
Energie ⁴	%	95,6	99,0	102,9	95,5	99,2	104,7	104,0	85,0	...
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2000 ± 100)¹										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt	%	98,6	101,0	109,2	104,4	122,0	127,7	105,0	103,7	...
Inland	%	93,3	95,1	100,4	96,3	113,1	122,3	92,0	92,8	...
Ausland	%	104,2	107,3	118,6	113,1	131,6	133,5	118,8	115,4	...
Vorleistungsgüterproduzenten ⁴	%	94,6	97,9	107,1	106,2	118,5	99,2	104,4	100,2	...
Investitionsgüterproduzenten ⁴	%	101,2	104,3	112,8	103,2	125,4	150,9	107,5	105,9	...
Gebrauchsgüterproduzenten ⁴	%	95,2	91,2	92,5	89,9	104,6	86,7	87,8	89,3	...
Verbrauchsgüterproduzenten ⁴	%	97,8	94,0	101,4	117,7	122,8	94,7	99,3	113,5	...
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 873	1 908	1 878	1 435	1 772	1 828	1 431	1 415	1 806
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	98	100	98	59	82	81	67	68	106
11 bis 13	1 000 hl	1 757	1 791	1 762	1 353	1 658	1 723	1 344	1 317	1 670
14 oder darüber	1 000 hl	18	17	18	23	32	24	20	29	30

1 Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.
2 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

3 Neue Merkmalsabgrenzung ab Januar 2003.

4 Neue Definition der Hauptgruppen ab Januar 2003.

5 Ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung, Mineralölverarbeitung und Recycling.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004	2004			2005		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Baugewerbe ¹										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
* Beschäftigte insgesamt ³	Anzahl	151 542	141 481	134 138	111 915	124 882	132 986	111 305	102 911	...
darunter Facharbeiter einschl. Poliere und Meister	Anzahl	78 090	72 654	68 024	51 458	60 850	67 739	51 975	45 571	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	24 008	21 846	20 557	14 786	18 097	20 334	15 462	13 422	...
gewerblich Auszubildende	Anzahl	7 797	6 993	6 623	6 809	6 597	6 776	6 606	6 499	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	14 298	13 502	12 665	6 831	11 171	9 998	5 373	4 876	...
* dav. für Wohnungsbauten	1 000	6 211	5 980	5 742	3 085	5 219	4 288	2 273	1 956	...
* gewerbliche und industrielle Bauten ⁴	1 000	4 052	3 857	3 634	2 393	3 449	3 092	1 904	1 850	...
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	4 035	3 665	3 289	1 353	2 503	2 618	1 196	1 070	...
* Löhne (Bruttosumme)	Mill. €	244,4	228,9	214,2	133,6	173,4	221,6	141,4	114,4	...
* Gehälter (Bruttosumme)	Mill. €	89,4	85,0	80,7	79,4	77,0	79,6	74,1	75,2	...
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 344,6	1 319,6	1 242,7	723,2	989,3	1 521,3	613,5	547,3	...
* dav. Wohnungsbau	Mill. €	478,1	489,8	467,4	254,9	351,0	591,3	198,9	171,1	...
* gewerblicher Bau	Mill. €	477,3	454,8	436,7	312,2	408,0	526,9	237,3	243,9	...
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	389,2	375,0	338,7	156,0	230,3	403,1	177,3	132,2	...
Messzahlen (2000 = 100)										
* Index des Auftrageingangs im Bauhauptgewerbe insg.	%	95,3	82,0	73,9	62,0	90,3	56,3	46,5	50,8	...
* davon Wohnungsbau	%	84,7	78,5	73,0	66,7	97,8	54,5	45,5	55,4	...
gewerblicher und industrieller Bau	%	98,3	78,9	70,6	78,6	69,1	66,5	49,3	46,4	...
öffentlicher und Verkehrsbau	%	100,4	88,1	77,9	40,9	106,8	47,0	44,3	52,0	...
darunter Straßenbau	%	101,0	98,3	87,3	41,2	122,9	32,8	30,7	56,0	...
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ^{5, 6}										
* Beschäftigte	Anzahl	51 246	47 777	44 386	..	44 255	43 913
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 023	4 778	4 377	..	12 359	13 326
* Löhne (Bruttosumme)	Mill. €	78,0	72,4	67,0	..	187,8	213,5
* Gehälter (Bruttosumme)	Mill. €	35,5	33,9	31,4	..	92,2	100,0
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	390,3	382,4	353,4	..	833,0	1 375,4
Energieversorgung										
* Betriebe	Anzahl	229	221	219	220	219	219	233	232	229
* Beschäftigte	Anzahl	30 250	30 109	30 338	30 340	30 296r	30 189	30 446	30 055	30 010
* Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1 000	3 857	3 508	3 828	3 702	4 253r	3 907	3 785	3 736	3 929
* Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	101	104	105	100	93	97	96	101	94
* Stromerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung	Mill. kWh	6 523,0	6 186,0	6 052,3r	6 290,7	6 703,0	6 582,5
* Erdgasgewinnung ⁸	Mill. m ³	0,8	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5
* Erdgasbezug ⁸	Mill. m ³	866,4	860,1	839,1	1 095,4	1 097,2	1 184,6r
* Gasverbrauch ⁸	Mill. m ³	855,3	865,5	840,1	1 169,1	1 120,9	1 275,2r
Handwerk (Messzahlen) ⁹										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2003 = 100)	%	92,6	94,2
* Umsatz ¹⁰ (VjD 2003 = 100) (ohne Mehrwertsteuer)	%	82,2	114,1
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 502	3 011	..	4 033	3 824	2 199	2 269	2 203	2 388
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	2 322	2 816	..	3 831	3 581	2 017	2 142	2 041	2 215
* Umbauter Raum	1 000 m ³	2 831	3 411	..	4 461	4 522	2 467	2 469	2 616	2 789
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. €	674	803	..	1 044	1 073	594	579	629	665
* Wohnfläche ¹²	1 000 m ²	453	540	..	707	718	418	391	424	446
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	693	658	..	576	813	480	338	438	689
* Umbauter Raum	1 000 m ³	3 750	3 375	..	2 413	3 515	2 973	1 493	2 245	3 847
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. €	513	385	..	331	434	371	169	299	601
* Nutzfläche	1 000 m ²	578	520	..	388	551	427	236	374	560
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 439	5 223	..	6 546	6 931	4 178	3 737	4 085	4 396
* Wohnräume ¹³ insgesamt	Anzahl	23 933	28 715	..	37 910	38 790	21 946	20 563	21 661	22 902
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁴	Mill. €	6 811,6	7 290,8	7 924,6	8 049,8	8 261,6	8 726,9	8 258,4	7 446,4	7 514,4
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	358,9	416,9	388,9	376,7	384,3	425,6	369,6	381,5	358,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	6 452,7	6 873,9	7 535,7	7 673,1	7 877,3	8 301,3	7 888,8	7 064,9	7 156,0
* davon Rohstoffe	Mill. €	521,1	598,3	662,1	587,0	690,9	646,8	1 087,3	416,5	832,1
* Halbwaren	Mill. €	216,6	253,9	273,6	299,8	303,9	261,3	258,5	246,4	290,5
* Fertigwaren	Mill. €	5 715,0	5 824,4	6 009,6	6 140,4	6 222,0	6 690,8	5 918,3	5 816,8	5 445,8
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	503,3	562,6	601,6	592,0	645,2	697,4	589,7	610,4	625,3
* Enderzeugnisse	Mill. €	5 211,7	5 261,8	5 408,0	5 548,4	5 576,9	5 993,4	5 328,6	5 206,4	4 820,5

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

2 Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe ab 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft

8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004	2004				2005	
		Monatsdurchschnitt			Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ¹ aus										
* Europa	Mill. €	4 668,6	5 199,0	5 509,1	5 466,7	5 709,0	5 970,5	5 870,5	5 059,9	5 579,3
* darunter aus EU-Ländern ² insgesamt	Mill. €	3 941,6	4 402,5	4 609,1	4 581,8	4 831,6	5 003,4	4 458,1	4 382,0	4 497,2
davon aus Belgien	Mill. €	149,3	199,8	203,5	211,9	225,2	245,3	206,0	234,0	243,2
Dänemark	Mill. €	45,0	57,7	56,8	51,0	61,9	76,0	55,2	53,2	55,0
Estland	Mill. €	2,7	3,3	2,7	2,1	1,8	2,2	1,7	3,3	1,2
Finnland	Mill. €	35,6	45,2	42,9	52,8	37,7	71,2	37,8	51,7	30,4
Frankreich	Mill. €	441,4	493,0	509,9	449,2	522,9	547,9	551,4	477,4	452,8
Griechenland	Mill. €	24,0	28,7	27,6	23,6	25,2	27,8	29,3	25,9	26,1
Irland	Mill. €	95,8	105,8	121,0	121,0	111,8	130,7	177,7	181,8	137,4
Italien	Mill. €	612,1	671,9	669,0	654,9	695,8	672,6	643,9	609,0	647,0
Lettland	Mill. €	5,8	6,3	6,1	5,8	7,6	7,0	4,6	6,0	9,7
Litauen	Mill. €	4,1	4,8	4,9	4,6	5,5	3,9	3,6	5,8	2,7
Luxemburg	Mill. €	10,4	13,6	13,5	15,4	11,0	12,0	14,4	15,7	19,5
Malta	Mill. €	8,8	6,6	6,0	6,6	6,4	7,8	4,7	7,1	4,9
Niederlande	Mill. €	237,5	315,7	359,2	433,5	331,5	366,7	351,4	337,7	337,2
Österreich	Mill. €	641,9	740,7	896,0	919,0	1 009,6	1 001,5	826,0	777,8	887,9
Polen	Mill. €	108,7	125,8	129,6	129,9	144,7	126,3	131,0	119,0	137,2
Portugal	Mill. €	91,6	116,9	109,9	120,1	111,4	88,6	76,8	95,7	88,3
Schweden	Mill. €	71,5	90,6	86,0	86,0	96,5	97,0	81,1	86,8	79,6
Slowakei	Mill. €	55,6	65,7	77,8	69,7	86,7	85,3	70,2	71,5	89,9
Slowenien	Mill. €	58,0	55,2	52,0	49,6	49,5	52,2	54,8	52,2	48,5
Spanien	Mill. €	114,3	149,2	152,2	140,4	150,8	152,4	155,3	144,5	151,2
Tschechische Republik	Mill. €	385,3	416,3	380,7	362,8	428,0	420,0	325,0	374,0	360,6
Ungarn	Mill. €	363,9	327,2	285,4	235,8	300,2	302,8	259,2	279,7	274,9
Vereinigtes Königreich	Mill. €	377,8	362,0	415,4	435,6	409,6	503,5	396,7	370,6	411,3
Zypern	Mill. €	0,5	0,5	1,1	0,3	0,4	2,7	0,3	1,6	0,6
* Afrika	Mill. €	206,4	209,1	202,6	222,7	276,9	165,3	170,4	180,5	150,9
* Amerika	Mill. €	754,9	709,9	870,4	864,0	815,6	1 006,5	847,8	892,4	690,9
darunter aus den USA	Mill. €	671,9	633,1	778,8	773,9	725,9	906,0	751,5	816,6	602,6
* Asien ³	Mill. €	1 173,5	1 164,3	1 332,6	1 487,1	1 451,8	1 573,8	1 360,1	1 304,0	1 084,7
darunter aus Japan	Mill. €	266,0	224,3	259,9	309,0	270,5	312,5	286,2	223,2	210,0
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	7,1	7,6	8,3	8,7	8,1	8,6	9,4	8,4	7,3
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁴	Mill. €	8 163,5	8 891,9	9 836,3	9 845,6	10 625,5	10 273,0	9 723,7	9 394,3	9 703,0
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	371,9	407,2	401,9	410,8	435,1	420,0	385,3	408,2	417,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	7 791,6	8 300,7	8 985,8	8 963,5	9 664,1	9 346,3	8 900,5	8 537,6	8 806,8
* davon Rohstoffe	Mill. €	54,8	56,9	53,9	53,3	58,3	56,5	43,4	50,5	56,0
* Halbwaren	Mill. €	225,4	281,4	325,3	306,5	422,5	363,4	357,7	316,5	367,4
* Fertigwaren	Mill. €	7 511,5	7 962,3	8 606,7	8 603,7	9 183,3	8 926,3	8 499,5	8 170,6	8 383,4
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	611,5	626,7	667,1	690,6	737,5	701,7	561,5	666,7	768,6
* Enderzeugnisse	Mill. €	6 900,0	7 335,6	7 939,5	7 913,1	8 445,8	8 224,6	7 938,0	7 504,0	7 614,8
darunter ¹ nach										
* Europa	Mill. €	5 408,9	6 111,6	6 773,0	6 718,1	7 465,0	7 270,5	6 593,2	6 777,7	7 083,0
* darunter in EU-Ländern ² insgesamt	Mill. €	4 726,7	5 385,6	5 875,6	5 848,8	6 530,5	6 286,7	5 435,2	5 849,6	6 239,9
davon nach Belgien	Mill. €	238,5	283,3	326,8	400,2	386,7	339,1	319,3	308,6	368,2
Dänemark	Mill. €	82,7	96,4	111,2	104,0	147,0	119,9	83,2	106,0	119,4
Estland	Mill. €	5,9	7,0	9,9	8,5	12,7	6,9	8,9	16,1	11,8
Finnland	Mill. €	67,5	70,7	83,4	88,9	92,3	109,2	72,3	75,5	89,1
Frankreich	Mill. €	640,2	721,2	777,1	826,9	866,0	798,8	706,9	815,5	869,9
Griechenland	Mill. €	60,2	73,1	82,3	77,0	94,6	70,8	63,5	75,4	75,9
Irland	Mill. €	41,7	37,1	41,2	38,4	37,6	45,8	49,6	55,1	58,2
Italien	Mill. €	699,6	791,6	863,9	868,0	938,0	883,5	808,3	844,7	872,5
Lettland	Mill. €	7,2	7,8	8,3	6,9	9,4	6,3	5,7	6,6	7,0
Litauen	Mill. €	15,0	15,7	16,5	12,2	15,2	14,8	12,3	11,2	10,9
Luxemburg	Mill. €	24,4	27,4	31,4	30,7	32,9	30,0	29,0	38,7	36,8
Malta	Mill. €	3,7	4,2	3,8	2,5	2,7	5,6	2,7	7,4	3,0
Niederlande	Mill. €	275,1	333,3	339,7	340,8	422,7	377,1	300,3	330,0	342,6
Österreich	Mill. €	563,0	693,2	770,3	819,6	943,6	900,9	739,0	702,0	761,5
Polen	Mill. €	140,1	159,4	193,5	176,7	219,4	216,4	166,6	166,2	212,0
Portugal	Mill. €	66,8	67,4	73,5	78,2	76,0	76,8	67,8	87,1	108,8
Schweden	Mill. €	156,1	177,1	208,7	206,8	223,4	233,1	221,4	201,9	198,1
Slowakei	Mill. €	49,2	64,3	68,3	58,7	80,8	76,3	48,1	59,3	64,4
Slowenien	Mill. €	34,0	36,4	40,4	38,4	45,8	42,2	34,5	41,6	38,0
Spanien	Mill. €	336,7	447,1	492,5	484,9	497,9	493,0	453,0	513,0	528,3
Tschechische Republik	Mill. €	236,5	251,5	269,2	251,1	297,5	313,3	232,0	253,2	268,5
Ungarn	Mill. €	299,3	302,7	276,2	197,1	301,3	350,2	279,0	273,0	322,2
Vereinigtes Königreich	Mill. €	679,4	714,3	780,9	724,4	775,2	771,5	724,8	855,1	865,5
Zypern	Mill. €	3,9	3,4	6,5	8,1	11,7	5,2	7,0	6,3	7,3
* Afrika	Mill. €	153,2	153,9	184,6	188,2	187,0	189,2	206,2	147,1	161,7
* Amerika	Mill. €	1 509,7	1 404,0	1 512,1	1 569,4	1 634,8	1 532,3	1 580,3	1 245,6	1 241,7
darunter in die USA	Mill. €	1 267,9	1 176,3	1 239,0	1 298,3	1 364,4	1 293,1	1 220,3	1 009,6	991,4
* Asien ³	Mill. €	1 017,7	1 148,0	1 277,9	1 276,7	1 223,0	1 202,6	1 238,4	1 158,9	1 090,0
darunter nach Japan	Mill. €	194,9	198,4	224,3	268,8	232,1	220,8	206,2	233,7	247,5
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	71,7	71,9	86,3	91,9	112,5	75,3	104,3	62,3	123,2

1 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
2 Seit Mai 2004 (EU 25) einschl. Zypern; auch für historische Werte.

3 Ohne Zypern (vgl. FN 2).

4 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsresultat“.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004 ¹	2004 ¹			2005 ¹		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Großhandel (2000 ± 100) ²										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	88,9	89,0	92,8	79,1	...	95,2
* Index der Großhandelsumsätze real ³	%	87,9	87,6	89,9	78,0	...	92,8
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	90,2	86,5	84,7	84,4	...	84,6
Einzelhandel (2000 ± 100) ⁴										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	101,5	99,6	98,2	84,8	...	120,7
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁵	%	107,7	108,0	107,5	95,0	...	133,7
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁵	%	104,5	100,4	97,7	87,0	...	117,7
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁵	%	112,4	116,3	114,3	101,1	...	143,2
Sonstiger Facheinzelhandel ⁵	%	92,9	89,2	88,7	73,2	...	111,9
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	100,5	95,2	90,5	78,9	...	100,9
* Index der Einzelhandelsumsätze real ³	%	100,3	98,4	96,8	84,2	...	119,1
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	99,5	96,6	95,3	95,0	...	97,0
Kfz-Handel und Tankstellen (2000 ± 100) ⁶										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen nominal	%	108,2	108,8	109,6	89,1	...	108,9
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen real ³	%	106,5	105,9	105,2	85,8	...	104,8
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel und der Tankstellen	%	101,1	98,2	96,2	96,2	...	97,5
Gastgewerbe (2000 ± 100)										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	96,8	91,6	92,0	79,2	...	86,6
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	97,0	91,9	92,1	79,3	...	83,0
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	102,9	100,8	100,6	98,1	...	62,8
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	95,8	89,3	88,6	75,6	...	87,0
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	98,1	94,3	99,7	81,5	...	96,4
Kantinen und Caterer	%	99,7	101,9	104,6	97,5	...	108,2
* Index der Gastgewerbeumsätze real ³	%	91,7	86,0	85,7	74,0	...	79,4
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	97,3	93,4	97,1	90,8	...	98,2
Fremdenverkehr ⁷										
* Gästeankünfte	1 000	1 595	1 920	...	1 585	...	1 503	1 446	1 631	...
* darunter Auslandsgäste	1 000	307	376	...	321	...	311	249	341	...
* Gästeübernachtungen	1 000	5 204	6 148	...	5 178	...	4 230	4 698	5 171	...
* darunter Auslandsgäste	1 000	633	791	...	741	...	638	549	815	...
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt	Anzahl	50 879	51 040	54 203	40 498	67 176	52 920	38 221	41 616	74 320
davon Krafträder einschl. Kraftroller	Anzahl	3 663	3 762	3 703	2 261	7 613	956	955	1 298	7 425
* Personenkraftwagen und sonstige "M1"-Fahrzeuge	Anzahl	43 218	43 422	46 259	35 052	54 343	48 106	33 715	37 135	61 716
* Lastkraftwagen	Anzahl	2 543	2 415	2 676	2 038	2 994	2 499	2 436	2 139	2 980
Zugmaschinen	Anzahl	843	876	965	757	1 348	638	758	676	1 377
übrige Kraftfahrzeuge	Anzahl	528	480	490	344	803	260	233	248	776
Schiennah-, gewerblicher Omnibuslinienverkehr ⁸	1 000	96 633	96 851	107 637	...	337 239	345 673
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen private Unternehmen	1 000	84 681	85 364	100 085	...	312 018	321 153
11 952	11 486	7 553	...	25 220	24 521	
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ⁹	Anzahl	27 407	27 525	28 037	23 671	26 599	30 823	25 952	26 906	...
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	5 087	5 019	4 794	3 263	3 989	4 367	3 563	2 953	...
mit nur Sachschaden	Anzahl	22 320	22 506	23 243	20 408	22 610	26 456	22 389	23 953	...
* Getötete Personen ¹⁰	Anzahl	107	106	93	59	65	91	87	48	...
* Verletzte Personen	Anzahl	6 970	6 822	6 445	4 534	5 401	6 102	4 964	4 140	...
Luftverkehr										
Flughafen München										
Fluggäste: Ankunft	1 000	951	997	1 108	903	1 081	925	922
Abgang	1 000	955	999	1 109	927	1 067	930	903
Flughafen Nürnberg										
Fluggäste: Ankunft	1 000	128	132	147	146	170	143	143
Abgang	1 000	131	135	149	155	174	147	143
Eisenbahnverkehr										
Güterempfang	1 000 t	2 068	2 151	2 074	1 909	2 230	2 000	1 829
Güterversand	1 000 t	1 638	1 671	1 740	1 658	1 834	1 600	1 504
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang insgesamt	1 000 t	507	493	533	483	519	504	461	446	...
davon auf dem Main	1 000 t	283	251	261	263	256	236	185	203	...
auf der Donau	1 000 t	225	243	272	219	263	268	276	243	...
* Güterversand insgesamt	1 000 t	336	319	346	191	293	358	304	265	...
davon auf dem Main	1 000 t	202	161	171	71	108	177	134	110	...
auf der Donau	1 000 t	134	159	176	120	185	181	170	155	...

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel und Tankstellen, Gastgewerbe und Fremdenverkehr sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Einschließlich Handelsvermittlung.

3 In Preisen von 2000.

4 Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern.

5 In Verkaufsräumen.

6 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

7 Betriebe ab neun Betten einschließlich Campingplätze (Touristik-Camping).

8 Beförderungspersonen - nur Quartalsergebnisse, ab 2004 geänderter Berichtskreis.

9 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

10 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004	2004			2005		
		Monatsdurchschnitt ¹			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ^{2, 3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	525 609	515 061	488 826		506 814	488 826			
darunter Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	494 457	487 050	460 592		479 265	460 592			
davon kurzfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt ...	Mill. €	69 333	61 095	55 743		60 916	55 743			
an Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	64 852	54 844	54 059		56 881	54 059			
an öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	4 481	6 251	1 684		4 035	1 684			
mittelfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	40 468	41 933	39 116		40 367	39 116			
an Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	36 673	34 968	34 787		34 367	34 787			
an öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	3 795	6 965	4 329		6 000	4 329			
langfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	415 808	412 033	393 967		405 531	393 967			
an Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	361 935	358 149	348 219		353 116	348 219			
an öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	53 873	53 884	45 748		52 415	45 748			
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende) ...	Mill. €	382 329	389 489	391 319		392 435	391 319			
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	279 712	281 179	277 644		283 348	277 644			
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	264 362	266 512	268 996		267 083	268 996			
von öffentlichen Haushalte ⁶	Mill. €	15 350	14 667	8 648		16 265	8 648			
Spareinlagen	Mill. €	102 617	108 310	113 675		109 087	113 675			
darunter bei Sparkassen	Mill. €	51 096	51 579	52 213		51 413	52 213			
bei Kreditbanken	Mill. €	13 318	17 195	20 458		17 866	20 458			
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	843	987	1 127	1 024	1 242	1 292	936	1 076	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	250	252	238	259	272	243	122	198	...
* davon Unternehmen	Anzahl	391	402	380	386	418	379	259	328	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	200	195	179	198	208	166	95	140	...
* Verbraucher	Anzahl	199	280	416	329	423	529	411	458	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	3	2	1	1	3	1	-	-	...
* ehemals selbständig Tätige ¹¹	Anzahl	215	264	286	270	353	335	234	255	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	30	39	38	42	42	52	19	36	...
* sonstige natürliche Personen ¹² , Nachlässe	Anzahl	38	42	45	39	48	49	32	35	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	17	17	21	18	19	24	8	22	...
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	1421 904	475 510	394 575	459 245	516 541	360 923	230 256	261 062	...
davon Unternehmen	1 000 €	1317 837	335 921	254 635	339 255	329 913	222 240	123 826	145 844	...
Verbraucher	1 000 €	27 813	28 997	36 256	32 215	31 624	41 325	29 975	37 271	...
ehemals selbständig Tätige ¹¹	1 000 €	61 290	83 627	90 982	64 866	126 329	186 181	66 889	72 053	...
sonstige natürliche Personen ¹² , Nachlässe	1 000 €	14 965	26 965	21 035	22 909	28 675	11 177	9 567	5 893	...
Öffentliche Sozialleistungen										
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	241,6	282,4	...	348,8	315,5
Arbeitslosenhilfe	1 000	97,0	129,4	...	152,0	154,4
Ausgaben für Arbeitslosengeld	1 000 €	304 827	355 284	...	461 521	469 201	308 944	361 521	429 528	...
Arbeitslosenhilfe	1 000 €	71 378	90 965	...	109 664	107 949	115 343	120 210	874	...
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [☆]	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-
davon Steuern vom Einkommen ¹³	Mill. €	2 951,6	2 851,2	2 915,9	2 219,5	2 637,4	5 829,3	2 884,6	2 269,7	2 664,2
davon Lohnsteuer ¹³	Mill. €	2 291,0	2 303,8	2 180,4	2 113,3	1 869,9	3 526,3	2 151,6	2 054,5	1 859,4
veranlagte Einkommensteuer ^{13, 14}	Mill. €	204,0	163,4	176,2	-296,9	-175,0	1 303,8	-2,7	-103,1	-146,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ¹³ ..	Mill. €	247,9	195,4	166,9	266,8	61,3	52,8	140,8	275,4	68,8
Zinsabschlag ¹³	Mill. €	121,9	101,9	92,4	109,2	53,9	74,0	397,2	62,6	63,4
Körperschaftsteuer ^{13, 14}	Mill. €	86,9	86,7	300,0	27,1	827,3	872,4	197,7	-19,7	819,0
Steuern vom Umsatz [☆]	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ¹³	Mill. €	1 316,6	1 245,8	1 224,9	1 599,4	825,3	1 216,9	1 528,9	1 430,2	1 061,3
Einfuhrumsatzsteuer [☆]	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundessteuern [☆]	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter Mineralölsteuer	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Solidaritätszuschlag	Mill. €	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende.

2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. - Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 beispielsweise als Gesellschafter, Mithafter.

13 Quelle: Staatsoberkasse München.

14 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2004	2004			2005		
		Monatsdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
Noch: Steuern										
Landessteuern ¹	Mill. €	278,3	286,3	317,1	304,2	338,9	256,9	269,0	284,6	318,2
darunter Vermögensteuer ^{1,2}	Mill. €	5,0	2,4	1,3	2,4	1,9	0,8	-9,5	0,4	0,4
Kraftfahrzeugsteuer ¹	Mill. €	105,4	102,1	108,2	92,8	128,5	88,2	113,5	99,7	142,6
Biersteuer ¹	Mill. €	14,0	14,2	14,2	13,3	11,2	12,5	13,9	10,4	10,9
Gemeindesteuern ^{3, 4, 5}	Mill. €	1 303,9	1 301,0	1 565,9		1 234,6	1 650,1			
darunter Grundsteuer A ³	Mill. €	19,6	19,7	20,2		18,7	18,8			
Grundsteuer B ³	Mill. €	303,3	313,9	324,0		283,4	296,7			
Gewerbesteuer (brutto) ³	Mill. €	976,7	963,0	1 217,0		920,5	1 333,8			
Steuereinnahmen des Bundes ^{3*}	Mill. €									
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{6, 7}	Mill. €	1 107,1	1 062,6	1 107,2	801,4	1 029,4	2 383,9	1 098,4	818,1	1 042,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz ^{3*}	Mill. €									
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{6, 8}	Mill. €	25,1	33,2	20,9	16,2	0,4	67,9	-1,8	11,9	0,9
Steuereinnahmen des Landes ^{3*}	Mill. €									
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{6, 7}	Mill. €	1 118,8	1 078,2	1 099,2	797,6	1 029,4	2 383,9	1 098,4	817,3	1 042,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz ^{3*}	Mill. €									
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{6, 8, 9}	Mill. €	60,1	72,2	65,5	18,9	0,1	210,5	-15,0	15,4	1,1
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{3, 5}	Mill. €	2 162,3	2 086,5	2 357,1		1 322,5	3 256,5			
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{6, 10}	Mill. €	336,7	332,0	313,3	234,3	207,5	679,8	317,3	253,3	211,2
Anteil an den Steuern vom Umsatz ³	Mill. €									
Gewerbesteuer (netto) ^{3, 11}	Mill. €	721,1	645,4	956,1		940,9	763,2			

		2001	2002 ¹⁵	2003	2004	2004				2005
		Durchschnitt ¹⁶				Januar	April	Juli	Oktober	Januar
Löhne und Gehälter¹²										
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe ¹³										
* Bruttomonatsverdienste	insgesamt	€	2 346	2 387	2 462	2 510	2 466	2 508	2 512	2 528
*	männliche Arbeiter	€	2 449	2 486	2 560	2 606	2 568	2 605	2 606	2 623
*	weibliche Arbeiter	€	1 815	1 849	1 903	1 948	1 925	1 941	1 954	1 965
* Bruttostundenverdienste	insgesamt	€	14,33	14,72	15,14	15,39	15,30	15,44	15,37	15,41
*	männliche Arbeiter	€	14,89	15,26	15,68	15,92	15,89	15,98	15,88	15,93
*	weibliche Arbeiter	€	11,38	11,68	11,98	12,21	12,09	12,21	12,25	12,29
Bezahlte Wochenarbeitszeit	insgesamt	Std.	37,7	37,3	37,4	37,5	37,10	37,4	37,6	37,7
	männliche Arbeiter	Std.	37,9	37,5	37,6	37,7	37,20	37,5	37,8	37,9
	weibliche Arbeiter	Std.	36,5	36,4	36,5	36,7	36,60	36,6	36,7	36,8
Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe ¹³ und Handel ¹⁴										
* kaufmännische Angestellte	insgesamt	€	2 941	3 085	3 181	3 244	3 228	3 242	3 249	3 303
	männlich	€	3 386	3 547	3 634	3 702	3 679	3 704	3 711	3 704
	weiblich	€	2 469	2 574	2 661	2 710	2 704	2 706	2 711	2 714
* technische Angestellte	insgesamt	€	3 810	3 904	4 020	4 068	4 036	4 073	4 081	4 069
	männlich	€	3 900	3 990	4 106	4 157	4 123	4 162	4 168	4 158
	weiblich	€	2 895	3 002	3 096	3 117	3 096	3 119	3 138	3 107
* alle Angestellten	insgesamt	€	3 225	3 363	3 470	3 528	3 508	3 529	3 536	3 530
	männlich	€	3 623	3 756	3 858	3 917	3 890	3 921	3 927	3 917
	weiblich	€	2 503	2 611	2 699	2 746	2 739	2 742	2 748	2 794

		2000	2001	2002	2003	2004	2004	2005		
		Durchschnitt ¹⁷					März	Januar	Februar	März
Preise										
* Verbraucherpreisindex (2000 = 100)										
Gesamindex	%	100	102,1	103,7	105,0	107,1	106,4	108,0	108,5	108,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	100	104,1	105,4	105,2	105,3	105,7	105,2	106,0	106,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	100	101,6	105,0	110,0	118,2	118,5	127,5	127,5	127,5
Bekleidung und Schuhe	%	100	101,6	103,5	103,6	103,8	104,0	103,2	103,3	104,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	100	102,5	103,4	105,2	107,0	106,3	108,5	108,8	109,4
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	100	100,9	102,4	103,1	103,2	103,3	103,0	103,0	103,0
Gesundheitspflege	%	100	101,2	101,4	101,3	121,2	118,6	122,9	123,1	123,1
Verkehr	%	100	102,6	105,1	107,9	110,4	108,7	111,5	112,0	113,2
Nachrichtenübermittlung	%	100	94,1	95,7	96,4	95,6	96,3	95,2	95,2	95,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100	100,4	101,1	100,8	100,0	99,7	98,5	100,1	99,7
Bildungswesen	%	100	101,6	104,1	107,5	112,0	110,0	117,2	117,5	118,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	100	102,5	107,9	109,1	110,4	108,5	110,2	111,0	110,5
Andere Waren und Dienstleistungen	%	100	103,2	105,7	107,7	109,2	108,8	111,2	110,9	111,0

1 Quelle: Meldung der Staatsoberkasse München.

2 Restbeträge.

3 Vj. Kassenstatistik.

4 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat).

5 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

6 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

7 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahrszahlungen.

8 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahrszahlungen.

9 Einschl. Erhöhungsbetrag.

10 Einschl. Zinsabschlag.

11 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

12 Die Unterschiede zwischen den Durchschnittsverdiensten der männlichen und weiblichen Arbeitnehmer sind hauptsächlich strukturell bedingt.

13 Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten.

14 Einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe.

15 Neuer Berichtskreis: 2000 im Produzierenden Gewerbe, 2002 im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe.

16 Durchschnitte aus 4 Erhebungsmonaten (Januar, April, Juli und Oktober).

17 Durchschnitt aus 12 Monatsindices.

* Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2004			2005
		Durchschnitt ¹					Mai	August	Nov.	Februar
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2000 \pm 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	100	100,6	100,6	100,5	101,6	101,8	101,9	101,8	102,1
davon Rohbauarbeiten	%	100	99,4	99,3	98,5	99,7	100,3	100,1	99,9	99,9
Ausbauarbeiten	%	100	101,6	101,9	102,3	103,3	103,3	103,6	103,5	104,1
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	100	102,5	102,4	101,2	101,3	101,5	101,1	101,1	101,1
Gemischt genutzte Gebäude	%	100	100,6	100,7	100,4	101,5	101,8	101,9	101,7	102,0
Bürogebäude	%	100	100,8	101,0	100,9	102,1	102,3	102,6	102,5	102,9
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	100	100,9	101,2	101,4	102,7	102,7	103,2	103,5	104,4
Straßenbau	%	100	102,5	101,1	99,8	98,7	98,5	98,5	98,7	98,8
							2004			
							1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	138,56	128,89	129,52	194,46	...	225,62	230,69	232,37	201,63
Rohbauland	€	48,55	33,58	37,61	55,12	...	42,97	56,27	58,52	63,83
Sonstiges Bauland	€	55,70	59,00	58,43	80,72	...	63,21	90,44	76,31	64,92

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2004	2005		
		Durchschnitt ¹					März	Januar	Februar	März
* Verbraucherpreisindex (2000 \pm 100)										
Gesamtindex	%	100	102,0	103,4	104,5	106,2	105,7	106,9	107,3	107,6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	100	104,5	105,3	105,2	104,8	105,3	104,8	105,5	105,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	100	101,7	105,8	111,4	119,1	119,6	127,6	127,5	127,4
Bekleidung und Schuhe	%	100	100,8	101,5	100,7	100,0	100,8	98,0	97,7	99,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	100	102,4	103,4	104,9	106,5	105,9	107,8	108,1	108,5
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	100	100,9	101,9	102,2	102,0	101,9	101,9	101,9	101,8
Gesundheitspflege	%	100	101,3	101,9	102,4	122,1	119,4	123,9	124,1	124,1
Verkehr	%	100	102,5	104,5	106,7	109,3	107,7	110,2	110,7	111,9
Nachrichtenübermittlung	%	100	94,1	95,7	96,4	95,6	96,3	95,2	95,2	95,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100	100,6	101,3	100,7	99,7	99,3	98,1	99,8	99,4
Bildungswesen	%	100	101,3	104,0	106,2	109,7	108,9	111,2	111,6	111,8
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	%	100	101,9	105,6	106,5	107,3	105,8	107,0	107,6	107,0
Andere Waren und Dienstleistungen	%	100	103,0	105,0	106,8	108,3	108,2	109,4	109,1	109,2
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2000 \pm 100)	%	100	100,6	98,4	96,2	97,2	96,4	98,0	98,8	100,1
Ausfuhrpreise ⁴ (2000 \pm 100)	%	100	101,0	100,8	100,6	101,1	100,8	101,5	101,8	102,1
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2000 \pm 100)	%	100	103,0	102,4	104,1	105,8	104,7	108,1	108,5	109,1
Vorleistungsgüterproduzenten	%	100	100,8	100,0	100,4	103,2	101,5	105,8	106,4	106,6
Investitionsgüterproduzenten	%	100	100,7	101,8	101,9	102,1	101,8	109,0	102,9	103,0
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	100	103,0	103,7	104,2	105,2	105,2	106,4	106,4	106,7
Gebrauchsgüterproduzenten	%	100	102,0	103,4	103,7	104,2	103,9	105,0	105,3	105,4
Verbrauchsgüterproduzenten	%	100	103,2	103,7	104,3	105,4	105,5	106,7	106,6	106,9
Energie	%	100	109,1	105,1	112,6	115,4	112,4	120,1	121,2	123,6
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2000 \pm 100) ..	%	100	107,3	100,4	101,4	99,9	105,3	97,8p	99,0p	...
pflanzliche Produkte	%	100	107,6	104,8	111,7	103,8	119,9	98,1	99,6	...
tierische Produkte	%	100	107,0	97,6	94,7	97,4	95,8	97,7p	98,6p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2000 \pm 100)	%	100	101,6	101,8	102,3	105,3	104,5	106,5	107,1	108,0
darunter Großhandel mit										
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	100	105,2	106,5	107,3	108,8	109,0	111,8	113,6	113,8
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	100	99,6	99,1	102,9	109,4	104,2	110,6	112,3	117,9
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel,										
Tankstellen zusammen (2000 \pm 100)	%	100	101,1	101,8	102,0	102,3	102,5	102,3	102,5	102,9
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	100	102,7	103,7	104,1	104,4	104,8	104,7	105,1	105,4
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken,										
Tabakwaren	%	100	103,3	105,1	106,9	109,2	109,5	112,0	112,3	112,4
Einzelhandel mit Kraftwagen	%	100	100,2	101,3	102,2	103,4	103,5	103,2	103,4	103,7

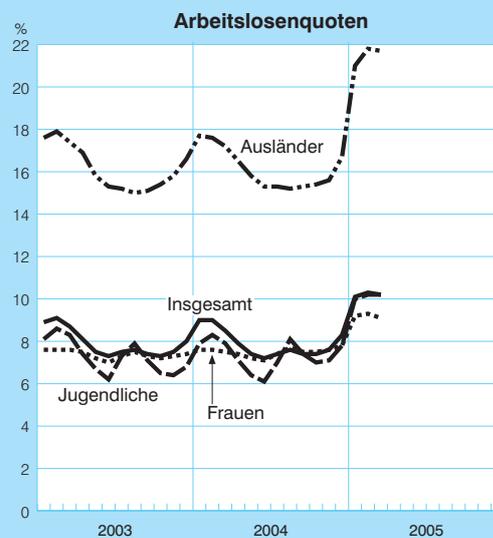
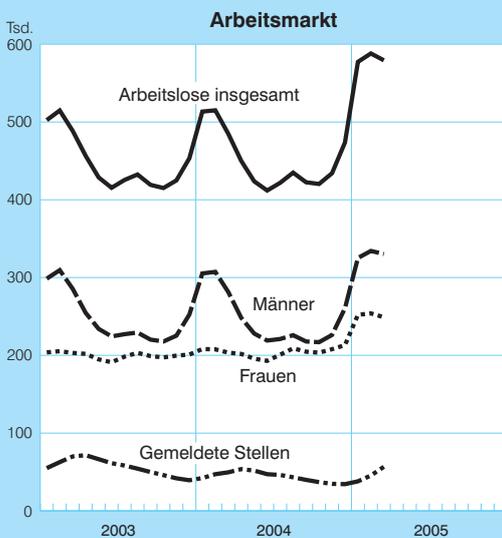
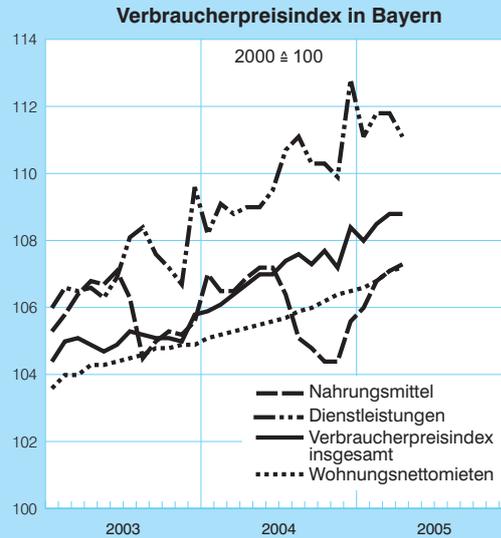
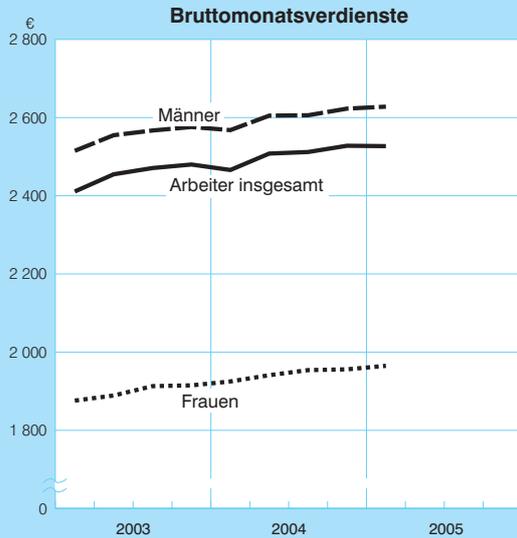
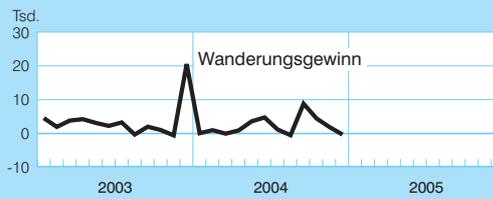
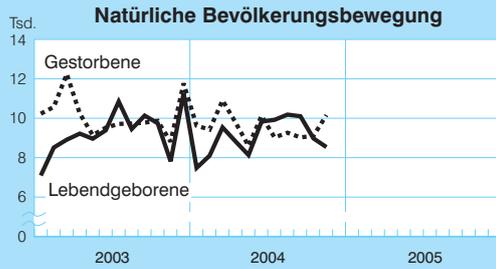
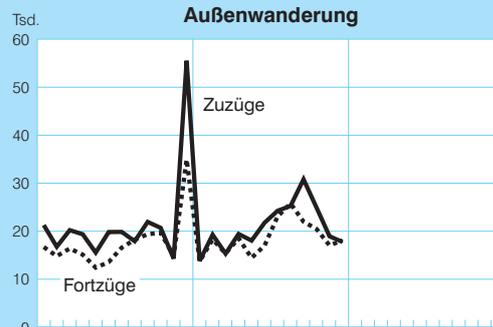
1 Durchschnitt aus 12 Monatsindices, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Baulandpreise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

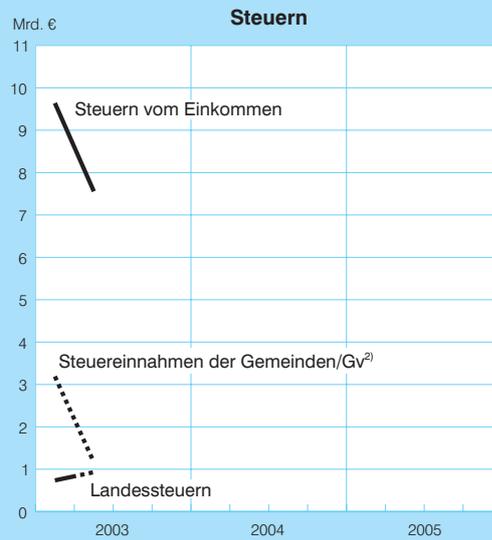
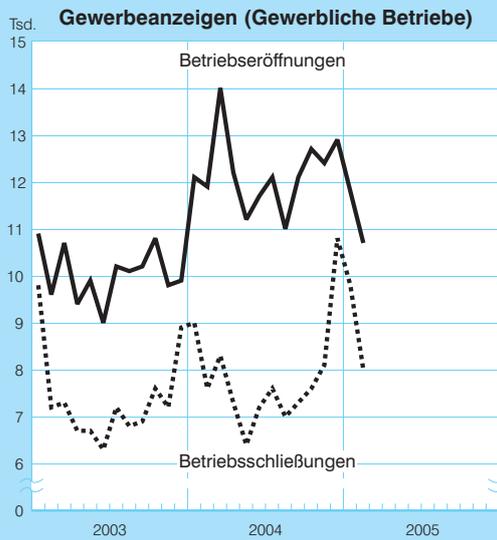
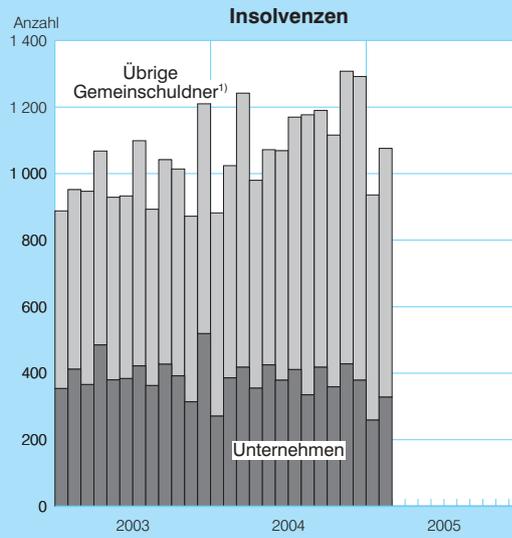
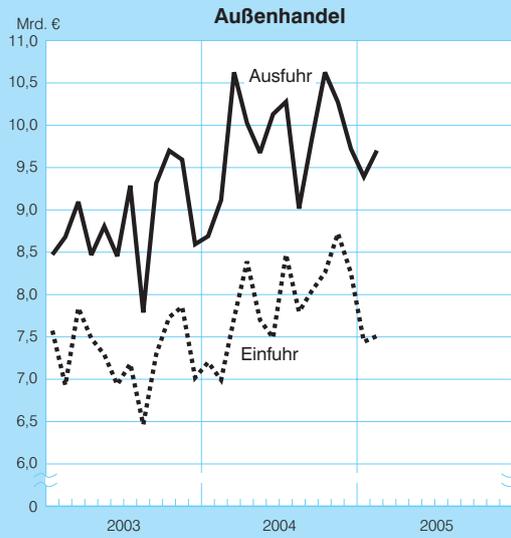
2 Einschl. Mehrwertsteuer.

3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

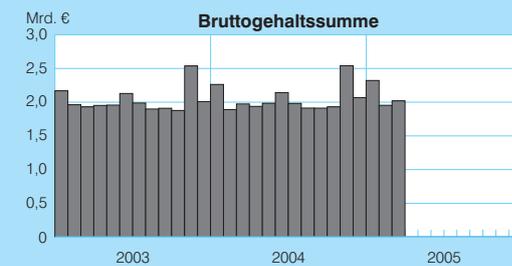
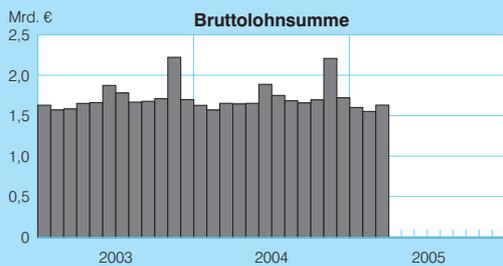
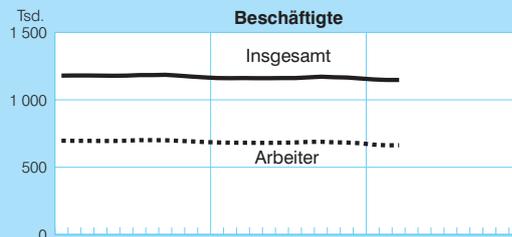
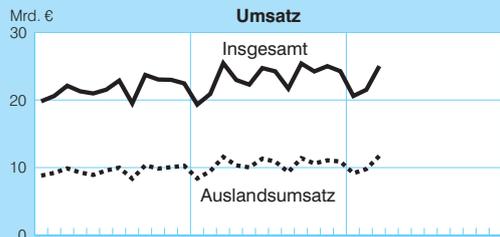
4 Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel

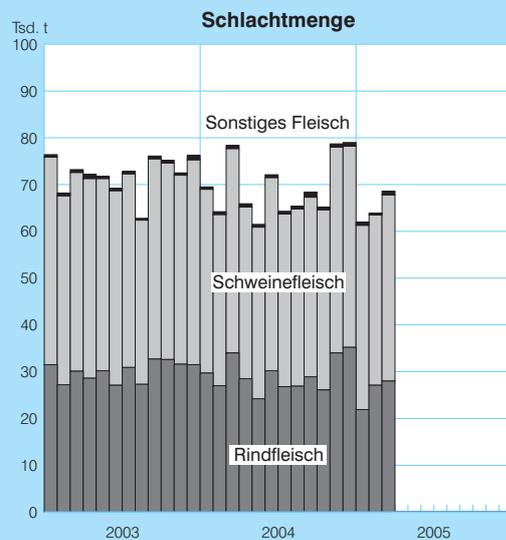
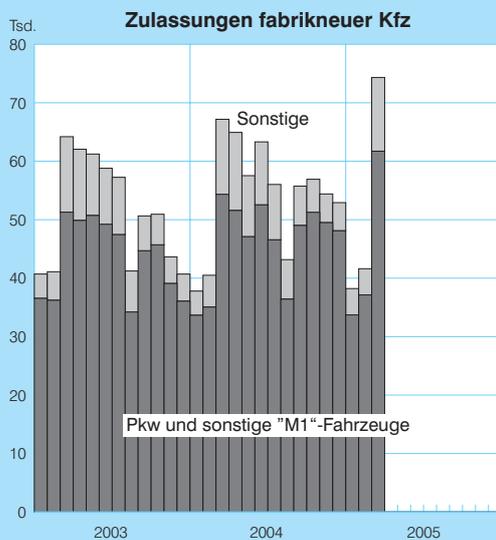
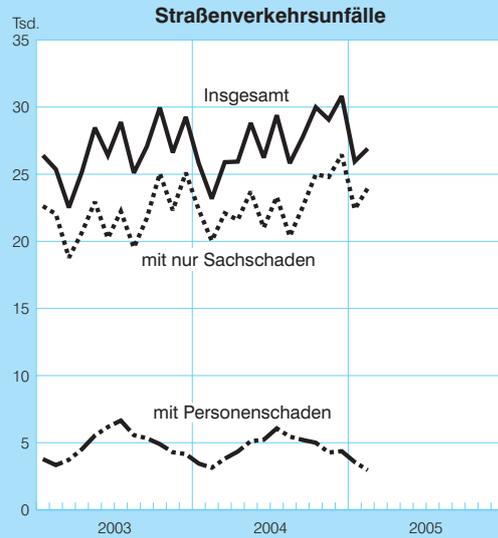
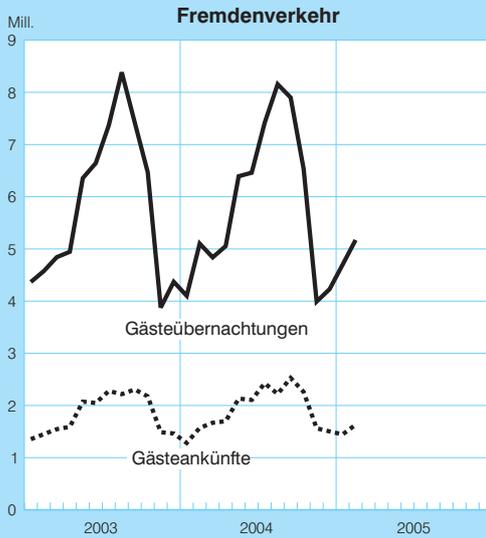
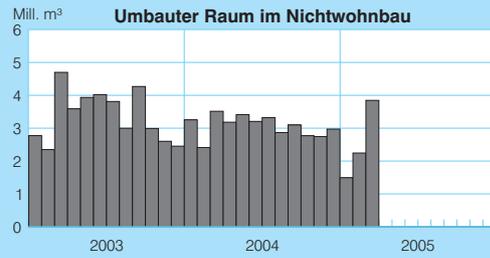
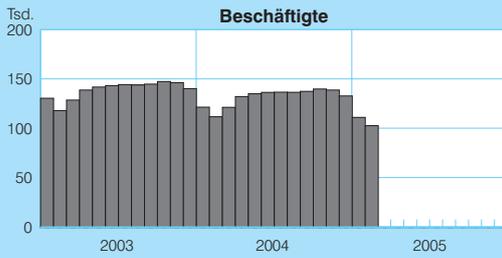
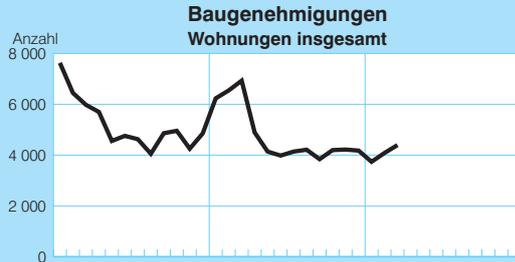
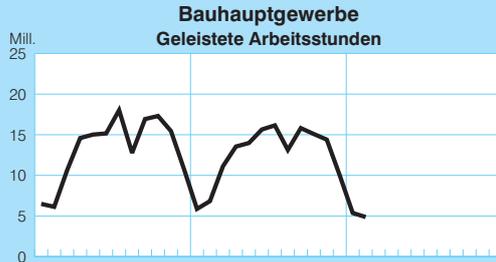




Verarbeitendes Gewerbe³⁾



¹⁾ Ab 1999 einschließlich der neu geschaffenen Verbraucherinsolvenz-
²⁾ Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv Quartalsbeträge-
³⁾ sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.



April 2005

- , — €
- Verzeichnisse** (sind auch als Datei erhältlich)
- Veröffentlichungsverzeichnis des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung 2005
- Statistische Berichte** (sind auch als Datei erhältlich)
- Bevölkerung, Gesundheitswesen, Erwerbstätigkeit**
- 4,40 € • Der Bevölkerungsstand Bayerns am 30. September 2004
Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung
(Kreisfreie Städte und Landkreise, Regionen)
 - 15,80 € • Einwohnerzahlen am 30. September 2004
(Kreisfreie Städte und Landkreise, Regionen)
 - 9,70 € • Krankenhäuser in Bayern – Grund- und Kostendaten 2002
(Regierungsbezirke)
 - 14,90 € • Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Bayern am 30. Juni 2004
Teil I der Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik
(Kreisfreie Städte und Landkreise)
 - 10,50 € • Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in den Gemeinden Bayerns am 30. Juni 2004
Gebietstand: 1. Januar 2004
Teil II der Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik
(Gemeinden)
 - 10,60 € • Erwerbstätige am Arbeitsort in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns von 2000 bis 2003
Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder
(Kreisfreie Städte und Landkreise, Regionen)
- Bildung, Wahlen**
- 12,50 € • Die Gasthörer an den Hochschulen in Bayern
Wintersemester 2004/05 (Hochschulort)
 - 20,50 € • Die Prüfungen an den Hochschulen in Bayern
Wintersemester 2002/03 und Sommersemester 2003
Ausgewählte Strukturdaten zur Prüfungsstatistik (Hochschulort)
 - 3,70 € • Habilitationen in Bayern im Jahr 2004 (Hochschulort)
 - 20,50 € • Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004
Endgültiges Ergebnis (Text-Tabellen-Schaubilder)
- Land- und Forstwirtschaft**
- 2,50 € • Mit Keltertrauben bestockte Rebfläche nach Sorten in Bayern am 31. Juli 2004 (ausgewählte Regierungsbezirke)
 - 2,50 € • Feldfrüchte und Grünland in Bayern im November 2004
 - 2,50 € • Endgültige Weinmesternte in Bayern 2004 (Anbaugebiet)
 - 2,50 € • Weinerzeugung in Bayern 2004
(ausgewählte Regierungsbezirke)
 - 2,50 € • Schlachtungen in Bayern im Februar 2005
(Regierungsbezirke)
 - 2,50 € • Milcherzeugung und Milchverwendung in Bayern im Februar 2005 (Regierungsbezirke)
 - 2,50 € • Struktur der Legehennenhaltung und Eierzeugung sowie Schlachtungen von Geflügel in Bayern im Februar 2005 (Regierungsbezirke)
- Gewerbeanzeigen, Insolvenzen**
- 9,20 € • Statistik der Gewerbeanzeigen in Bayern 2004
(Kreisfreie Städte und Landkreise)
 - 7,10 € • Zahlungsschwierigkeiten in Bayern 2004
(Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Produzierendes Gewerbe, Handwerk**
- 9,60 € • Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Bayern
– im Januar 2005
 - 12,90 € • – im Februar 2005
 - 3,30 € • Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden in Bayern im Februar 2005
 - 4,20 € • Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Februar 2005
 - 6,10 € • Das Baugewerbe in Bayern im Februar 2005
(Kreisfreie Städte und Landkreise, Regionen)
 - 4,90 € • Das Handwerk in Bayern im 4. Quartal 2004
Ergebnisse der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung
- Bautätigkeit**
- 6,30 € • Baugenehmigungen in Bayern im Dezember 2004
(Kreisfreie Städte und Landkreise)
 - 6,30 € • Baufertigstellungen in Bayern im Jahr 2004
(Kreisfreie Städte und Landkreise)
- Fremdenverkehr**
- 20,50 € • Der Fremdenverkehr in Bayern im Januar 2005
(Gemeinden und Regionen)
- Schiffsverkehr**
- 4,60 € • Die Binnenschifffahrt in Bayern im Januar 2005 (Häfen)
- Gemeindefinanzen**
- 6,70 € • Haushaltsansätze der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern 2005
- Preise und Preisindizes**
- 11,— € • Verbraucherpreisindex für Bayern im März 2005 sowie Jahreswerte von 2001 bis 2004
Mit tiefgegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen
 - 9,— € • Verbraucherpreisindex für Bayern
monatliche Indexwerte von Januar 2000 bis März 2005 mit Gliederung nach Hauptgruppen und Gruppen
 - 5,70 € • Verbraucherpreisindex für Deutschland im März 2005
 - 10,60 € • Preisindizes für Bauwerke und Messzahlen für Bauleistungspreise in Bayern im Februar 2005
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**
- 9,70 € • Bruttoinlandsprodukt in Bayern im Jahre 2004
Berechnungsstand März 2005
Enthält Angaben für alle Länder Deutschlands

Bestellungen:
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
Vertrieb
Neuhauser Straße 8
80331 München
Fax: 089 2119-457
E-Mail: vertrieb@statistik.bayern.de
Webshop: siehe letzte Umschlagseite

Die regionalen Gliederungen sind in Klammern angegeben.
Statistische Berichte sind im Webshop kostenlos als Datei erhältlich.
Auf Anforderung wird das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis kostenlos zugesandt (bevorzugt per E-Mail).

Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2023



- Ergebnisse für kreisfreie Städte und Landkreise in tabellarischer und graphischer Darstellung nach infrastrukturelevanten Altersgruppen.
- Ergänzt um Alterspyramiden zum Vergleich der Einwohnerzahlen 2003 und 2023 nach einzelnen Altersjahren, die Entwicklung der statistischen Maßzahlen "Jugend- und Altenquotient" und einen Vergleich der Einwohnerentwicklung in den Kreisen Bayerns für das Jahr 2020 zur Basis 2002 und 2003.
- Nachdruck eines Beitrags aus "Bayern in Zahlen" zur methodischen Erläuterung der Ergebnisse.
- Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern insgesamt bis 2023.

Die Veröffentlichung gibt es als
Beitragsheft für ganz Bayern*

Ergebnisse auf Kreisebene für ganz Bayern bis 2023

- Heft oder PDF-Datei je 21,50 €*

Regierungsbezirks- und Kreishefte*

- Für einzelne Regierungsbezirke: Heft oder PDF-Datei je 12,- €
- Für einzelne Kreise: Heft oder PDF-Datei je 7,70 €

CD-ROM

- mit Daten für alle Kreise sowie für das Land Bayern bis 2023: 95,- €
(im Abo mit mind. 2 Jahren Laufzeit: 47,50 €)

Ihr Vorteil

Das Beitragsheft als Heft oder PDF-Datei
plus CD-ROM für ganz Bayern: 108,- €
(im Abo mit mind. 2 Jahren Laufzeit: 64,50 €)

E-Mail: vertrieb@statistik.bayern.de

Telefon: 089 2119 205

Fax: 089 2119 457

Internet:

www.statistik.bayern.de

Webshop

* jeweils mit ausführlichen methodischen Erläuterungen



Artikel-Nr.: Z10001 200505 Preis: 4,80 €